

Bernd-A. Rusinek

Westforschungstraditionen nach 1945.

Ein Versuch über Kontinuität.¹

I.

„Westforschung“ ist ein in den 1920er Jahren aufkommender Zweig der deutschen Geschichtswissenschaft, der Grenzbildungs- und Austauschprozesse sowie die Entstehung von Identitätsprofilen in den Bevölkerungen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden und deren Fundierung untersucht.² Die dabei entwickelten Methoden entstanden - nicht allein in Deutschland - seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in kritischer Auseinandersetzung mit dem akademisch vorherrschenden ‚Historismus‘ und in dem Bestreben nach kulturwissenschaftlicher Interdisziplinarität als Teil des Versuches, Geisteswissenschaften neu zu profilieren. Da den Gegenstand aller Westforschung Wechselwirkungen, Anziehungs- und Abstoßungsprozesse an Grenzen bilden, ist diese Forschung gleichsam automatisch mit dem über Jahrhunderte gespannten oder kriegerischen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich verzahnt gewesen. Das bedeutete eine gewollte Politiknähe von Westforschung seit der Weimarer Zeit - Kampf gegen den Versailler Vertrag - und während des Zweiten Weltkrieges seit dem Angriff auf Frankreich im Jahre 1940. Infolgedessen kam es zu wechselseitigen Resonanzen³ zwischen Westforschung und Politik in der Weimarer Zeit und im „Dritten

¹ In: Burkhard Dietz, Helmut Gabel, Ulrich Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919 – 1960), Bd. 2, Münster 2003, S.1141 – 1201. Siehe allgemeine zu der Frage sowie zu diesem Aufsatz speziell die umfangreiche Debatte in H-SOZ-U-KULT 2003: „Review-Symposium ‚Westforschung‘“.

² Für diesen Beitrag wurden Recherchen im Archiv des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Universität Bonn, durchgeführt. Für wichtige Hinweise und eingehende Gespräche habe ich Frau Dr. Marlene Nikolay-Panter herzlich zu danken.

³ Mit dem Begriff der „Resonanz“ wird im wissenschaftsgeschichtlichen Feld von Georg Bollenbeck, Clemens Knobloch und weiteren Siegener Kollegen operiert: „Von besonderem Interesse“, so heißt es programmatisch, „sind für uns die semantischen Membranen und Transformationssysteme, die ein Fach mit seinen Grundbegriffen, Argumentations- und Deutungsmustern im beständigen Austausch mit der gesellschaftlichen Deutungs- und Weltbildproduktion halten. Die Kontinuität und Diskontinuität der semantischen Bestände, ihre spektakulären oder eher unauffälligen Umbauten, artikulieren (...) auch bei hochprofessionalisierten Fächern einen Resonanz- und Rückkopplungsbedarf, der auf hegemonialen Mentalitäten und ideologischen Erwartungen bzw. Zumutungen des jeweiligen politischen Systems beruht.“ (Georg Bollenbeck, Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften“, in: Ders., Clemens Knobloch <Hg.>, Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und nach 1945, Heidelberg 2001, S.15 – 40, S. 17.) Die semantischen Bestände der Geisteswissenschaften sollen dabei auf drei Ebenen erforscht werden: 1) neutrale fachsprachliche Elemente. 2) Scharnierbegriffe, die Forschung und öffentliche Resonanz umfassen (z. B. deutsche Dichtung / deutscher Geist, Muttersprache). 3) Übernommene Basissemantiken der umgebenden politische Systeme (z. B. Volk, Stamm, Rasse, Reich, Europa, Abendland), deren Gebrauch innerhalb der geisteswissenschaftlichen Fächer Resonanzeffekte verspreche und zudem von außen honoriert

Reich“, die zunehmend ebenso in den Blick einer kritischen introspektiven Historiographie geraten wie die mangelnde Fähigkeit zur Selbstkritik und Revision der Westforscher nach 1945. Damit stellt sich die Frage nach der „Kontinuität“ der Westforschung. Sie ist Thema dieses Beitrages und dieser Beitrag Teil der introspektiven Bemühungen, die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft über die Systemumbrüche von 1933 und von 1945 hinweg zu rekonstruieren. Es geht um die Frage nach Kontinuität oder Bruch in der Geschichte des 1920 gegründeten Bonner Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande - im folgenden: „IGL“.

Zunächst soll der Begriff „Kontinuität“ unter die Lupe genommen werden; anschließend wollen wir auf die Literatur zur Geschichte der Westforschung blicken und in diesem Zusammenhang auch das ‚Bielefelder Problem‘ berühren - die Frage, ob landesgeschichtliche Ansätze wie jener des IGL mit der Modernisierung der geschichtswissenschaftlichen Methoden in der Bundesrepublik seit den frühen 1960er Jahren in Zusammenhang zu bringen sind; darauf aufbauend wird die IGL-Geschichte bis in die 1950er Jahre unter ausgewählten Gesichtspunkten beleuchtet, die Aufmerksamkeit dabei auf ausgewählte Texte von Franz Steinbach und anderen aus der Kriegszeit und aus den 1950er Jahren gelenkt und an drei Beispielen - 1925, 1938, 1955 - auf kritisches ‚Gegenfeuer‘ hingewiesen, dass die oftmals so kampffixierten IGL-Wissenschaftler erhielten. Am Schluss erfolgt die wissenschaftsgeschichtliche Einordnung.

Mit dem Beitrag ist die Hoffnung verbunden, der Debatte um Kontinuität der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 etwas mehr Tiefenschärfe zu geben. Das kann nur geschehen, indem sie in größere als zeitgeschichtliche Zusammenhänge gerückt und das Leporello-Niveau verlassen wird.

Wie bestimmten die „Westforscher“ aus dem 1920 gegründeten IGL oder dessen Umkreis ihr Tun, ihre Aufgaben und Ziele? Wir können den folgenden Selbstcharakterisierungen Definitionselemente von „Westforschung“ entnehmen:

- (1) 1921 besteht der Auftrag laut IGL-Satzung darin, „die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Forschung und Lehre zu pflegen, um der Wissenschaft

werde. (ebd.)

Der Vorteil dieses Ansatzes besteht generell darin, weit über das intellektuelle Niveau der meisten Arbeiten zur jüngeren Wissenschafts- oder Wissenschaftszeitgeschichte hinauszuführen; speziell darin, dass eine ‚Gesellschaftsgeschichte‘ der Geisteswissenschaften angestrebt wird, und dass eine Überschätzung der Rolle von Geisteswissenschaftlern in der Gesellschaft vermieden wird. Vor solcher Überschätzung im Blick auf die jüngsten Debatten um die Rolle der Geschichtswissenschaft(ler) im „Dritten Reich“ und in der frühen Bundesrepublik warnt Christoph Cornelißen in seiner Ritter-Studie: Die Bedeutung der deutschen Historiker im Nationalsozialismus werde überzeichnet, man bleibe in der doch kritisierten Geschichtskonzeption gefangen, wenn gelegentlich eine „negativ verstandene Heroengeschichte“ gegeben werde. (Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2002 <Schriften des Bundesarchivs 58>, S.229.)

- zu dienen und die Heimatliebe zu stärken“, wobei dieses Ziel durch akademischen Unterricht, Anregung und Anleitung zu wissenschaftlichen Arbeiten sowie Förderung der Forschung in der Provinz erreicht werden solle.⁴
- (2) 1924 wird das zu bestellende Feld dadurch abgesteckt, dass Krieg und Zusammenbruch der äußeren Machtmittel des Staates in allen Kreisen der Bevölkerung eine stärkere Besinnung auf die Wurzeln unserer Volkskraft, auf die ideellen Werte des heimatlichen und des „volkklichen“ Gemeinschaftsgefühls herbeigeführt hätten.⁵
 - (3) 1925 heißt es, den geschichtlichen Studien in der Rheinprovinz müsse ein fester Mittelpunkt gegeben werden, der nur in Beziehung auf den Raum („das Land an sich“) zu gewinnen sei, wobei man die Kooperation verschiedener historisch orientierter Fächer wie Archäologie, Kunstgeschichte, Sprachwissenschaft und Volkskunde anstrebe; zu erforschen seien auch die materiellen Zustände und das Leben der Massen; solche geschichtliche Landeskunde sei „Hilfswissenschaft von höchster und aktuellster Bedeutung“.⁶
 - (4) 1928/29 erfolgt die offizielle Anbindung der Grenzlandforschung an das IGL. Aufgabe dieser Abteilung „Grenzlandnot“ sei es, den deutschen bzw. „germanischen“ Charakter französisch vereinnahmter oder strittiger Territorien wie Elsass-Lothringen, Saargebiet und eben dem Rheinland nachzuweisen. Die preußische Regierung stellt ein Kapital von 100.000,- RM zur Verfügung, aus dessen Zinsen die Arbeiten gefördert werden sollen, sowie jährlich 10.000,- RM für Bibliothekszwecke.⁷
 - (5) 1938 bezeichnet Theodor Frings das IGL als eines „der erfolgreichsten wissenschaftlichen Institute Deutschlands“ und eines „der wachsamsten Grenzinstitute deutscher Geschichtswissenschaft“.⁸
 - (6) 1940 ist von „wissenschaftliche(r) Beschäftigung mit den Verhältnissen an der deutschen Westgrenze“ die Rede.⁹
 - (7) 1941 spricht man von „Grenzlandforschung“ und betonte im Rückblick auf die Jahre seit 1933, das „Reich Adolf Hitlers“ habe „über Nacht“ die vergessenen

⁴ IGL-Archiv, Akte „Institut 1925 – 1935“, Satzung.

⁵ Aufruf zur Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, um dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn die Mitarbeit und Unterstützung durch Freunde der rheinischen Geschichte zu sichern. Zit. in: Spendenaufruf zugunsten des „Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ auf der 16. Jahreshauptversammlung des Vereins in Bonn, 11./12. Juni 1949 Universität Bonn, IGL-Archiv, Akte IGL 131. Die Zusammenstellung von „Wissenschaft“ und „Heimatliebe“ in der hier ausgewählten Passage ist weder originell noch originär für eine bestimmte Art der Geschichtsforschung, sondern entsprach allgemeiner Auffassung. So heißt es im § 1 der Satzung der Universität Göttingen: „Die Universität Göttingen hat die Aufgabe, in innerer Verbundenheit mit den lebendigen Kräften der hannoverschen Heimat die Wissenschaft durch Forschung und Lehre zu fördern.“ (Die Satzung der Universität Göttingen, Bln. 1930, S.5.)

⁶ Hermann Aubin, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, in: Pankraz Fried (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte, Darmstadt 1978 (Wege der Forschung Bd. CDXCII), S.38-52, S.38 f., S.50. (Zuerst in: Rheinische Neujahrsblätter, hg. v. Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, IV. Heft, 1925, Hermann Aubin, Geschichtliche Landeskunde. Anregungen in vier Vorträgen, S.28-45).

⁷ Siehe: Marlene Nikolay-Panter, Geschichte, Methode, Politik. Das Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920 – 1945, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, Jg. 1960, 1996, S.233-262, S.248 f.

⁸ IGL-Archiv, Akte IGL 105, Korrespondenz Steinbach, 1929 – 1964, Frings an die Deutsche Literaturzeitung, 14.4.1938.

⁹ IGL-Archiv, Akte IGL 94 elfseitige Ausarbeitung von Steinbach über die Grenzregelung im Westen nach einem gewonnenen Krieg (undat.; ohne Verf.), S.1.

Traditionen des alten Reiches der Deutschen auch im Westen wiedererweckt: „Was kann es für den Geschichtsforscher Größeres geben, als das Vergangene wieder lebendig werden zu sehen, dem er in der Stille seine Liebe und seine Mühe gewidmet hat!“¹⁰

- (8) 1946 soll historische Landeskunde retten, was noch zu retten ist, und zwar dergestalt, „dass in umfassender Weise das gesamte Volksgut, sowohl das lebendige wie das bereits erloschene“ gesammelt werden müsse, um aus solcher Sammlung sowie darauf aufbauender Forschung und Vermittlung Nutzen für die „praktische Heimatpflege“ zu ziehen.¹¹
- (9) Ebenfalls 1946 wird gefordert, dass Völker und Kulturen, welche „die Rheinlande in vorgermanischer Zeit erfasst haben, zu erforschen und ihre Nachwirkungen im rheinischen Gebiet aufzuzeigen“ seien - dabei sei die Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaften notwendig und werde vor allem die Sprache als wichtige Frühgeschichtsquelle ein besonderer Untersuchungsgegenstand sein.¹²
- (10) 1950 heißt es im Protokoll der „Arbeitsgemeinschaft für Landes- und Volksforschung“, Untersuchungsraum sei Südwestdeutschland, der Mittel- und Niederrhein, das angrenzende Hessen, Westfalen und das norddeutsche Küstengebiet, „soweit ihre Angelegenheiten für die *Westforschung* von Belang sind“.¹³

Bei diesen Selbstdeutungen halten sich Schaffung oder Stärkung von Identität, Betrachtung des Volkes statt der Führungsgruppen, Betrachtung von Räumen statt Institutionen und herrschaftlichen Territorien sowie historiographische Volkspädagogik durch; Interdisziplinarität erscheint als wissenschaftliches Arbeitsprinzip. „Westforschung“ ist zwar nicht das erste Wort in den zitierten Charakterisierungen, aber die Stoßrichtung gegen den Versailles-Komplex und gegen Frankreich - Inschutznahme des bedrohten Westens - wird ab 1924 deutlich.

Eine engagierte Geschichtswissenschaft wollte dem Vaterland in Not oder Krieg eine anwendungsorientierte Geisteswissenschaft sein: In den 1920er Jahren nach Kriegs- und Rheinland-Not sowie Besatzung und Separatismusgespenst als Identitätshelfer, während des Zweiten Weltkrieges durch gutachterliche Tätigkeit über die Behandlung der Westgrenze, nach 1945 abermals als Identitätsspender im abermals von Besatzern beherrschten Rheinland; in den 1950er Jahren stellte die dem Bonner Institut von Anfang an verbundene Sprachforschung ‚Europa‘ in den Mittelpunkt, wobei abendländorientierte Eu-

¹⁰ Leo Just, Um die Westgrenze des alten Reiches. Vorträge und Aufsätze, Köln 1941, S.7, S.109.

¹¹ Steinbach an den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, 17. Januar 1946, IGL-Archiv, IGL 101.

¹² Ebd.

¹³ Protokoll, zit. n.: Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903 – 1993), in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S.73-176, S.136.

ropa-Euphorie und Kampf gegen die Gefahr aus dem ‚Osten‘ zusammengehörten. Die Forschung des IGL war somit fast immer vom Gedanken des Kampfes grundiert.

II.

War 1945, als Symboldatum für einen komplexen Prozess genommen, für die Arbeit von deutschen Historikern Umbruch und Neubeginn oder gehörten viele zu jenen, die bei Kriegsende damit begannen, „auf offener Szene sich umzuschminken und sich unter die Statisterie im Hintergrund zu mischen, mit der Miene treuherziger Biederkeit sich bei jedem, die sie anhören will, für betrogene Idealisten ausgehend, ja mehr noch, auf die Vergesslichkeit der Menge bauend“?¹⁴ Waren die Historiker im „Dritten Reich“ Täter oder zumindest „Halbtäter“, wie Friedrich Gundolf 1923 in seiner Heidelberger Abschiedsrede auf Hermann Oncken charakterisierte?¹⁵ Zwei Äußerungen pointieren das Bewertungsspektrum nach 1945. Der Göttinger Theologe Iwand äußerte 1947 verbittert, wäre er Kultusminister, er würde alle Geschichtswissenschaftler absetzen.¹⁶ Dagegen hielt Franz Steinbach (1895 – 1964) apodiktisch fest: „Kein Historiker und kein Bußprediger wird uns (...) davon überzeugen, dass wir eine ‚unbewältigte Vergangenheit‘ hinter uns hätten.“¹⁷ Der Begriff „Bußprediger“ zeigt schon, wie Steinbach jene einschätzte, die auf Vergangenheitsbewältigung insistierten.

Das Zitat führt mitten ins Thema. Franz Steinbach leitete das IGL über den langen Zeitraum von 1926 bis 1960 und präsentierte in dieser Position fast beispiellos institutionelle Kontinuität von Geschichtsforschung über drei Systeme hinweg. Diese Kontinuität ist bemerkenswert, weil das IGL - im Gegensatz etwa zu Projekten klassischer Quellen-Editionen als deutscher Historiker-Spezialität - in jedem dieser Systeme zum nicht geringen Teil betrieb, was man in den 1970er und 1980er Jahren als ‚wissenschaftliche Politikberatung‘ bezeichnet hätte. Das IGL war seit Gründung ein besonders staats- und regierungsnahes Institut. Dieser Nähe verdankte es erst seine institutionelle Absicherung und finanzielle Alimentation. Etwa dem Staat der Weimarer Republik im Kampf

¹⁴ Emil Barth, Rheinische Tage 1945. Aufzeichnungen und Meditationen, in: Die Gegenwart, 30.11.1946, S.29 ff., S.29 (Die Aufzeichnungen des rheinisch-bergischen Autors, angefertigt zwischen Herbst 1943 und Waffenstillstand, erschienen später in Buchform bei Claassen & Goverts in Hamburg).

¹⁵ Zit. n.: Ludwig Curtius, Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen, Stgt. 1958, S.247.

¹⁶ Annelise Thimme, Geprägt von der Geschichte. Eine Außenseiterin, in: Hartmut Lehmann, Otto Gerhard Oexle (Hg.), Erinnerungsstücke. Wege in die Vergangenheit (Rudolf Vierhaus zum 75. Geburtstag gewidmet), Wien, Köln, Weimar 1997, S. 153-223, S.196.

¹⁷ Zit. n.: Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die ‚unhörbare Stimme des Blutes‘, in: Wilfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Ffm. ³2000, S.89-113, S.95.

gegen ausländische Gebietsansprüche stützend zur Seite zu treten, bedeutete, kämpferische, ‚politische‘ Geschichtswissenschaft zu sein - *fachgeschichtlich* betrachtet der Traum eines jeden national gesinnten Historikers; *fachpolitisch* dazu geeignet, dem Elfenbeinturm-Vorhalt zu begegnen und die Relevanz des Faches einer Öffentlichkeit gegenüber unter Beweis zu stellen, die bereits im Kaiserreich zunehmend nach Sinn und Zweck von ‚Geisteswissenschaften‘ fragte; *berufspolitisch* eine Möglichkeit, dem gehobenen wissenschaftlichen Nachwuchs in katastrophaler Zeit Stellen zu verschaffen.

Bei der Frage nach der Kontinuität konzentrieren wir uns auf die vier „P“: Personal, Programm, Publikationen, Prestige. Zu entscheiden ist darüber, welche Kontinuitätsstrecke beobachtet werden soll: *NS-Zeit – Bundesrepublik? Weimar – NS-Zeit – Bundesrepublik? Kaiserreich – Weimar – NS-Zeit – Bundesrepublik?* Das Schwergewicht muss auf der zuletzt genannten Spanne liegen, weil erst dadurch erkennbar wird, dass Kontinuitäten in der Arbeit des IGL nach 1945, die *prima vista* als nationalsozialistische erscheinen mögen, fast ausschließlich aus der Weimarer Zeit oder bereits aus dem Kaiserreich herrühren. Nur durch diese erweiterte Perspektive werden längerfristige als nur zeitgeschichtliche Wissenschaftstrends deutlich. Hier wird die Auffassung vertreten, dass solche längerfristigen wissenschaftsgeschichtlichen Trends seit Ende des 19. Jahrhunderts dazu führten, Geisteswissenschaften und damit die Geschichtswissenschaft auf politische Praxis hin zu orientieren¹⁸, also - um ein Jean Paul-Wort zu variieren - nicht nur Abhandlungen, sondern auch *Handlungen* anzustreben. Die Untersuchung von Kontinuitäten kann demnach nicht erst 1933 oder gar 1945 einsetzen. Sie muss viel weiter zurückgehen, als es die Leser eines Beitrages unter dem Titel „Westforschungstraditionen nach 1945“ erwarten. Es wird sich zeigen, dass die Forschung des IGL von ihren Anfängen bis in die 1950er Jahre in methodologischer und inhaltlicher Kontinuität des späten 19. Jahrhunderts steht.

Doch was heißt „Kontinuität“? Frei nach Robert Musil könnte man feststellen, der Begriff werde häufig so unbekümmert gebraucht, wie andere Leute „Donnerstag“ sagen. Terminologischer Ernst ist geboten. Historiker, die eine inhaltliche Kontinuität der Geschichtsforschung vom „Dritten Reich“ in die Bundesrepublik behaupten, nehmen eine große Verantwortung auf sich. Geisteswissenschaften sind aktuell nicht weniger bedroht als in den 1890er, 1920er oder 1930er Jahren, eher mehr; bundesdeutsche Geschichts-

¹⁸ Der von den Geisteswissenschaften unter Einschluss der Geschichtswissenschaft beschrittene Weg zur politischen Relevanz - nach einer sprechenden Formulierung des Jahres 1925: „Hilfswissenschaft von höchster und aktuellster Bedeutung“ zu sein (s. u.) -, lässt sich mühelos in der Terminologie aktueller Wissenschaftslenkung und Forschungsförderung beschreiben: Praxisrelevanz, Interdisziplinarität, Anwendungsorientierung / ‚application‘, Drittmittelinwerbung. Auch an ‚1968er‘-Parolen wäre zu denken: ‚Heraus aus dem Elfenbeinturm‘, Politisierung der Wissenschaften.

wissenschaft als noch lange nach Ende des Zweiten Weltkrieges nazistisch verseucht hinzustellen, darf auch deshalb nur nach penibelster Prüfung der eigenen Instrumente geschehen.

Fragen wir genauer, was „Kontinuität“ heißen solle, dann bewegen wir uns auf unsicherem Terrain, denn trotz anschwellender detaillierter Aufarbeitung und Kritik an dem nach 1945 fortlaufenden Wissenschaftsbetrieb in allen Fakultäten wird dieser zentrale Begriff in der Literatur nicht näher bestimmt. Schaut man nach der Verwendung, dann ist ein unterkomplexes Kontinuitätsverständnis festzustellen, das sich häufig mit dem Hinweis darauf begnügt, bestimmte Personen - etwa Franz Steinbach - seien nach 1945 auf ihrem Posten geblieben. Dabei wird selten untersucht, ob diese Personen Änderungsprozesse durchlaufen haben¹⁹; teilweise wird von der ‚*Einmal Nazi, immer Nazi*‘-Vorstellung ausgegangen²⁰.

Es wäre ein Kinderspiel, das Kontinuieren nazistischer Geschichtswissenschaft zu untersuchen - wenn es solch eine einheitliche nazistische Geschichtswissenschaft gegeben hätte. Doch kann - im Gegensatz etwa zur Sowjetunion - von einer totalitären Geschlossenheit nicht die Rede sein. Selbst im Zentrum der nationalsozialistischen Ideologie, dem Rasse-Komplex, gab es in der wissenschaftlichen Literatur der NS-Zeit höchst unterschiedliche, einander ausschließende Vorstellungen²¹, ohne dass es notwendig zu Repressionen oder gar Straflager und Exekutionen gekommen wäre. Nach 1945 *ex cathedra* ergangene nazistische Äußerungen deutscher Historiker - etwa die Befürwortung des Völkermordes an Juden und Slawen - sind nicht bekannt.

Bleiben partielle Schnittmengen zwischen nationalsozialistischen Propaganda-Inhalten und ideologischen Optionen von Historikern der Nachkriegszeit als Nachweis von Kontinuität, die aus der NS-Zeit in die Bundesrepublik hinüberreichte. Solche Kontinuitätsnachweise beziehen sich *erstens* häufig auf „Europa“.²² Otto Gerhard Oexle stellt fest, die „Kontinuität vom nazistischen Europa-Gedanken (...) zum Europa-Gedanken der Nachkriegszeit“ harre noch der Darstellung, und er fügt als nähere Erläuterung des na-

¹⁹ Eine der Ausnahmen: Hans-Erich Volkmann, Von Johannes Haller zu Reinhard Wittram. Deutschbaltische Historiker und der Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S.21-46.

²⁰ Siehe: Ludwig Jäger, Seitenwechsel. Der Fall Schneider Schwerte und die Diskretion der Germanistik, Mnchn. 1998.

²¹ Siehe: Peter Weingart, Doppelleben. Ludwig Ferdinand Clauss: Zwischen Rassenforschung und Widerstand, Ffm., New York 1995.

²² Siehe etwa: Peter Schöttler, Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, in: Ders. (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918 – 1945, Ffm. 1997, S.204-261, S.224; ders., Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unhörbare Stimme des Blutes“, a.a.O., S. 95.

zistischen Europa-Gedankens hinzu: „insbesondere in der Fassung, die er ab 1943 in der von der SS zunehmend gesteuerten Ideologie bekommen hat“.²³ Auf diese Einfügung Oexles kommt es an; denn der seit der Niederlage von Stalingrad im Januar 1943 zunehmend propagierte Europa- sowie der damit eng verbundene Abendland-Gedanke sollte ja im Zeichen des „Totalen Krieges“ dazu dienen, in Deutschland wie im okkupierten Ausland auch jene zu aktivieren und anzustacheln, die mental oder intellektuell *eben nicht* bedingungslose NS-Anhänger gewesen waren. An sie war die ‚Kraft-durch-Furcht‘-Propagandabotschaft gerichtet, nicht die NS-Herrschaft sei in Gefahr, sondern das (christliche) Abendland oder Europa, und würde der Nationalsozialismus zerschlagen, wäre auch das Abendland / Europa vernichtet. Wer in den 1950er Jahren die Europa-Ideologie vertrat, kann deshalb nicht voreilig in eine NS-Kontinuität gerückt werden, er hätte denn die europäische Einigung bis hin zu den Römischen Verträgen direkt auf Hitler oder Himmler zurückgeführt und in Adenauers Einigungspolitik eine Fortsetzung der Politik Hitlers gesehen.²⁴

Die *zweite* Schnittmenge und damit den zweiten Kontinuitätsnachweis bildet in der Regel der Antikommunismus. Niemand wird leugnen, dass Antikommunismus / Antibolschewismus - allerdings mit dem *Antisemitismus* unlösbar verschweißt - zum Kernbestand der NS-Ideologie zählte; ebenfalls wird niemand leugnen, dass alle führenden Historiker in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren Antikommunisten gewesen sind. Wie der Europa- und Abendlandgedanke gehörte der Antikommunismus in der 1950er Jahren sozusagen zur Auslegware des Integrationskorridors in die junge Bundesrepublik. Aber Antikommunisten waren die führenden Historiker der späteren Bundesrepublik bereits in den 1920er Jahren gewesen. Wer sich in den 1950er Jahren als Antikommunist äußerte, kann nicht voreilig in eine NS-Kontinuität gerückt werden, er hätte denn den ‚*jüdischen* Bolschewismus‘ bekämpfen wollen. Antikommunismus minus Antisemitismus ist nicht nazistisch. In seinem glühenden Antikommunismus ließ sich ein NS-Gegner wie Kurt Schumacher von niemandem übertreffen, und spätestens seit Stéphane Courtois’ ‚Schwarzbuch des Kommunismus‘ wird man Antikommunismus auch nicht mehr mit Thomas Mann als ‚Grundtorheit unserer Epoche‘²⁵ bezeichnen wollen.

²³ Otto Gerhard Oexle, „Zusammenarbeit mit Baal“. Über die Mentalitäten deutscher Geisteswissenschaftler 1933 - und nach 1945, in: *Historische Anthropologie* 8 (2000), S.1-27, S.22.

²⁴ Siehe dazu die Kontroverse zwischen Hans Rothfels und Arthur Ehrhardt um die Einordnung der Zeitschrift „Nation Europa“ in die Rubrik „Neonazismus“ oder „Europaprobleme“: Um den Begriff des Neonazismus, in: *VfZ*, 1955, S.223-226.

²⁵ Thomas Mann, Schicksal und Aufgabe (13. Oktober 1943), in: Ders., *An die gesittete Welt. Politische*

Noch weniger als eine nationalsozialistische gab es natürlich eine spezifische Weimarer geisteswissenschaftliche Forschungslinie. Daraus ergibt sich, dass auch sehr weit rechts stehende Historiker, soweit sie sich während des Zweiten Weltkrieges nicht an völkischen „Flurbereinigungen“ beteiligten, der Auffassung gewesen sein konnten, in der NS-Zeit nicht viel anderes betrieben zu haben als in der Weimarer Zeit. Es läuft auf eine historisch nicht immer zu rechtfertigende Überschätzung der Weimarer Republik hinaus, den Graben zwischen geisteswissenschaftlichen Forschungen in ‚Weimar‘ und im „Dritten Reich“ als eher tief anzunehmen. Eine ganze Reihe von Büchern, die wir dem inneren Kern der nationalsozialistisch imprägnierten Wissenschaftsproduktion zuzurechnen gewohnt sind, waren bereits in der Weimarer Republik erschienen, so bereits 1922 das Hauptwerk des „Rassen-Günther“, „Rassenkunde des deutschen Volkes“, und sein „Ritter, Tod und Teufel“, das Heinrich Himmler so sehr begeistert hatte, erschien 1920 in erster Auflage.

Über die Gravamina des Vernichtungsantisemitismus und –antislawismus sowie der ‚positiven‘ Gegenseite von Rassezüchtungsprogrammen hinaus lässt sich aufgrund des Waren- oder Papierkorb-Charakters der nationalsozialistischen ‚Weltanschauung‘²⁶ schwer bestimmen, was *Kontinuität* von NS-Ideologie im intellektuellen Feld bedeutete. Es ist logisch nicht zulässig, einen Zettel aus dem Korb zu nehmen, und ihn als NS-spezifisch auszugeben, zumal der Inhalt dieses Korbes - wieder mit Ausnahme der genannten Gravamina - zwischen 1933 und 1945 Änderungen unterworfen war. IGL-Akteure wie Aubin, Petri und Steinbach treten uns in den 1950er Jahre als plane Reaktionäre entgegen, die in den 1920er Jahren methodologische Innovationen aufgegriffen und sich nach 1945 wenig Gedanken über die NS-Zeit gemacht hatten, nicht aber als Historiker, deren Tätigkeit aus einer NS-Kontinuität ableitbar wäre. Wer sich ernsthaft mit der Frage befasst, was im Kontext der Diskussion über Nationalsozialismus und Historiker geschichtswissenschaftliche „Kontinuität“ heißen sollte, den beschleicht angesichts der Leichtfertigkeit des Umgangs mit diesem Begriff ein Lord-Chandos-Gefühl.

Aber nicht allein über die zu untersuchende Zeitspanne und über die Frage der Bedeutung von „Kontinuität“ ist zu reflektieren, wenn es um Geschichtswissenschaft nach 1945 in der Bundesrepublik - hier: Westforschung - geht, sondern auch darüber, mit

Schriften und Reden im Exil, Ffm. 1986, S.643-666, S.662.

²⁶

Wie Carl Schmitt dem jungen Nicolai Sombart erklärte, trug Hitler anders als der Golem nicht einen Zettel unter der Zunge, sondern „den ganzen Papierkorb des 19. Jahrhunderts“. (Nicolai Sombart, Spazierrgänge mit Carl Schmitt, in: Ders., Jugend in Berlin 1933 - 1943. Ein Bericht, München, Wien 1984, S.248-280, S.250.)

welchem Zugriff die komplexe Geschichte eines wissenschaftlichen Instituts wie des Bonner IGL reduziert werden kann: Personalistisches Vorgehen, Abstellen auf *Moral*, auf das ‚Versagen der Wissenschaft‘?

Personenreduktion, gleichsam Mit-dem-Finger-Zeigen auf Akteure²⁷, scheint nicht nur aufgrund der dabei vorgenommenen Einengung geschichtswissenschaftlicher Möglichkeiten auf Methoden eines investigativen Journalismus unbefriedigend und steht mit der Tendenz zur Personalreduktion quer zu den inzwischen erreichten geschichtswissenschaftlichen Standards, sie ist zudem analytisch wenig ergiebig. Statt ein paar weiteren Urgroßvätern auf die Schliche zu kommen, sollten politische und akademisch-institutionelle Rahmenbedingungen sowie die im Zusammenhang damit entstandenen Forschungsstrategien und methodologischen Optionen analysiert werden - mithin die Strukturen der Wissenschaft und ihrer Organisation. Selbst, wenn wir es mit verbrecherischer anwendungsorientierter Geschichtswissenschaft wie in Teilen der „Ostforschung“ zu tun hätten, wäre *Moral* keine analytisch ergiebige Reduktion und bliebe der Erkenntniswert gering. Bei Verbrechen bedarf es keiner Worte, und haben wir es nicht mit solchen zu tun, sondern mit auf verschiedene Weise ‚Verstrickten‘, dann ist zu bedenken, dass ein normativer Begriff von Vergangenheitsbewältigung fehlt und dass auch nach 1945 abgegebene Bekenntnisse moralischer Schuld geheuchelt sein konnten. Die introspektive Geschichte der neueren Geschichtsschreibung sollte nicht zur tribunalisierten „angewandten Wissenschaft“ werden und damit unfreiwillig Strukturen reproduzieren, die Geschichtswissenschaft bis in die NS-Zeit häufig prägten.²⁸ Mit der moralischen Bewertungsfrage, die auf die Intention von Handlungen zielt, ist zudem das Problem verknüpft, dass die Intention von Handlungen (und Abhandlungen) nur selten in chemischer Reinheit erschlossen werden kann. Dieses Problem wird an einer Ausarbeitung Franz Steinbachs aus dem Jahre 1940 deutlich, mit der wir uns unten noch befassen wollen. Es heißt darin, die künftigen Verhältnisse an der Westgrenze des Reiches müssten friedlich und ohne Annexionen gestaltet werden, da „die großen Aufgaben der Reichspolitik (...) im *Osten* liegen“.²⁹ Es ist nicht zu entscheiden, ob der Autor gegen

²⁷ „Wenn man die Partei- oder SS-Akte eines Historikers gelesen hat, womöglich mit Ganzphoto in schwarzer Uniform, bekommt man ein ganz anderes Bild.“ (Peter Schöttler, *Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte*, a.a.O., S.90.)

²⁸ Dieser Gedanke bei Dirk van Laak, *Widerstand gegen die Geschichtsgewalt. Zur Kritik an der ‚Vergangenheitsbewältigung‘*, in: Norbert Frei, Dirk van Laak, Michael Stolleis (Hg.), *Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit*, Mnchn. 2000, S.11-28, S.24.

²⁹ IGL-Archiv, Akte IGL 94, elfseitige Ausarbeitung von Steinbach über die Grenzregelung im Westen nach einem gewonnenen Krieg (undat.; ohne Verf.). Hervorhebungen in Zitaten stammen, wenn nicht anders angegeben, von mir.

die Ultras in der SS und in Teilen der Kollaboration anschreiben wollte, die gleich einem Pieter Emile Keuchenius in den Niederlanden³⁰ vorschlugen, ihren okkupierten Staat einfach aufzulösen und dem Deutschen Reich einzuverleiben, oder ob er ein Verfechter der Eroberungspolitik im „Osten“ gewesen ist, und welche Vorstellungen er Mitte 1940 konkret mit solcher Eroberungspolitik verbunden hatte.³¹

Bei der Feststellung *Versagen der Wissenschaft* schließlich wird in der Regel nicht zwischen Wissenschaft und Wissenschaftsbetrieb unterschieden.

Wenn Mechanismen der Annäherung von Geisteswissenschaftlern an die Sphäre der Macht gemustert werden, dann fallen in der Betrachtungszeit von Kriegsende 1918/19 bis in die 1950er Jahre neben dem Nationalismus, der etwaige Skrupel wie ein Schwamm aufsaugen konnte, und dem simplen Opportunismus als Drittes die Leimruten des Geldes und des Prestiges ins Auge. Allerdings mag es in Anbetracht aktueller Tendenzen bei Einwerbungsstrategien projektförmiger Geisteswissenschaften nicht ganz leicht fallen, in komfortabler Retrospektive gegenüber vergangenen Wissenschaftler-Karrieren den Heiklen zu spielen. Einige Wissenschaftshistoriker gelangen zu der Feststellung, Karriere-Kontinuitäten bei Anbiederung an aufeinanderfolgende Regimes spiegeln nur das gewöhnliche Verhältnis zwischen Staat und Wissenschaft wider³², sie seien normal und daher nicht übermäßig zu dramatisieren³³. Diese Interpretation hebt Kritik an Wissenschaftlerkarrieren im „Dritten Reich“ und an dreist-unreflektiertem Weitermachen nach 1945 nicht auf, sondern weitet sie auf ein Wissenschaftssystem aus, als dessen Teil „Westforschung“ anzusehen ist.

III.

Historische Forschung über „Westforschung“ konzentriert sich in der Regel auf die Triade Hermann Aubin (1885 – 1969), gemeinsam mit Theodor Frings (1886 – 1968) bis 1926 erster Leiter des Instituts, Franz Steinbach (1895 – 1964), Institutsleiter über den langen Zeitraum von 1926 bis 1960, und Franz Petri (1903 – 1993), Nachfolger Stein-

³⁰ Siehe den Abschnitt I.9.2., „Beispiele ‚deutschfreundlicher Aktivisten‘“, in: Bernd-A. Rusinek, Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider / Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf 1996, S.40 ff.

³¹ Der „Feldzug“ gegen Polen war zum Zeitpunkt der Niederschrift siegreich beendet; der Krieg gegen die Sowjetunion hatte noch nicht begonnen.

³² Clemens Knobloch, Begriffspolitik und Wissenschaftsrhetorik bei Leo Weisgerber, in: Klaus D. Dutz (Hg.), Interpretation und Re-Interpretation. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Johann Leo Weisgerber (1899 – 1985), Münster 2000, S.145-174, S.166, Fn. 35.

³³ Joachim Lerchenmüller, Wissenschaft im Weltanschauungskrieg. Weisgerbers Arbeit in der besetzten Bretagne und die Wissenschaftspolitik der SS, in: Dutz (Hg.), Interpretation und Re-Interpretation, a.a.O., S.175-196, S.192.

bachs von 1961 bis 1968. Dagegen werden Wissenschaftler wie Theodor Frings (1886 – 1968), Leo Weisgerber (1899 – 1985) und Edith Ennen (1907 – 1999) weniger beleuchtet oder bleiben ausgespart. Aubin, Steinbach und Petri erlangten nach 1945 in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik höchstes Renommee. Ihre Karrierewege ergeben folgenden Befund:

- (1) *Hermann Aubin*, Angehöriger der Kriegsgeneration, Österreicher von Geburt, ab 1919 deutscher Staatsbürger, hatte vor dem Ersten Weltkrieg im Auftrag der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde gearbeitet³⁴, im Kriege vier Jahre in der österreichischen Armee gedient und es zum mehrfach dekorierten Offizier gebracht. Im Kreis der IGL-Historiker ist Aubin der prominenteste. Auf ihn geht das IGL-Konzept einer kämpferischen Landesgeschichte wesentlich zurück, wengleich er vorwiegend Ideen aufgenommen hatte, die in der Luft lagen. Aubin wechselte, noch bevor das Institut endgültig etabliert war, 1926 von Bonn nach Gießen und von dort 1929 an die Universität Breslau, von wo aus er sich der „Ostforschung“ zuwandte, und zwar in vielfältigen Aktivitäten, die für die Zeit des Zweiten Weltkrieges in einen Zusammenhang mit der mörderischen nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik gestellt werden.³⁵ Von 1953 bis 1958 war Aubin, weiter „Ostforschung“ betreibend, Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands. „Es ist Aubin nicht erspart geblieben“, so Hans Rothfels in seiner Gedenkrede, „wegen des angeblich von ihm provozierten Bruches (des Verbandes der Historiker Deutschlands /_{B.-A.R.}) als ‚Kalter Krieger‘ im Schrifttum der DDR mit Vorwürfen überhäuft und auch sonst als Vertreter der deutschen Ostforschung mit besonderer Schärfe angegriffen zu werden. Er trug das mit Gelassenheit.“³⁶ Aubin war der eigentliche intellektuelle Gründer des IGL.
- (2) *Franz Steinbach* zählte ebenfalls zur Kriegsgeneration, war 1914 Freiwilliger und schlug rasch die Offizierslaufbahn ein.³⁷ Er war 1926 Nachfolger Aubins am IGL in Bonn geworden. In seinen „Studien zur westdeutschen Stammes- und Volksgeschichte“ von 1926 verfocht er die These, Sprachgrenzen seien keine Petrefakte und sprach sich gegen die Vermischung von Sprache und Rasse im Sinne der Romantik aus.³⁸ Wohl auf Betreiben des SD wurde er im Frühjahr 1940 vom Militärdienst entlassen. Er war als Leiter der Kulturabteilung der Mi-

³⁴ Die Weistümer der Rheinprovinz, 2. Abt.: Die Weistümer des Kurfürstentums Köln, 2 Bde., Bonn 1913/14.

³⁵ Siehe: Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten, Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 143), passim., u. a. S.355.

³⁶ Hans Rothfels, Zum Gedenken an den Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands, Hermann Aubin (1953 – 1958), in: Hermann Aubin 1885 – 1969. Werk und Leben. Reden, gehalten am 23. März 1970 bei der Trauerfeier des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Bonn 1970 (Alma Mater, Beiträge zur Geschichte der Universität, Nr. 32), S.70-75, S.75.

³⁷ Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918 – 1945, Göttingen 1993 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 101), S. 70

³⁸ Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte, a.a.O., S.96 f.

litärverwaltung Brüssel vorgesehen gewesen, wogegen die SS Einspruch erhoben hatte. Ab Wintersemester 1940/41 wurde Steinbach an die Universität Gent abgeordnet, wo er die Flamenpolitik der deutschen Okkupanten unterstützte.³⁹ Steinbach leitete das IGL von 1926 bis 1961.

- (3) Erscheint Steinbach als eher gemäßigter IGL-Historiker, so der zur Kriegsjugendgeneration zählende *Franz Petri* als der radikalste, und in der Literatur über „Westforschung“ ist er die »bête noire« der Bonner Schule. Über seine mit Rassekarten operierende Habilitationsschrift von 1935, „Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich“, äußerte Hitler in den „Tischgesprächen“ am 5.5.1942, er sei nach der Lektüre in der Überzeugung bestärkt worden, dass es sich bei Wallonien und Nordfrankreich um germanisches Land handle. Im Kriege war Petri als Kriegsverwaltungsrat in Brüssel für die Germanisierung Belgiens und Nordfrankreichs zuständig.⁴⁰ Im Gegensatz zu Aubin und Steinbach hatte Petri nach 1945 Schwierigkeiten bei dem Wiedereinstieg in seinen Beruf. Petri leitete das IGL von 1961 bis 1968.

Nicht nur der Beginn massiver Kritik an der „Westforschung“ der Bonner Schule, sondern überhaupt die Erzeugung von Fach-Aufmerksamkeit auf diese Richtung, auf ihre Aktivitäten in der NS-Zeit und die Kontinuität nach 1945 ist verbunden mit den Arbeiten von einer Historikerin und vier Historikern, durch die gleichsam die Tür aufgestoßen wurde: Willi Oberkromes 1993 erschienene Studie „Volksgeschichte“⁴¹, Peter Schöttlers Forschungen⁴² ab 1994, Karl Ditts 1996 veröffentlichte Analyse des Werdegangs von Franz Petri⁴³ und Marlene Nikolay-Panthers 1996 als Aufsatz publizierte IGL-Geschichte⁴⁴. Nicht nur, dass die Autoren mindestens zwei Generationen jünger sind als die genannte IGL-Troika, sondern auch, dass 1993 mit Franz Petri ihr letzter Vertreter gestorben war und der Einfluss dieser in der Szene mächtigen bundesdeutschen Historiker aufgehört hatte, sie nicht mehr *da* waren, erscheint trivialerweise als Voraussetzung kritischer Aufarbeitung ihrer Aktivitäten.

Willi Oberkrome konstatiert in seiner bekannten Dissertation über „Volksgeschichte“ für die 1920er Jahre und die frühe NS-Zeit zunächst eine Phase der „Westforschung“,

³⁹ Marlene Nikolay-Panther, *Geschichte, Methode, Politik*, a.a.O., 260 f.

⁴⁰ Peter Schöttler, *Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte*, a.a.O., S.98 ff.

⁴¹ Siehe Anm. 36.

⁴² Peter Schöttler leitete auf dem Leipziger Historikertag 1994 die Sektion „Geschichte als Legitimationswissenschaft“, referierte dort über die „Westforschung“, publizierte dieses Referat 1997 in erweiterter Form in einem von ihm auch herausgegebenen Band, sprach 1998, auf dem Historikertag in Frankfurt / Main, abermals über dieses Thema und pointierte seine Auffassung in der anschließenden Publikation. (Siehe: Peter Schöttler, *Die historische ‚Westforschung‘ zwischen ‚Abwehrkampf‘ und territorialer Offensive*, a.a.O.; ders., *Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte*, a.a.O.)

⁴³ *Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik*, a.a.O.

⁴⁴ *Geschichte, Methode, Politik*, a.a.O.

die vor allem bei Hermann Aubin, aber auch bei Theodor Frings darauf gerichtet gewesen sei, den germanischen Charakter der Rheinlande zu unterstreichen, und zwar nicht im luftleeren Raum, sondern etwa gegen konkurrierende Auffassungen des belgischen Historikers Henri Pirenne gerichtet, der „eine autonome germanische Kulturentwicklung im Durchdringungsbereich von Germania und Romania“ in Abrede gestellt hatte.⁴⁵ Dieser zunächst defensiv erscheinende Ansatz habe bei Steinbach und vor allem bei Petri eine offensive Wendung genommen, indem die westliche *Sprachgrenze* als nicht identisch mit den *politischen* Grenzen dargestellt worden sei.⁴⁶ Oberkrome zieht Kontinuitätslinien zur „Ostforschung“ eines Hermann Aubin und eines Hans Rothfels in den Kriegsjahren und darüber hinaus zur Forschung in den 1950er Jahren im Rahmen der Frontstellung des Kalten Krieges, und er beobachtet die Umstellung von Volks- auf Sozial- und Strukturgeschichte in den 1950er Jahren, ohne dass aber Vertreter des IGL in seinen Überlegungen „Ausblick und Bewertung“ eine Rolle spielten.⁴⁷ In einem jüngeren Beitrag mit erweitertem Betrachtungszeitraum gelangt Oberkrome zur Einschätzung, die in seiner Dissertation untersuchte geschichtswissenschaftliche Richtung, wie sie in den 1920er Jahren konzipiert worden sei, gehe auf eine geradlinige Entwicklung zurück, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begonnen und durch die Konstellationen nach Ende des Ersten Weltkrieges, vor allem durch den Kampf gegen ‚Versailles‘, einen neuen ideologischen Fluchtpunkt gefunden habe: Die Regierungen der Weimarer Republik, eigener Machtmittel beraubt, hätten sich entschlossen, der Besetzung des Rheinlandes mit historischen Argumenten zu entgegnen und zu diesem Zweck einschlägige Geschichtsforschung „bestens dotiert“, wodurch gerade im Rheinland neue Arbeitsfelder für Landeshistoriker entstanden seien.⁴⁸ Zwar wendet der Autor seinen Blick dann vorwiegend der zweiten Karriere der „Ostforschung“ zu, konstatiert aber für die Landeshistoriographie im 20. Jahrhundert insgesamt, ihr eigne eine „beständige, wenn auch variable Interferenz zwischen historischer Forschung und politischer Zielsetzung“.⁴⁹

⁴⁵ Willi Oberkrome, *Volksgeschichte*, a.a.O., S.68.

⁴⁶ Ebd., S.69 f.

Hierbei ist nicht unwichtig, dass Steinbach (geb. 1895) und Petri (geb. 1903) einer jüngeren akademischen Kohorte angehörten als Aubin (geb. 1885) und Frings (geb. 1886).

⁴⁷ Willi Oberkrome, *Volksgeschichte*, a.a.O., S.220 ff.

⁴⁸ Willi Oberkrome, *Probleme deutscher Landesgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Regionale Historiographie im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, in: *Westfälische Forschungen* 46 (1996), S.1-32, S.4, S.9.

⁴⁹ Ebd., S.32.

Peter Schöttlers Untersuchungszeitraum konzentriert sich in seinen diversen Veröffentlichungen im wesentlichen auf die Zeit bis 1945. Zum Werk von Franz Petri wird ausgeführt, die „sprachlichen Kollektivsymbole“ in seinen Schriften „bildeten ein diskursives Gefüge, das der rassistischen und antisemitischen Ideologie des ‚Dritten Reiches‘ nicht nur keinen Widerstand leistete, sondern ganz und gar mit ihr kompatibel war“.⁵⁰ Über die Transformationsphase heißt es, viele Historiker hätten nach 1945 keine Skrupel besessen, „ihre alten Texte nahezu unverändert wieder aufzulegen“.⁵¹ Dieser Befund wird an anderer Stelle wiederholt, wobei Schöttler unterstreicht, dass die voluminösen Sammelbände von Aubin, Steinbach und Petri in der von Ernst Anrich geleiteten „Wissenschaftlichen Buchgesellschaft“ publiziert worden seien. Damit wird auf ein Netzwerk hingewiesen; denn Anrich, einst vollkommen auf der NS-Seite stehender Historiker an der Universität Straßburg⁵², bis er dort 1943 wegen NS-interner Differenzen auschied, hatte nach 1945, von jeder akademischen Lehre ausgeschlossen, die Wissenschaftliche Buchgesellschaft gegründet.⁵³ Zu den „alten Texten“ zählt Aubins programmatischer Beitrag „Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde“, 1925 erstmals publiziert und 1978 in der Reihe „Wege der Forschung“ der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft unverändert abgedruckt.⁵⁴ Dieser Text ist jedoch politisch unverfänglich und scheint gegenüber vergleichbaren Äußerungen im Anti-Versailles-Diskurs der Weimarer Republik geradezu gemäßigt. Zur Kontinuität der Westforschung nach 1945, offen oder unter dem Deckmantel semantischer Mimikry, bemerkt Schöttler, völkische und rassistische Terminologie der Vorkriegszeit habe kaum geschreckt, von der „Westforschung“ zur „Westbindung“ sei kein großer Sprung gewesen, zumal es auch in den westlichen Nachbarländern genügend Historiker gegeben habe, welche die Vergangenheit ruhen lassen wollten: „Man zitierte und gratulierte sich gegenseitig.“⁵⁵ In seinem Beitrag über „Rheinische Landesgeschichte als Fallbeispiel“ konzentriert sich Schöttler auf Steinbach und Petri. Das von Steinbach vermittelte Bild ist nicht eindeutig. Bald paradiert er als Vertreter der „Symbiose von Landesgeschichte und nazisti-

⁵⁰ Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte, a.a.O., S.104.

⁵¹ Ders., Einleitung, in: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft, a.a.O., S.17.

⁵² Siehe etwa: Die Bedrohung Europas durch Frankreich. 300 Jahre Hegemoniestreben aus Anmaßung und Angst, Bln. 1940.

⁵³ Allerdings sollte die „WB“ trotz Anrichs Leitung nicht unkritisch als bloßes Ehemaligen-Netzwerk hingestellt werden. Zum Beraterkreis für die Programm-Auswahl zählte etwa ein Carlo Schmid.

⁵⁴ Hermann Aubin, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, a.a.O.

⁵⁵ Peter Schöttler, Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, a.a.O., S.224.

scher ‚Volksgeschichte‘⁵⁶, bald erfahren wir, dass er die ‚erbbiologische Fundierung der Stammes- und Volksgeschichte ausdrücklich‘ ablehnte⁵⁷ und sich etwa auf Vidal de la Blache und Lucien Febvre beruft, also auf einen Anreger und auf ein Haupt der »Annales«-Richtung.⁵⁸ Aus Grenzkampf und Expansion, so Schöttler, sei im IGL ‚über Nacht ‚europäische Zusammenarbeit‘ geworden, ohne dass man Begriffe und Methoden revidiert hätte.⁵⁹ Nach dieser Deutung bestand Steinbachs einzige Konsequenz aus dem Nationalsozialismus, darin, dass er seinen ‚eigenen Nachlass vernichtete oder vernichten ließ‘.⁶⁰ Steinbach und die Bonner Schule seien, so Schöttler, ‚trotz Auschwitz‘ zur Kontinuität übergegangen.

Karl Ditt konzentriert sich in seiner Untersuchung von 1996 auf Franz Petri als den ‚Juniorpartner‘ innerhalb der ‚Troika der rheinischen Kulturraumforschung‘, der Ende der 1920er Jahre zum Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande gefunden habe.⁶¹ Ausführlich betrachtet Ditt auch die Nachkriegsjahre. Getragen von germanischem Sendungsbewusstsein, sei Petri davon überzeugt gewesen, dass Volkstumsverbreitung und politische Grenzen übereingehen müssten; während des Krieges hatte er in Brüssel Gelegenheit, an der Umsetzung seiner Vorstellungen vom Germanentum mitzuwirken, und wurde wegen dieser Tätigkeit bei Kriegsende und erneut im Februar 1946 interniert. Bereits in den 1920er Jahren protestantisch-kirchlich engagiert, zählte er nach Kriegsende zum damals gern verspotteten ‚christlichen Neuadel deutscher Nation‘, unterstützte in der Internierung den Lagerpfarrer und predigte wohl auch gelegentlich selbst.⁶² Im September 1947 kam Petri frei, und ein Kölner Entnazifizierungsausschuss stufte ihn ein Jahre später als ‚entlastet‘ ein, nicht zuletzt aufgrund von Persilscheinen niederländischer Professoren.⁶³ Seinen Kölner Lehrstuhl hatte Petri Mitte 1946 endgültig verloren. Ehe Ende 1950 der erlösende Ruf nach Bonn erfolgte, musste er sich mit

⁵⁶ Ders., Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte, a.a.O., S.95.

⁵⁷ Ebd., S.96.

⁵⁸ Ebd., S.95 u. 96.

⁵⁹ Ebd., S.95.

⁶⁰ Ebd.

Dass Steinbach seinen Nachlass ‚vernichtet‘ habe, wird man nicht sagen können; wie viele andere Wissenschaftler hat er ihn sorgfältig gereinigt.

⁶¹ Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik, a.a.O., S.75.

⁶² Ebd., S.153.

⁶³ Ebd., S.133.

Privatunterricht in Latein und Geschichte durchschlagen.⁶⁴ Als Professor in Bonn organisierte Petri die „Westdeutsche Forschungsgemeinschaft“ neu. Sie entstand im September 1950 als „Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung“ und wurde von Steinbach geleitet, während Petri als Schriftführer fungierte. Die Arbeitsgemeinschaft wollte explizit „auf die alten bewährten Grundsätze der Rheinischen, später Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“ zurückgreifen. Finanziert wurde sie vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, „bei dem Petris ehemaliger Vorgesetzter in der Militärverwaltung, Franz Thedieck, Staatssekretär geworden war.“⁶⁵ Im Protokoll der ersten Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung“ heißt es, man wolle „im Rahmen der heutigen Möglichkeiten und mit einer Zielsetzung, die den nun europäischen Notwendigkeiten Rechnung trägt, die früheren Wissenschaftsbeziehungen über die westlichen Grenzen wieder knüpfen“.⁶⁶ Petri hat in den 1950er Jahren das bereits 1929 konzipierte Projekt „Der Raum Westfalen“ wieder aufgenommen; beide Male - in den 1920er wie in den 1950er Jahren - sei damit, so Ditt, die Absicht verbunden gewesen, mit historischen Argumenten der Kategorie ‚einheitlicher Volkstyp‘ gegen neuerungssüchtige administrative Veränderungen vorzugehen. Galt bereits in den späten 1920er Jahren die Aufmerksamkeit einem fälischen Rassestypus, so wurde in den 1950er Jahren mit einschlägigen und einschlägig belasteten Vertretern der Rasse-Anthropologie wie Egon Freiherr von Eickstedt und Ilse Schwidetzky kooperiert, um anthropologische Untersuchungen auf photometrischer und Blutgruppen-Basis vorzunehmen.⁶⁷

Aufgrund von Ditts Darstellung lassen sich an Petris Karriere nach 1945 wie an einer Drosophila, deren simple Struktur zahllosen Wissenschaftlern die elementaren Lebensvorgänge vor Augen führte, Aufstieg, Absturz, Wiedereinstieg und neuerlicher Aufstieg nachvollziehen:

- (1) *Karriere-Steigflug* im „Dritten Reich“; Tätigkeit im okkupierten Belgien.
- (2) *Absturz*: Zunächst fand sich Petri bei Kriegsende in der Haft wieder, verlor seine Kölner ‚Stelle‘ und musste Nachhilfestunden geben.
- (3) *Netzwerkflicken*: Ab Ende 1948 schienen die Verbindungen wieder zu funktionieren und war zugleich der Entnazifizierungsimpetus erlahmt. Mit Unterstützung niederländischer Kollegen gelang es, das Prädikat „entlastet“ zu bekommen; die Bonner Professur folgte, und im Gesamtdeutschen Ministerium saß ein Kamerad

⁶⁴ Ebd., S.136.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Zit. n.: Ebd.

⁶⁷ Ebd., S.143 f.

von einst als Staatssekretär, mit dessen Hilfe die „Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung“ finanziert wurde.

- (4) *Dreistigkeit*: War anfänglich noch vom „Rahmen der heutigen Möglichkeiten und mit einer Zielsetzung, die den nun europäischen Notwendigkeiten Rechnung trägt“⁶⁸, die Rede, so waren - die Kooperation mit den Rasseforschern im Rahmen des Westfalen-Projekts belegt es - bald alle Zurückhaltungen beseitigt.
- (5) *Neuer Höhenflug*: Leitung des Instituts als Nachfolger von Steinbach.

Dieses Muster finden wir *mutatis mutandis* auch bei Schöttler. Vor allem Ditt weist auf zwei wissenschaftlich-inhaltliche Umschaltmechanismen Petris nach 1945 hin:

- (1) Weltbild und Zielvorstellungen waren nicht mehr „germanisch“, sondern „abendländisch“ bestimmt, „Deutschland“ wurde durch „Europa“ ersetzt.
- (2) Der Glaube an die basale Bedeutung von Sprache und Volk blieb, war damit auch keine imperiale Sendungsoption mehr verbunden. Das Insistieren auf Regionalismus und Selbstverwaltung sei bei Petri zurücknuanciertes Volkstumsdenken gewesen: „Regionalismus wurde gleichsam zu einem Surrogat des Nationalismus.“⁶⁹

Marlene Nikolay-Panter befasst sich mit der IGL-Geschichte von der Gründung 1920 bis zum Kriegsende 1945. Aus ihrer Arbeit geht im Gegensatz etwa zu den Studien von Schöttler hervor, dass das Institut in der NS-Zeit auch Gegenwind bekam. Sie identifiziert nicht Petri mit dem Bonner Institut und ist in ihren Bewertungen kritisch, wenn gleich nicht apodiktisch. Ihr Betrachtungszeitraum endet 1945, sodass sie am Schluss ihres Beitrages nur konstatiert, eine Auseinandersetzung mit der Volkstumsforschung in der NS-Zeit - etwa in den seit 1948 wieder erscheinenden Rheinischen Vierteljahrsblättern - sei nicht erfolgt.⁷⁰

Fassen wir die Eindrücke zusammen: Eine *integrale* Geschichte des IGL und damit der Zentrale der Westforschung gibt es bisher nicht. Die *sektoralen* Studien konzentrieren sich auf bestimmte Phasen und / oder reduzieren die Forschungsgeschichte des IGL auf die Troika Aubin – Steinbach – Petri. Das ist zweifellos ein hoch selektiver Zugriff. Edith Ennen (1907-1999) etwa, am IGL seit 1936, 1947 bis 1964 Direktorin des Bonner Stadtarchivs und IGL-Direktorin von 1968 bis 1974, war den Nationalsozialisten nicht genehm und musste sich im „Dritten Reich“ mit ‚Projekten‘ über Wasser halten. Der zweite Gründervater des Instituts dagegen, der Germanist Theodor Frings (1886 –

⁶⁸ Zit. n.: Ebd., S.136.

⁶⁹ Siehe: Ebd., S.155.

⁷⁰ Marlene Nikolay-Panter, *Geschichte, Methode, Politik*, a.a.O., S.262.

1968), wechselte 1927 auf eine Leipziger Professur und behielt sie bis zu seiner Emeritierung, also auch zu DDR-Zeiten.⁷¹

Leitende Wissenschaftler der Bonner Richtung der rheinischen Landeskunde waren in allen deutschen Staatsformen nach 1918 Professoren. Dies festzustellen, markiert zwei methodische Probleme:

- (1) Theodor Frings befasste sich seit den frühen 1950er Jahren mit der „Eneide“-Dichtung des aus dem Gebiet des heutigen Belgien stammenden mittelalterlichen Autors Henric van Veldeke und gab sie 1964 - in Limburgische rückübersetzt - heraus⁷²; diese Leistung ist anerkannt und wenn umstritten, so nicht aus ideologischen Gründen. Die Heuristik, die zur Befassung mit van Veldeke und dessen Epos führte, das einer altfranzösischen Vorlage gegenüber als enormer Fortschritt angesehen wird, bewegte sich zwar in der Spur einer an germanischer Kontinuität orientierten Landeskunde, doch handelt es sich bei dem Ergebnis um etablierte Wissenschaft. Wir müssen also bei den Produkten aus dem Umfeld der Bonner Schule verschiedene Ideologie-Nähen annehmen und zwischen ideologie-abhängigem heuristischem Anstoß und wissenschaftlicher Produktion unterscheiden.
- (2) Das Beispiel Frings und das seines Gründungskompagnons Aubin führt zur Frage nach dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie in einer Forschungseinrichtung als Gegenstand historischer Untersuchung. Ist es gestattet, die gesamte fernere Produktion eines Wissenschaftlers, der das Bonner Institut verließ, ehe es eigentlich universitär etabliert war, auf dieses Institut zurückzuspiegeln? Zwar bestand über verschiedene Arbeits- und Forschungsgemeinschaften stets eine Verbindung unter den drei Wissenschaftlern, aber Aubin und Frings haben dem IGL nur in der erweiterten Gründungsphase angehört und Petri leitete es erst ab 1961.

Burkhard Dietz hat in einer 1999 veröffentlichten Analyse des Forschungsstandes zur historischen Aufarbeitung der „Westforschung“ den für die Kontinuitätsfrage exemplarischen Charakter der „Westforschung“ hervorgehoben, und zwar nicht zuletzt wegen ihres vertrackten Doppelcharakters, Teil des nationalsozialistischen Ideologie-Apparates gewesen zu sein *und* methodologisch zu den Wurzeln der modernen Landes- und Regionalgeschichte zu zählen.⁷³ Demnach wäre eine zweifache Kontinuität zu untersuchen.

⁷¹ Frings, dessen Festschrift zum 65. Geburtstag in den Rheinischen Vierteljahrsblättern 17 (1952) erschien, jene zum 70. im Jahre 1956 im Akademie-Verlag Bln. / DDR, war 1920 Mitglied der Maatschappij der Nederlandse Letterkunde geworden, 1937 Dr. h.c. der Philosophischen Fakultät der Universität Amsterdam und 1946 Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften; 1946 erschien - auch ins Russische übersetzt - sein kurzer Aufsatz über „Friedrich Engels als Philologe“, 1954 erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Silber.

⁷² Henric van Veldeke, Eneide, hg. v. G. Schieb u. Th. Frings, Berlin (DDR) 1964.

⁷³ Burkhard Dietz, Die interdisziplinäre „Westforschung“ der Weimarer Republik und NS-Zeit als Gegenstand der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Überlegungen zu Forschungsstand und Forschungsper-

Das zweifellos vorhandene innovative Potential in der Methodik der „Bonner Schule“ wie der „Volksgeschichte“ überhaupt hat in der Literatur seit den 1990er Jahren zu diffizilen Bewertungsfragen geführt, und zwar hinsichtlich zweier vertrackter Nähen: Im Hinblick auf das Verhältnis zur französischen Geschichtsschreibung der Annales-Schule sowie zum modernen sozialgeschichtlichen Ansatz, der als ‚Bielefelder Weg‘ seit den 1970er Jahren an allen Fronten gesiegt hatte.⁷⁴ Die Annales-Richtung weist personell wie methodisch Nähe zum Bonner Ansatz auf - etwa dadurch, dass Fernand Braudel, neben Marc Bloch Haupt der »Annales«, Schüler von Lamprecht gewesen ist, der von der Bonner Richtung als einer ihrer Fundamentleger angesehen wurde; das Innovationspotential des Bielefelder Ansatzes ist mit jenem des Bonner Ansatzes partiell kongruent, zumindest auf den ersten Blick.

Über Fernand Braudels Mittelmeerbuch, *opus magnum* der Annales-Richtung und eines der großen und innovativen Geschichtswerke des 20. Jahrhunderts, schreibt Lutz Raphael, die dezidierte Gegnerschaft des Autors zum nationalsozialistischen Deutschland habe den Autor nicht gehindert, die eigene geographisch orientierte Geschichtsdeutung „mit weiteren Bausteinen des im zeitgenössischen Deutschland weitverbreiteten geopolitischen Denkstils auszubauen“⁷⁵, bei aller Nähe aber, die sich in Braudels Sprache eines biologischen Organizismus gelegentlich ebenso zeige wie in einem lebensphilosophischen Wachstumsbegriff, trenne Braudel vom deutschen Geschichtsdenken die Ablehnung völkisch-irrationaler und kulturidealistischer Deutungsangebote⁷⁶. Ulrich Raulff meint, auf beiden Seiten der historischen Anthropologie, jener der „Volksgeschichte“ und jener der »Annales«, könne man auf den ersten Blick wie bei Klappbildern eines Rohrschachtests die gleichen „Strukturen des Erkenntnisinteresses und seiner institutionellen Verwirklichung“ in interdisziplinärer Arbeitsgemeinschaft ausmachen - aber bei genauem Hinsehen läge zwischen beiden Zugängen „eine ganze Welt“: Hier der Mensch, dort das Volk; hier Psychologie als Fundament des Verstehens, dort Biologie; hier Mentalität, dort Rasse.⁷⁷ Raulff hatte die Bonner Methodik nicht im Auge. Für

spektiven, in: Geschichte im Westen 14 (1999), S.189-209, S.207 f.

⁷⁴ Die zunehmende Kritik an der Dominanz der Paradigmen ‚sozialgeschichtlich‘ und ‚Gesellschaft‘ und die Reaktion der Väter auf sie trägt unzweifelhaft Züge eines Kampfes verschiedener akademischer Generationen.

⁷⁵ Lutz Raphael, Die Erben von Bloch und Febvre. Annales-Geschichtsschreibung und nouvelle histoire in Frankreich 1945 – 1980, Stgt. 1994, S.114.

⁷⁶ Ebd., S.116.

⁷⁷ Ulrich Raulff, Ein Historiker im 20.Jahrhundert: Marc Bloch, Ffm. 1995, S.456 f.

sie gilt nicht, dass Mentalität durch „Rasse“ ersetzt wurde und Biologie zum Kern der Methode zählt.

Ist dies die eine Seite eines prekären Verhältnisses, so ist jenes zum Bielefelder Weg die andere. Obgleich Raulff für den Bielefelder Weg keinerlei Sympathien hegt und ihn für „zunehmend kalzerisiert“ erklärt⁷⁸, versucht er nicht, aus vordergründigen Parallelen Kausalitäten abzuleiten und mithin die trübe Herkunft geschichtswissenschaftlicher Modernisierung aus der Reaktion. Willi Oberkrome nähert sich dem ‚Bielefelder Problem‘ in seiner Arbeit über Volksgeschichte, indem er deren Verdienste und Pionierleistungen zunächst hervorhebt: Volksgeschichte habe das methodologische und heuristische Schema des „Historismus“ überschritten, es sei zu neuen Perspektiven gekommen, wobei das ‚einfache‘ Volk nicht länger von der Bühne der Geschichte verbannt geblieben und das Auge für die Bedeutung der Macht der Verhältnisse im Gegensatz zum intentional-akteursbezogenen Geschehen geschärft worden sei.⁷⁹ Doch verfehlt wäre die Annahme eines „unmittelbaren, genetisch-kausalen Nexus zwischen ‚Volksgeschichte‘ und der ‚modernen Sozialgeschichte‘“.⁸⁰ Wir fänden bei der Volksgeschichte wohl die Abwehr des historistischen Individualitätsprinzips, aber offene Feindschaft gegen die moderne Industriegesellschaft und blinden Hass auf die urbane Lebenswelt; wohl interdisziplinären Zugriff und Bruch mit der historiographischen Konvention, aber an deren Stelle lagen neue Dogmen bereit, vor allem in Gestalt völkischer Werte wie dem ‚ewigen Bauerntum‘. Vor allem bei der *Intention* würden die Unterschiede zwischen Volks- und moderner Sozialgeschichte deutlich: Dort „dezidiert rückwärts gewandte Primärziele“ - hier Ringen um ein besseres Verständnis der ‚Moderne‘ mit den Mitteln einer kritischen Aufklärung. Der Hauptunterschied zwischen volksgeschichtlichem Rückwärts und sozialgeschichtlichem Vorwärts scheint demnach darin zu liegen, dass der gesamte emanzipatorische Anspruch der modernen Sozialgeschichte aus den „Denkfabriken des östlichen Westfalen“⁸¹ innerhalb der Bonner Schule keine Position besaß, in der Sprache der Annales-Schule geredet, nicht zur »outillage mental« der Bonner Richtung zählte. Die von Oberkrome vorgenommenen Differenzierungen zwischen moderner Sozialgeschichte und modern anmutender „Volksgeschichte“ laufen darauf hinaus, dass nur eine oberflächliche, eher investigativ-sensationalistische als geschichtswissenschaftlich-analytische Betrachtung Ineinssetzungen oder Vorläuferschaften behaupten kann; der

⁷⁸ Ebd., S.23.

⁷⁹ Willi Oberkrome, Volksgeschichte, a.a.O., S.229.

⁸⁰ Ebd., S.223, das Folgende: S.224 –229.

⁸¹ Raulff, Marc Bloch, a.a.O., S.23.

analytische Blick macht deutlich, dass die moderne Sozialgeschichte ganz andere Herkunftsschneisen besitzt als die Volksgeschichte - nicht Wilhelm Heinrich Riehl sondern Max Weber; weniger Karl Lamprecht als Otto Hintze. Werner Buchholz vertritt die Ansicht, auch wenn die Geschichtliche Landeskunde Kind der unbewältigten Niederlage von 1918 sei⁸², so habe sie doch „methodische Innovationen von bleibender Bedeutung hervorgebracht, die unabhängig von den aktuellen Anlässen ihrer Entstehung ihre wissenschaftliche Tragfähigkeit erwiesen“ hätten⁸³, wogegen Ingo Haar den Historikern des „Volkstums“, die ja unter anderem auf den Methoden der Landesgeschichte fußen, abspricht, dass sie ein innovatives und modernes Potential entwickelt hätten, auf das die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik aufbauen konnte: Werde unter „Innovation“ verstanden, dass die jeweilige Disziplin etwas zum Fortschritt der menschlichen Zivilisation beitrage, so sei von der Volksgeschichte kein fortschrittlicher Impuls ausgegangen.⁸⁴

Das Deutungspanorama von ‚Westforschung‘ wäre unvollständig ohne den Blick auf eine neuere Monographie, die als bisher furioseste zu dem Themenkreis angesehen werden kann: Die Studie des niederländischen Politologen und Historikers Hans Derks über deutsche Westforschung im 20. Jahrhundert.⁸⁵

Derks' Buch ist äußerst vielschichtig, bezieht sich nicht allein auf die deutsche Westforschung, sondern auch auf die niederländische Kooperationsbereitschaft während der Besetzung und danach, so dass Derks von der „ersten“ Kollaboration 1940 bis 1944 und der „zweiten“ nach 1945 spricht⁸⁶, und es enthält einen Subtext, indem es auf aktuelle niederländische Wissenschaftsinterna anspielt. Derks hat seine Studie mit einer Dauerpolemik gegen die niederländische königliche Familie⁸⁷, das NIOD⁸⁸, die niederländi-

⁸² Wie er mit Winfried Schulze formuliert.

⁸³ Werner Buchholz, Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990, in: Ders. (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven, Paderborn, Mnchn., Zürich 1998, S11-60, S.20.

⁸⁴ Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten, Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd, 143), S.372.

⁸⁵ Hans Derks, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001 (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Gerald Diesener, Matthias Middell, Martin Sabrow und Edoardo Tortarolo. Bd. 4.). (Ich verweise auf meine demnächst in den Rheinischen Vierteljahrsblättern erscheinende Rezension.)

⁸⁶ Ebd., S.129.

⁸⁷ Ebd., S.244 (Fn. 6).

⁸⁸ Ebd., S.23, S.114 (Fn.62)

sche⁸⁹ und die bundesdeutsche Sozialdemokratie⁹⁰, Johan Huizinga⁹¹, Max Weber⁹², Jürgen Habermas und Hans-Ulrich Wehler⁹³, Horst Lademacher⁹⁴, Karl Ditt⁹⁵ und etwa dem Sonderforschungsbereich (SFB) 235 der DFG, „Zwischen Maas und Rhein“, unterlegt⁹⁶. In dem genannten SFB besaßen Mitarbeiter der „Ennen-Petri-Steinbach-Schule“ eine hervorragende Position, und es drohe daher, dass hier die „Kulturraumforschung“ des „Dritten Reiches“ verwendet werde.⁹⁷ Unschwer ist daraus Derks' Hauptthese abzuleiten: Die der *direkten Kontinuität* von imperialistischen Optionen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, die bei Kiellegung der Westforschung Pate gestanden hätten, über die Westforschung der 1920er Jahre, der NS-Zeit, der Okkupation der Niederlande und Belgiens im Zweiten Weltkrieg bis hin zur „heutigen Westforschung“ zum Beispiel eines Horst Lademacher⁹⁸. Von diesem, der in eine *direkte Linie* mit dem explizit als SS-Historiker firmierenden Franz Petri gestellt wird⁹⁹, sei die nazistische Kulturraumforschung in der Tradition des „altbewährte(n)' Forschungsimperialismus“¹⁰⁰ in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder in die Niederlande exportiert worden; hieran erkenne man jene „Holland-Rheinland-Achse“, deren Bedeutung vor und nach 1945 der Fall Schneider/Schwerte dokumentiert habe¹⁰¹. Es ist terminologischer und methodologischer Ernst zugleich, wenn Derks schreibt, seit 1996 seien im kleinen Holland gleich *drei* Deutschlandsinstitute entstanden, die mit dem Grenzlandinstitut in Münster, im „Dritten Reich“ Zentrum für Niederlande-Studien, jetzt einer der wichtigsten Orte der Westforschung, „zusammenarbeiten müssen“.¹⁰²

Derks' Kontinuitätsbegriff ist der einfachste von der Welt: *Bis auf Uniformen und ein paar sprachliche Modifizierungen habe sich nichts geändert*. Er erkennt sogar eine

⁸⁹ Ebd., S.20.

⁹⁰ Ebd., S.18.

⁹¹ Ebd., S.31.

⁹² Ebd., passim.

⁹³ Ebd., S.10.

⁹⁴ Ebd., passim.

⁹⁵ Ebd., passim.

⁹⁶ Ebd., S.21 f.

⁹⁷ Ebd., S.22.

⁹⁸ Ebd., S.53 f.

⁹⁹ Ebd., S.104 ff.

¹⁰⁰ Ebd., S.209.

¹⁰¹ Ebd., S. 207. (Zu Schneider / Schwerte siehe die Beiträge von Barbara Henkes / Björn Rzoska und Joachim Lerchenmüller in diesem Band.)

¹⁰² Ebd., S.19.

Kontinuität zwischen der Westforschung im „Dritten Reich“ und der sozialdemokratischen Europapolitik der Gegenwart.¹⁰³ Die Westforschung sieht Derks ohne Vorlauf im 19. Jahrhundert direkt aus den deutschen Revanche-Gelüsten gegen ‚Versailles‘ entstehen und wie eine Pappelallee auf den Nationalsozialismus zulaufen. „Westforschung“ definiert er folglich als

„eine bestimmte geistige, politische und ideologische Bewegung der deutschen Wissenschaften, die um 1918 entstanden ist im Rahmen der allseitig gefühlten Enttäuschung und Ratlosigkeit über vielerlei erlittene Verluste im Weltkrieg einerseits (Ehre, Prestige, Gebiete, Geld) und vielerlei Bestrebungen, diese Verluste rückgängig zu machen, andererseits. Praktisch genommen geht es dabei um eine spezifische Kombination wissenschaftlicher Disziplinen, die mit dem Ziel eingeschaltet wurde, die Enttäuschung verkraften zu helfen und die genannten Bestrebungen in verschiedenen Projekten zu verwirklichen.“¹⁰⁴

„Westforschung“ ist damit keine geisteswissenschaftliche, sondern eine umfassende, imperialistisch-rassistisch fundierte Unterwerfungs- und Planungswissenschaft, die - um Derks' Hauptthese zu wiederholen - bis heute in der Substanz unverändert fortwirkt. Dass dies ohne Skandal habe geschehen können, führt Derks auf zwei ideologische Hauptmerkmale des Nationalsozialismus zurück, die nach 1945 ohne Skrupel in der gedanklichen Rüstkammer des Westens Aufnahme fanden: Antikommunismus / Kalter Krieg und Europa-Ideologie. Diese bildeten die „neuen europäischen Notwendigkeiten“, so dass nach 1945 in der Bundesrepublik „beschlossen“ wurde, „wieder ‚über die westlichen Grenzen‘ zu gehen“.¹⁰⁵

Als Westforscher im „Dritten Reich“ firmieren der Geschäftsführer des SS-„Ahnenerbe“ Wolfram Sievers, Hans Schneider / Schwerte, Franz Steinbach und Walter v. Stokar.¹⁰⁶ Die Schneider / Schwerte-Affäre sei eine „wichtige Metapher für das Westforschungsproblem“ - indem es 1945 begraben worden, aber noch in demselben Jahr „wie Phoenix aus der Asche unter neuem Namen ans Licht der Öffentlichkeit“ gesprungen sei.¹⁰⁷ Abgesehen von der Frage, mit welchem Recht Schneider / Schwerte als „Westforscher“ bezeichnet werden kann, wird seine Bedeutung stark *überzeichnet*. Wer sich mit dem Fall beschäftigt, wird finden, dass den Versuchen, eine „uk“-Stellung zu

¹⁰³ Ebd., S.20.

¹⁰⁴ Ebd., S.239.

¹⁰⁵ Ebd., S.237.

¹⁰⁶ Ebd., S.123, Fn.80.

¹⁰⁷ Ebd., S.207 f. (Aber - so heißt es dann entgegen dem gerade verkündeten Metaphern-Charakter für Kontinuität - Schwerte habe sich unter neuem Namen recht liberal benommen. <S.208>)

ergattern, also nicht zum Militär eingezogen zu werden, ein großer Teil seiner Korrespondenz gewidmet ist.¹⁰⁸ Franz Petris Bedeutung wächst bei Derks ins *Monströse*, indem ihm untergeschoben wird, er hätte geplant, „die Wallonen zu eliminieren“.¹⁰⁹ Sei Petri, so die anspielungsreiche rhetorische Frage, noch „Vordenker“ oder bereits „Vollstrecker“ gewesen?¹¹⁰

Petris, Aubins und Steinbachs herausgearbeitete intellektuelle Schlichtheit¹¹¹ bildet einen schwer aufzulösenden Gegensatz zum abgefeimten Super-Intentionalismus, mit dem diese Akteure von den 1920ern bis in die 1960er Jahre hinein vorgegangen sein sollen, um die Niederlande und Belgien gleichsam aufzufressen. Doch wird man solch eine Absicht nicht einmal den Westforschern während der Blitzkriegseuphorie 1940 in toto unterstellen können. Laut Derks ist Franz Steinbach bereits in den 1920er Jahren, ein „prototypischer Nazi“¹¹², aber er hat - wie wir in dieser Abhandlung noch sehen werden¹¹³ - während des Krieges dafür plädiert, Belgien und den Niederlanden unbedingt die „völkische“ und politische Eigenständigkeit zu belassen. Derks' Verschwörungstheorie, die natürlich auch die Wissenschaftliche Buchgesellschaft mit einschließt¹¹⁴, sowie seine Behauptung eines gleichsam ‚*eliminatorischen Antiniederlandismus*‘ deutscher Historiker und Gesellschaftswissenschaftler vom Kaiserreich bis in unsere Tage ist, das Mindeste zu sagen, eine Auslegung von etwas alkoholischem Charakter.

Anders ist es mit seiner prononcierten Max-Weber-Deutung. Derks stellt seinem Buch das folgende Max-Weber-Zitat voran:

„Gewiss ist es ein nationales Unglück, dass unsere mittelalterliche Geschichte und dann das 16. Jahrhundert die Mündungsgebiete des Rheins von uns trennte. Aber selbst, wenn es möglich wäre, die Fehler von acht Jahrhunderten durch Annexionen wieder zu reparieren, so liegt doch eins auf der flachen Hand: nicht Belgien, welches an uns mit rein französischen Landesteilen grenzt, sondern ... Holland müsste dann das Objekt unseres westeuropäischen Expansionsstrebens sein. Jede Karte zeigt und jeder ehrliche Politiker sollte zugeben, dass hier die politisch-geographische Verstümmelung Deutschlands liegt, welche durch jenes geschichtliche Verhängnis herbeigeführt wurde ... Nur durch

¹⁰⁸ Siehe: Bernd-A. Rusinek, Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider / Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf, Landeswissenschaftsministerium, Düsseldorf September 1996.

¹⁰⁹ Derks, Westforschung, a.a.O., S.203.

¹¹⁰ Ebd., S.202.

¹¹¹ Ebd., S.233.

¹¹² Ebd., S.33.

¹¹³ Siehe unten im Abschnitt V.

¹¹⁴ Derks, Westforschung, a.a.O., S.143.

militärische Gewalt oder durch Vergewaltigung (gleichviel mit welchen Mitteln) könnte jetzt und künftig Holland zu irgend etwas, was einer Aufgabe seiner Selbständigkeit ähnlich sieht, veranlasst werden.“¹¹⁵

Der letzte Satz liest sich wie eine Absichtserklärung, und so wird er von Derks auch interpretiert - das funktioniert vor allem, weil der Satz zuvor ausgelassen worden ist.¹¹⁶

Die Max-Weber-Deutung ist unseriös, bewegt sich nahe an der Fälschung und betrifft aus drei Gründen keine Marginalie:

- (1) Max Webers auf die Niederlande bezogene Äußerung besitzt in dem Buch eine Funktion wie der Novellenfalke bei Boccaccio. Immer wieder kommt der Autor darauf zurück¹¹⁷, spricht von „Max Webers Eroberungsprojekt“¹¹⁸, meint, das von Weber geäußerte Denken habe „Einfluss auf den Verlauf des Zweiten Weltkrieges genommen“¹¹⁹.
- (2) Max Weber war und ist ein Haupt-Bezugsautor, wenn sich Historiker und Sozialwissenschaftler in der Bundesrepublik ca. ab 1960 Kontexten entwinden wollten, in denen auch die reaktionäre Westforschung stand, oder wenn sie Geschichtswissenschaft als Kulturwissenschaft zu profilieren versuchen.
- (3) Es ist die Trasse zu bedenken, die von Max Weber aus zu demokratischen Modernisierungskonzepten wie etwa in Wehlers „Deutscher Gesellschaftsgeschichte“ oder in Habermas' Philosophie führt. Subkutan präsentiert Derks die Konkurrenzdeutung, wonach Max Weber als Imperialist erscheint, dem die Völkischen, die SS während der Okkupation, reaktionäre Historiker in den 1950er Jahren und sogar die Linke der 1980er Jahre gefolgt wäre - wie anders ist Derks' staunenswerter Satz zu deuten, seine Studie über die Westforschung solle das erläutern, „was Habermas, Wehler und viele andere z. B. im *Historikerstreit* so energisch als die ‚Westbindung der BRD‘ verteidigt haben“?¹²⁰ Wenn wir richtig verstehen, dann sieht Derks hinter der Rede von „Westbindung“ nichts anderes als die blutige Tatze des deutschen imperialistischen Ausgriffs auf die einzuverleibenden, geradezu aufzufressenden Niederlande.

Nun, Weber hatte in seinem im Nachlass aufgefundenen Text von Ende 1915 / Anfang 1916 deutsche Politiker, Militärs und Journalisten vor Annexionen im Westen gerade *gewarnt*, da sie in Zukunft „stets erneut“ Deutschland feindliche Koalitionen zusam-

¹¹⁵ Ebd., S.13.

¹¹⁶ Die *erste* Auslassung in Derks' Zitat (hinter „(...) grenzt, sondern“) ist unproblematisch, aber die *zweite* - hinter „(...) herbeigeführt wurde“ - ist brisant, da sie eine Annexionsvorschlag dementiert. Sie lautet: „Nun gibt es freilich hie und da Politiker, welche meinen, wenn wir Belgien uns zwangsweise ‚angliedern‘, so wird Holland sich uns ‚freiwillig anschließen‘. Es gehört ein unglaubliches Maß von Unkenntnis der holländischen Eigenart und Interessenlage dazu, um das zu glauben.“ (Zit. n. Max Weber, Zur Frage des Friedensschließens, in: Gesammelte Politische Schriften. Potsdamer Internet-Ausgabe <<http://www.uni-potsdam.de/u/paed/pia/index.htm>>; dort auch die weiteren Zitate.)

¹¹⁷ Z. B. ebd., S.17, 129, 158.

¹¹⁸ Ebd., S.14.

¹¹⁹ Ebd., S.13.

¹²⁰ Ebd., S.10.

menbrächten. Zwingende Gründe weltpolitischer Art geböten es den Deutschen, so *beschwor* er die Anhänger einer Annexionspolitik, „nicht an unserer Westgrenze einen Zustand zu schaffen, welcher für alle Zukunft die Feindschaft eines großen und - mögen wir annektieren, was wir wollen - sehr mächtig bleibenden Teils der Welt zur Folge haben muss.“ Bereits die Annexion von Elsass-Lothringen im Ergebnis des Deutsch-Französischen Krieges habe jeder gegen Deutschland gerichteten Macht gestattet, „auf die Hilfe Frankreichs gegen uns zu zählen“, und die Ehre habe es den Franzosen verboten, „die Annexion als definitiv anzuerkennen“. Um seine Warnung zu präzisieren, spielte Weber zwei Annexionsvarianten durch:

- (1) *Belgien*: Dessen Annexion zu akzeptieren, sei Franzosen und Engländern aufgrund der elementarsten Rücksicht auf die eigene Sicherheit unmöglich; unter überhaupt keinen Umständen sei an ein „innerliches Sichabfinden mit der deutschen Herrschaft“ durch die Belgier zu denken - „Alle gegenteiligen Vorstellungen sind - auch hinsichtlich der Flamen - große Selbsttäuschungen.“
- (2) *Niederlande*: Deren Annexion oder Einschränkung der Selbständigkeit würde dazu führen, dass „Holland“ alle Mittel in Kauf nähme, zum Einfallstor Englands „gegen uns“ zu werden. Eine etwaige militärische Besetzung der Niederlande sei übrigens nicht so einfach, „wie die Landkarte dem Landesunkundigen vortäuscht“. Im Gegensatz zu solchen *au fond* verworfenen Maßnahmen stellt Weber es als „ganz andere Frage“ hin, ob es möglich sei, „den Holländern einzelne bestimmte, auf gegenseitigen Konzessionen ruhende Abmachungen vorteilhaft erscheinen zu lassen, welche dann zu intimeren Beziehungen der beiden Länder und Völker führen können“. Weber dachte hier an die Verkehrspolitik.

Max Webers Credo in Bezug auf die Niederlande: Es müsse bei allen künftigen Maßnahmen „die unbedingte Selbständigkeit des Landes“ geschont werden. Nur dadurch sei Freundschaft mit den Niederlanden möglich. „Die ‚Angliederung‘ Belgiens aber und ein fühlbarer Druck unsererseits auf Holland würde das vorhandene Misstrauen nur steigern“. Wie kann von hier aus die Rede von „Max Webers Eroberungsprojekt“¹²¹ sein, das die SS dankbar aufgenommen habe?

Aber wenn solche interpretatorischen Husarenstrieche auch eine begründbare Gesamtskepsis gegenüber Derks' Buch erzeugen und man sich nicht vorbehaltlos der stolzen Ansicht des Autors anschließen mag, manche seiner Anmerkungen ließen sich „in eine Habilitationsschrift verwandeln“¹²² - es sind eine Reihe von Beobachtungen in dem Buch enthalten, die auf Forschungsdesiderata hinweisen. Dazu zählen einmal „Hol-

¹²¹ Ebd., S.14.

¹²² Ebd., S.9.

landplan“ bzw. „Holland-Programm“¹²³ sowie „Belgien-Nordfrankreich-Programm“, worin in einer Reihe von Studien unter Petris etwas unklar bleibender Beteiligung die „Kategorien Volk-Rasse-Raum als Bausteine für einen ‚Germanischen Westen‘“ verwandt werden sollten.¹²⁴ Derks geht so weit, dass er aus der anzunehmenden Bearbeitung des fünften Punktes dieses „Belgien-Nordfrankreich-Programms“¹²⁵ durch Petri schließt, er hatte damit „jedenfalls die rassenkundliche Legitimation für die Eliminierung (der Wallonen / B.-A.R.) zu liefern.“¹²⁶ Derks erblickt hierin eine von der bisherigen Forschung verkannte Engführung von Westforschung und SS.

Diese Engführung zeigte sich nach Derks' Darstellung besonders im Bereich der *Raumplanung* für die ins Reich zu holenden Niederlande. Chefplaner seitens der deutschen Besatzung sei in den Niederlanden ab Mai 1940 Hermann Roloff gewesen¹²⁷, der 1942 in Brüssel auch mit Petri „gesprochen“ hatte¹²⁸, aber zum 1. November 1943 zur Wehrmacht eingezogen worden ist¹²⁹. In den Niederlanden hatte es Tendenzen ‚moderner‘ Raumplanung bereits seit den 1920er Jahren gegeben, und ab 1940 habe die niederländische Bürokratie im Zuge ihrer „ersten Kollaboration“ mit den deutschen Besatzern bei der Planung zusammengearbeitet.¹³⁰ Diese Planung ist für Derks ein Scharnier zur Nachkriegszeit: „Nicht nur die Landesplaner, sondern auch die niederrheinischen ‚leitenden Herren‘ des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, des Konjunkturinstituts *West* in Essen und der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland waren an der ‚Wirtschaftsverflechtung des Rhein- und Ruhrgebietes mit Holland‘ interessiert (April 1941).“¹³¹

¹²³

Man erfährt anfangs nicht recht, was das sei. Zunächst ist von einem Brief Plassmanns vom 2. Januar (sic!) 1940 an Sievers / „Ahnenerbe“ die Rede (Ebd., S.85). Darin wird eine vertiefte, die Niederlande einbeziehende völkische Brauchtumsforschung auf Basis von Materialien und der Bibliothek des von der SS geschlossenen katholischen Volkskunde-Instituts Münster (Prälat Schreiber) vorgeschlagen. (S.86) Derks rückt den Brief des damals (und für die nächsten Jahre vergeblich) um seine Habilitation kämpfenden Plassmann ins Rampenlicht, um auf das Geburtsregister des heutigen Zentrums für Niederlande-Studien in Münster hinzuweisen: „Hier wird uns ein erster Blick in die Vorgeschichte des heutigen Zentrums für Niederlande-Studien in Münster gewährt. Da konfiszierte also die SS ein katholisches Institut (‚Religiöse Volkskunde‘), um es ihren eigenen expansionistischen Zwecken dienstbar zu machen.“ (Ebd., S.87) Detailliert wird der „Hollandplan“ auf S.199.

¹²⁴

Ebd., S.200.

¹²⁵

Er lautet: „Die rassische Zusammensetzung und die seelisch-geistigen Eigenschaften des flämischen und wallonischen Volkstums“ (Ebd., S.201)

¹²⁶

Ebd., S.201.

¹²⁷

Ebd., S.149.

¹²⁸

Ebd., S.196.

¹²⁹

Ebd., S.205.

¹³⁰

„Die niederländische *Vorkriegstendenz* zur Zentralisation in mehreren Bereichen konnte dank der deutschen Besatzung auch verwirklicht werden und ist deshalb nach dem Krieg so gut wie vollständig bestehen geblieben.“ (Ebd., S.148.)

¹³¹

Ebd., S.153.

Hauptstück der Planungsanstrengungen war die Besiedlung der Ijsselmeerpolder, ein bereits vor der Okkupation entworfenes Projekt, geprägt von utopischen Vorstellungen einer planbaren Gesellschaft. Eine Heckwelle von Gesellschaftswissenschaftlern - Ökonomen, Anthropologen und Bevölkerungswissenschaftler, Psychologen, Volkskundler, Statistik-Fachleute - war am Werk, die Entstehung des „Neuen Menschen“ zu planen und zu studieren.¹³² Derks bezeichnet dieses Großprojekt mit dem Ziel der „Züchtung eines Neuen Menschen in einer neuen Gesellschaft“¹³³ als „holländische Westforschung“¹³⁴ und schiebt Nazismus und niederländische Bürokratie ineinander.

Die Verflechtung dieses Großplans mit den Aktivitäten der Nationalsozialisten muss noch genauer erforscht werden. Es wäre dabei auch der Frage nachzugehen, ob der Polderplan nicht eher dem internationalen Trend zu technizistischen Utopien und Gesellschaftskonstruktionen der 1920er und 1930er Jahre zuzurechnen ist, also etwa Bestrebungen wie *Tennessee Valley Authority* in den USA und *Dnjeprpetrowsk* in der UdSSR, die Hughes vor einiger Zeit so erhellend miteinander in Beziehung gesetzt hat.¹³⁵

Weil er nationalsozialistische Spezifika nicht herausarbeitet, mit einem hanebüchenen Begriff von *Kontinuität* operiert, Personen wie Wolfram Sievers und den Prälaten Schreiber zusammenwirft (von lebenden Personen zu schweigen), weil er mit dem Identitätskonzept ‚*Einmal Nazi – Immer Nazi*‘ hantiert, Zufallsschlüsse aus zahllosen hin und her fliegenden Plänen, Konzepten und ‚Projekten‘ der Nationalsozialisten zieht, weil er schließlich nicht zwischen an den Nationalsozialismus *anschließbaren* Vorhaben und solchen unterscheidet, die *substantiell* nationalsozialistisch waren - wäre es selbst für verstockteste Befürworter der reaktionären Westforschung von ehemals ein Kinderspiel, über Derks' Arbeit mit wissenschaftlichen und wissenschaftsmethodologischen Argumenten schulterzuckend hinwegzugehen. Das ist zu bedauern.

Werfen wir von hier aus einen Blick auf die dargestellten kritischen Stimmen zu Westforschung zurück, auch auf die hysterischen, so lässt sich festhalten: Mit Sicherheit wird am Ende der noch lange nicht abgeschlossenen Kontinuitätsdebatte die Erkenntnis stehen, dass es auch in der Geschichtswissenschaft in methodologischer Hinsicht keinen Zusammenhang zwischen Modernisierung und Moral gibt und auch sie einer Dialektik der Aufklärung unterliegt.

¹³² Ebd., S.177 ff.

¹³³ Ebd., S.241.

¹³⁴ Ebd., S.179.

¹³⁵ Siehe: Thomas P. Hughes, *Die Erfindung Amerikas. Der technologische Aufstieg der USA seit 1870*, München 1991.

IV.

Gemäß der (leider) sehr kurzen Studie Wilhelm Janssens über das IGL¹³⁶ waren der Bonner Schule zu Zeiten ihres Direktors Steinbach nach 1945 die innovatorischen Impulse ausgegangen:

- Unsicherheit über den eigenen Gegenstand, über das Verhältnis von Lokalforschung und geschichtlicher Landeskunde, über das Verhältnis von Geschichte und Landesgeschichte, über das Postulat der Interdisziplinarität, das Steinbach in seinen letzten Jahren zumindest in der Praxis aufgegeben hatte;
- alte sprachhistorische Gewissheiten aus den Zeiten von Theodor Frings wichen zunehmender Skepsis;
- der Raumbezug der Forschung wurde schwächer, und die kartographische Methode trat zurück.

Steinbach und sein Nachfolger Droege hätten sich in Forschungen und Vorlesungen zunehmend verfassungsgeschichtlichen Fragen zugewandt, mithin jener „blassen Entwicklungsgeschichte rechtlicher Institutionen“, die zu überwinden der Anfangsimpuls der Bonner Landesgeschichte seit Lamprechts Pionierzeiten gewesen war. Die angebotenen Vorlesungen in der Nachkriegszeit verloren die rheinische Spezifik und mussten nicht zuletzt deshalb thematisch ausgeweitet werden, weil bei rheinischen Themen das Hörerinteresse nur mehr gering gewesen sei.

Der Höhepunkt der innovativen Impulse der Bonner Schule lag im ersten Jahrzehnt nach 1918. Zu den Basistexten dieser Zeit ist Hermann Aubins programmatischer Beitrag „Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde“ zu rechnen, 1925 erstmals erschienen und 1978 von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft ohne jede Veränderung neu abgedruckt.¹³⁷ Aubin entfaltete ein Programm, das am ehesten zeigt, wie ‚modern‘ der Bonner Ansatz war.

Nach Aubin war es in den Jahren nach 1918 das Bestreben, „den geschichtlichen Studien in der Rheinprovinz einen festen Mittelpunkt zu geben“, wobei der Name „geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ auf das Problem hinweisen sollte, dass von einer rheinischen Geschichte nicht wie von einer preußischen oder bayerischen gesprochen werden könne: In einer aus 100 Staatspartikeln zusammengesetzten Provinz wie Rheinpreußen fehle für die „vom Staate ausgehende Landesgeschichte der organische

¹³⁶ Zum Folgenden: Wilhelm Janssens, Das Institut für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande der Universität Bonn nach der Ära Steinbach (seit 1961), in: Werner Buchholz (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland, a.a.O., S.315-323, S.318 f.

¹³⁷ Hermann Aubin, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, a.a.O.

Anknüpfungspunkt“, und die „Einheit der historischen Interessen“ könne nur in Beziehung aus „das Land an sich“ gewonnen werden.¹³⁸

Die Kalamität, dass bei den vielen deutschen Staatspartikeln eine herkömmliche Geschichte ‚von oben‘ nicht leicht zu schreiben ist, hatte bereits Johann Jos. Ign. von Döllinger (1799 – 1890) in seiner berühmten Akademierede „Über das Studium der deutschen Geschichte“ von 1878 beklagt - nur bezog er sich dabei nicht auf das Rheinland, sondern auf das Deutsche Reich insgesamt.¹³⁹ Neidvoll hatte Döllinger auf England und Frankreich geblickt, wo es nationale Geschichtsdarstellungen gab, die auch wirklich gelesen wurden. Solche Darstellungen seien in Deutschland nicht leicht möglich: „(...) das Auseinanderstreben, die Teilungen, die ganz zufälligen Bildungen und Auflösungen von Fürstentümern, von kleineren und kleinsten Gebieten, verwirren und ermüden den Geist“; zusätzlich kämen in Deutschland die „Eigentümlichkeiten der Stämme“ viel mehr zu Geltung. Was Döllinger als zusätzliche Erschwerung ansah, war vierzig Jahre später für die Bonner Richtung die Lösung - sich dem Land, den Stämmen und dem Volk zuzuwenden. Hierzu hatte es einen Impuls bedurft, der 1907 von der Prager deutschen Karl-Ferdinands-Universität ausgegangen war, der Verschmelzung von Literaturgeschichte und Volkskunde.¹⁴⁰ August Sauer hatte in seiner berühmten Rede beklagt, dass die Literaturgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts die Verbindung der Literatur mit dem Volkstum vernachlässigt habe. Die von ihm geforderte „landschaftliche Gruppierung der deutschen Dichter“¹⁴¹ sollte bedeuten, dass „der Literaturgeschichte von oben (...) eine literaturgeschichtliche Betrachtung von unten“ mit volkstümlichen Elementen und Berücksichtigung der Dialektpoesie entgegenträte¹⁴². Die von Sauer geforderte enge Kooperation von Germanistik und Volkskunde brauchte von jüngeren, an Volk und Raum interessierten Historikern wie Aubin nur noch mit der Geschichtswissenschaft kombiniert zu werden. Wir erkennen, wie Döllingers Kritik 1878 und Sauers Projektentwurf 1907 eine Trasse für Ansätze der Landesgeschichte bildeten. Sauers Entwurf wurde von Josef Nadler in der „Literaturgeschichte der deut-

¹³⁸ Ebd., S.38 (hier und im Folgenden zitiert nach der Ausgabe von 1978).

¹³⁹ Johann Jos. Ign. von Döllinger, Über das Studium der deutschen Geschichte, in: Ders., Akademische Vorträge, 2. Bd., Mnchn. 1889, S.407-427, S.410 f.

¹⁴⁰ August Sauer, Literaturgeschichte und Volkskunde. Rektoratsrede gehalten in der Aula der K. K. Deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag am 18. November 1907, Prag 1907.

¹⁴¹ Ebd., S.11.

¹⁴² Ebd., S.17. (Soweit ich sehe, ist das Schema ‚Geschichte von oben‘ / ‚Geschichte von unten‘ hier erstmals formuliert.)

schen Stämme und Landschaften“¹⁴³ realisiert, und auf Nadler hat sich Aubin in der Frings-Festschrift von 1952 geradezu jubilierend bezogen¹⁴⁴.

Der auf das „Land an sich“ zielende Zugriff bedurfte nach Aubins Programm von 1925 der Arbeitsteilung verschiedener historisch orientierter Fächer wie Archäologie, Kunstgeschichte, Sprachwissenschaft und Volkskunde, mithin dessen, was heute als Interdisziplinarität zum Katalog wissenschaftlicher Grundtugenden zählt.

Aubins Zugriff verdankte sich nicht allein einem spezifisch rheinischen Problem, „100 Staatspartikeln“ ein historisches Dach aufzusetzen - vielmehr lag der multi- oder interdisziplinäre Ansatz in der Luft. Aubin sprach in seinem Programm-Aufsatz von einer Wendung der Geschichtswissenschaft „im Verlaufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“, die der von ihm verfochtenen Innovation besonders zugearbeitet habe: Hin zur Kulturgeschichte, zur Wirtschaftsgeschichte, zur Erforschung der „materiellen Zustände und des Lebens der Massen“. Erster Markstein dieser neuen Richtung für das Rheinland sei Lamprechts Jugendwerk über das Wirtschaftsleben des Mosellandes gewesen, erschienen 1885 und 1886.¹⁴⁵ In diesem Pionierwerk hatte Lamprecht „nichts an einer blassen Entwicklungsgeschichte rechtlicher Institutionen“¹⁴⁶ und alles an einer dichten Beschreibung der gesellschaftlichen mittelalterlichen Zustände gelegen. Karl Lamprecht (1856-1915), an der Gründung des „Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde“ 1881 wesentlich beteiligt, nach einem gescheiterten ersten Anlauf ab Mai 1885 mit massiver Unterstützung Althoffs außerordentlicher Professor in Bonn, bis er 1890 über Marburg nach Leipzig ging, ist für die Bonner Richtung von erheblichem Einfluss gewesen. 1956 schrieb Aubin über Lamprecht, „dass wir seiner ‚rheinischen Zeit‘ einen gar nicht zu überschätzenden Anstoß für unsere eigene Arbeitsweise verdanken“.¹⁴⁷ Doch die über Lamprecht hinausgehende Zutat war die Sprachforschung als eines der wichtigsten landesgeschichtlichen Instrumente. Mit Sprach- und Wortgebrauchskarten, so Aubin 1925, könne gezeigt werden, dass nicht Lautverschiebungen am Orte, sondern geographisches Vordringen und Zurückweichen sowie sprachliche Vermischung in nicht eindeutig

¹⁴³ 3 Bde., zuerst 1912 – 1918.

¹⁴⁴ „Wie tief dieser Rhythmus das ganze deutsche Land durchdrang, hatte am vollkommensten Josef Nadler auf dem Felde der schönen Literatur zur Anschauung gebracht.“ (Hermann Aubin, Gemeinsam Erstrebt. Umriss eines Rechenschaftsberichtes, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 17/1952, Festschrift Theodor Frings, Bonn 1952, S.305-331, S.313.)

¹⁴⁵ Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, a.a.O., S.39.

¹⁴⁶ Siehe: Ursula Lewald, Karl Lamprecht 1856 - 1915, in: Bonner Gelehrte, a.a.O., S.231-253, S.241. In diesem Beitrag auch die weiteren Einzelheiten über Lamprecht Bonner Zwischenspiel.

¹⁴⁷ Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Archiv, Akte IGL 105 (Korrespondenz Steinbach. 1929 – 1964), Aubin an Steinbach, 13.6.1956.

sprachlich dominierten Gebieten den Wandel erzeugten.¹⁴⁸ Den Part der Sprachforschung übernahm im Bonner Institut der Anfangsphase Theodor Frings; nach 1945 erfolgte die Zusammenarbeit mit Leo Weisgerber.

Hauptsächliches Medium der Ergebnisvermittlung wurde die *Karte*.¹⁴⁹ Kartenwerke waren und sind ein Schwergewicht der IGL-Forschung. Kartographisch erfasste Dialektgeographie erfüllte für Aubin die Funktion einer ‚Geschichte von unten‘: Könne die Kunstgeschichte wohl ähnliche Bewegungen nachweisen wie die Sprachgeschichte, so bewegte sie sich doch „meist in den oberen Schichten der Intellektuellen“ - Dialektgeographie dagegen zeichne diese Bewegungen „in den niederen Schichten des Alltäglichen, des Bodenständigen“, sie lasse uns „Blicke in das Leben des Volkes selbst tun“, helfe, „Bewegungsprinzipien der Massenerscheinungen und ihren Verlauf aufzudecken“.¹⁵⁰ Würde auf diese Weise einst nicht allein das Rheinland, sondern Deutschland insgesamt erforscht sein, man gewönne - so die Hoffnung Aubins - über alle Territorial- und modernen Verwaltungsgrenzen hinweg „das Bild der historischen Landschaften als organischen Unterbau einer Geschichte des deutschen Volkes“.¹⁵¹ Nicht viel anders als ein Fernand Braudel sah Aubin den „tiefsten Grund für die Gestaltung der Kulturprovinzen“ in den „geographischen Vorbedingungen, in der Naturlandschaft, welche der

¹⁴⁸ Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, a.a.O., S.44.

¹⁴⁹ Siehe: Hermann Aubin, *Gemeinsam Erstrebtes*, a.a.O., S.312 f.

Es lohnt, daran einige Reflexionen zu knüpfen. Mithilfe aufwendiger Kartenwerke sollten kulturhistorische Prozesse optisch sichtbar gemacht werden, so etwa Sprach- und Dialektformen und die Verteilung dinglicher „Überreste“ im Sinne von Droysens „Historik“, wie sie die Volkskunde erforscht. Die Karte erfasst nicht die Geschichte herausgehobener Akteure und Dynastien, es geht bei ihrem Einsatz nicht um Itinerare ‚große Männer‘ oder Herausbildungen administrativer Einheiten - Themen sind vielmehr Volk und Raum. Natürlich ist die Karte das geeignete Medium, wenn nicht beurkundetes ereignisgeschichtliches Handeln Gegenstand der Forschung ist, sondern der Raum und seine Durchdringung durch die Massen bzw. das Volk. Zugleich ist die Karte gegenüber der traditionellen Erzählung des Historikers - man denke an die Stentor-Rhetorik v. Treitschkes und Konsorten - das im positivistischen Sinn wissenschaftlichere Medium der Kenntnisvermittlung. Die Karte signalisiert weiterhin Interdisziplinarität, da der Historiker auf Zusammenarbeit mit Geographen und zumindest Kartographen angewiesen ist - ganz so, wie Karl Lamprecht in Leipzig mit Anthropologen, Psychologen, Sprachwissenschaftlern und eben Geographen kooperierte. Schließlich ist zu erwägen, was Ulrich Raulff in seiner großen Studie über Marc Bloch herausarbeitet und was weit über das Niveau der meisten Arbeiten zur jüngeren Wissenschafts- oder Wissenschaftszeitgeschichte hinausführt: Durch Karte und Luftaufnahme wurden Historiker im Ersten Weltkrieg auf dieses exakte und kriegswichtige Darstellungsmedium in besonderer Weise aufmerksam gemacht. (Siehe: Ulrich Raulff, *Marc Bloch*, a.a.O., Abschnitte 2.1 und 2.2. <„Der Weltkrieg und die Labors der Historie“; „Sichtbare Dinge oder Techniken der Aufklärung“>, S.70-124.) Man glaube, so Raulff über Marc Bloch als Deuter, im Hintergrund den Aufklärungsoffizier zu vernehmen, wenn er Kataster und Parzellenpläne zum Sprechen bringe. (Ebd. S.109) Marc Bloch, Hermann Aubin und Franz Steinbach waren von Karl Lamprecht angeregt worden, und sie waren im Ersten Weltkrieg Offiziere gewesen. Vor solchen biographischen Erfahrungshintergründen, die Karten-Historiographie auch als Offiziers-Historiographie erscheinen lassen, ist die Karte für eine kämpferische Geschichtswissenschaft ‚medium‘ und ‚message‘ zugleich.

¹⁵⁰ Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde, a.a.O., S.45.

¹⁵¹ Ebd., S.50.

Historiker immer nur zu seinem schweren Schaden übersehen wird“.¹⁵² Damit hatte Aubin 1925 das Programm der Landesgeschichte Bonner Prägung umrissen. Diese Landesgeschichte war ihm „Hilfswissenschaft von höchster und aktuellster Bedeutung“¹⁵³ - diese Formulierung ist denn auch der einzige politische Bezug in dem Text.

„Politisch“ sprach Aubin anderswo: 1925, als das Rheinland-Millennium angesichts von Versailler Vertrag, Rheinlandbesetzung und separatistischen Tendenzen pompös vaterländisch aufgezogen wurde, hielt er den Vortrag „Kelten, Römer und Germanen in den Rheinlanden“.¹⁵⁴ In der rheinischen Kernbevölkerung erblickte Aubin eine Mixtur keltischer und germanischer Elemente.¹⁵⁵ „Nehmen wir“, so Aubin, „Germanen“ einmal auch rassenmäßig als feststehende Größe, so liegen die Wurzeln der germanischen Bevölkerung der Rheinlande (...) sehr weit zurück, schon in der vorchristlichen Ära. Aber auch sprachlich und kulturell ist das Deutschtum der Rheinlande schon früh entschieden (...)“¹⁵⁶

Doch erhielt Aubin Gegenfeuer. Es kam von Joseph Hansen (1862-1943), einem in der historistischen Tradition ausgebildeten Historiker, Katholik, aus Aachen stammend, Direktor des Kölner Stadtarchives, Vorsitzender der 1881 unter intensiver Beteiligung von Karl Lamprecht gebildeten „Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde“. In der Vorgründungsphase des Bonner Instituts, im Dezember 1918 und damit vor Versailles, hatte sich der Privatdozent Hermann Aubin mit dem Vorschlag siedlungsgeschichtlicher Arbeiten über das Rheinland an Hansen gewandt, die Schaffung einer ‚Stelle‘ vorgeschlagen und Sachmittel beantragt.¹⁵⁷ In Hansens ebenfalls 1925 publiziertem Bändchen „Rheinland und Rheinländer“¹⁵⁸ nun treffen wir auf denkbar große Unterschiede zu Aubin. Wie in einem fiktiven Streitgespräch widersprach Hansen Punkt für Punkt. Er war der Ansicht, „dass im Ernst weder von einer historischen ‚Stammeseinheit‘ der Be-

¹⁵² Ebd., S.48.

¹⁵³ Ebd., 50.

¹⁵⁴ Bonn u. Lpz. 1925.

¹⁵⁵ „Das Endergebnis aller Betrachtung ist: Das Rheinland war am Ende der römischen Herrschaft auf dem Wege, durch Verschmelzung sehr disparater Elemente eine neue Kultur zu erzeugen. Deren Ausdrucksmittel sind meist römisch, aber im Wesen macht sich Keltentum und Germanentum geltend. Die Oberschichten sind stärker vom Römertum ergriffen, in der Tiefe des Volkes lebt noch nationales Keltentum oder in solches verwandeltes Germanentum.“ (Ebd., S. 20.)

¹⁵⁶ Ebd., S.25.

¹⁵⁷ Siehe: Ursula Lewald, Karl Lamprecht 1856 - 1915, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaft (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968, Bd. 2), Bonn 1968, S.231-253, S.241.

¹⁵⁸ Bonn u. Lpz. 1925 (Sonderabdruck aus „Westdeutsche Monatshefte“, 3/1925).

völkerung noch von ‚einem uralten Gemeinschaftsgefühl der Länder am Rhein‘ gesprochen werden kann“.¹⁵⁹ Bei den Wörtern „Rheinland“ und „Rheinländer“ handle es sich um Begriffsschöpfungen des 19. Jahrhunderts, geprägt im Dienst politischer Optionen. Es sei „mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden“, die besondere Art der Bevölkerung zu ermitteln, und eine gemeinsame Identität „ein Etwas, was jeder fühlt, aber keiner definieren kann“; er warnte vor der „Gefahr unwissenschaftlicher Verallgemeinerung“, die hier auf Schritt und Tritt drohe.¹⁶⁰ Stammes-Identität sei eine „luftige Konstruktion“¹⁶¹, die rheinische „Volksseele“ erachtete Hansen als Erfindung der Romantik und rückte ihr auch mit bevölkerungswissenschaftlichen Argumenten zu Leibe: 1815 wohnten in der Rheinprovinz knapp zwei Millionen Menschen, 1925 seien es *sieben*, und dieser enorme Zuwachs sei größtenteils auf *Einwanderung* zurückzuführen.¹⁶² Eine Reaktion Aubins auf diese Positionen, die seinen Ansatz *au fond* kritisierten, hat sich nicht finden lassen.

So radikal aber Aubins Rheinland-Vortrag von 1925 in seiner Germanen- und Rasse-Begrifflichkeit scheint, er muss mit anderen zeitgenössischen Bekundungen verglichen werden, und diese sind sogar geeignet, den Eindruck eines persönlichen völkischen Extremismus zu relativieren. 1923 hielt der Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf (1848 – 1931) im besetzten Düsseldorf¹⁶³ einen vielbeachteten Vortrag über „Griechen und Germanen“, der auf den folgenden Kernsatz hinauslief:

„Und nun liegt Deutschland am Boden; alles wird getan, ihm Land und Leute zu entreißen oder zu entfremden. Ja, meine Damen und Herren, die Gefahr ist groß, dass das Deutschtum zunächst, dann aber auch das übrige Germanentum zum Kulturdünger für ein anderes Volkstum wird, und wir sehen ja die Schande, dass weite Kreise bei uns sich mit diesem Schicksal ganz gern befreunden. Es gebricht uns jenes Rassegefühl, das der Grieche überall in der Diaspora, selbst der Krämer im Sudan, nicht verleugnet.“¹⁶⁴

¹⁵⁹ Ebd., S.31.

¹⁶⁰ Ebd., S.31 f.

¹⁶¹ Ebd., S.41.

¹⁶² Ebd., S.36.

¹⁶³ Auf diese Tatsache wird in der Publikation eigens hingewiesen. Bei dem gebildeten Publikum wurden dadurch Assoziationen mit Fichtes „Reden“ im besetzten Berlin hervorgerufen.

¹⁶⁴ Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Griechen und Germanen („gehalten in Düsseldorf 1923, als die Franzosen die Ruhr besetzt hielten; in der Stadt war Belagerungszustand“), in: Ders., Reden und Vorträge, Bd. 2, Dublin, Zürich ⁵1967, S.95-110, S.104.

Wäre zu Beginn der 1920er Jahre eine Umfrage nach dem angesehensten lebenden Wissenschaftler der älteren Generation in Deutschland durchgeführt worden, Wilamowitz-Moellendorf hätte zum engeren Kandidatenkreis gezählt.

So sehr auch Aubins und Frings' Programmatik dem Interesse der Weimarer Regierungen entgegenkam, den deutschen Rhein mit Unterstützung von Historikern gegenüber Frankreich zu verteidigen, sie wurden nicht besonders alimentiert. Die Idee eines eigenen *Instituts* für Landesgeschichte wurde erstmals im Frühjahr 1919 geäußert.¹⁶⁵ 1920 stimmte die Bonner Philosophische Fakultät der Gründung zu; Aubin wurde Leiter, Frings Vorsteher - aber diese Positionen hätte man im Jargon der Zeit als „Charaktermajor“ bezeichnet. Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hatte der Gründung überhaupt nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass Staatsmittel nicht in Anspruch genommen würden, und finanzielle Unterstützung durch die Rheinprovinz war ebenfalls nicht möglich. So hing das Institut finanziell in der Luft, bis es gelang, Mittel des „Rheinlandsfonds“ im Innenministerium locker zu machen, weil das IGL „im Rahmen der durch die Kulturpropaganda der Besatzungsmächte wünschenswert gewordenen Abwehrmaßnahmen“ von größter Bedeutung sein werde.¹⁶⁶ Damit war in der Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik die Richtung festgelegt und die Trasse für künftige Zuwendungsnehmer-Rhetorik gebahnt. 1924 konnte eine positive Arbeitsbilanz vorgelegt werden - aber eine ordentliche Professur für Aubin sprang nicht heraus. „Das Ministerium ließ ihn nach Gießen ziehen.“¹⁶⁷ Er sei, so schrieb Aubin 1952, „andere Wege gegangen oder geführt worden“, seit er und Frings die Ufer des Rheins hinter sich gelassen hätten; er habe den Faden schleifen, aber nie ganz abreißen lassen.¹⁶⁸ Erst nach Aubins Weggang erhielt das Bonner Institut eine stabile Basis, und zwar unter Franz Steinbach.

Die Umriss der Biographie Steinbachs im „Dritten Reich“ wurden bereits präsentiert. Institutsleiter in Bonn; 1939 zum Militär, 1940 vermutlich auf Betreiben des SD entlassen, wegen Einspruchs von dieser Seite auch nicht Leiter der Kulturabteilung der Militärverwaltung Brüssel geworden; ab Wintersemester 1940/41 wurde Steinbach an die Universität Gent abgeordnet. Er trat nicht erst hier in Netzwerk-Kontakte, die bis in das „Ahnenerbe“ der SS hineinreichten.

¹⁶⁵ Zum Folgenden: Edith Ennen, Hermann Aubin und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 34, 1970, S.9-42, S.17.

¹⁶⁶ Ebd., S.17.

¹⁶⁷ Ebd., S.20.

¹⁶⁸ Hermann Aubin, Gemeinsam Erstrebtes, a.a.O., S.305.

Aber bei der Bewertung von Netzwerk-Kontakten wie etwa Gremienmitgliedschaften ist analytische Behutsamkeit geboten. Beispiel: Hermann Aubin war Mitglied im leitenden Projekt-Ausschuss des größten geisteswissenschaftlichen Forschungsvorhabens der NS-Zeit, das unter ein thematisches Dach gegliedert war, dem von der SS 1937 initiierten und inhaltlich und ideologisch abgesteckten, von Heinrich Himmler und Hermann Göring persönlich protegierten Vorhaben „Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte“. Hat Aubin wenn nicht mit Himmler und Göring, so doch mit Wolfram Sievers, Heinrich Harmjanz und Walther Wüst persönlich historische Projekte entworfen? Der Blick in die Akten ergibt, dass er an keiner einzigen Sitzung teilgenommen und lediglich die Protokolle zugeschickt bekommen hatte.¹⁶⁹ Ähnliche Vorbehalte, die in nichts anderem fußen als der selbstverständlichen historischen Quellenkritik, gelten auch für Organisations- und Behördenteile im Wissenschafts- sowie in anderen Bereichen während der NS-Zeit. So war es „geradezu ein Hobby“ des „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführers Wolfram Sievers, immer neue übertreibende Schemata mit Behörden, Abteilungen, Unterabteilungen zu entwerfen.¹⁷⁰

V.

Der Blick auf das IGL in der NS-Zeit unter Steinbach muss auf drei Markanzpunkte beschränkt bleiben: Tagungsbetrieb, Reaktion auf kritisches Gegenfeuer, gutachterliche Tätigkeit für die ‚Politik‘.

Im Rahmen der 1931 gebildeten „Rheinischen“ bzw. „Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“ führte Steinbach im Oktober 1937 in Aachen eine deutsch-niederländische Tagung durch. Thema war die deutsch-niederländische Geschichte unter dem Aspekt gemeinsamer Tendenzen.¹⁷¹

Im Umfeld der Tagung treffen wir auf den Professor Johannes Marie Neele Kapteyn, geboren 1870, Rektor der Universität Groningen, einer der wichtigen niederländischen Ansprechpartner des „Ahnenerbe“ und damit Hans Schneiders (später Hans Schwer-

¹⁶⁹ Siehe: „Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte“ - Ein Forschungsprojekt des „Ahnenerbe“ der SS von 1937 bis 1945. In: Albrecht Lehmann, Klaus Schriewer (Hg.), Der Wald - Ein deutscher Mythos?, Perspektiven eines Kulturthemas, Bln., Hamburg 2000 (Reihe „Lebensformen“, Bd. 16), S.267-363, S. 294.

¹⁷⁰ IfZ, ZS/A.-25/Ahnenerbe, F-69 (Materialien M. H. Kater, Notiz über Besprechungen Katers mit Professor Walther Wüst, April 1963).

¹⁷¹ Zum Folgenden: IGL-Archiv, Akte IGL 21, Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, Dt.-nll. Tagung 1937.

te¹⁷²), seit 1942 SS-Hauptsturmführer e. h., Lehrstuhlinhaber für Altgermanische Philologie unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen sowie des Altfriesischen und Herausgeber der Zeitschrift für nordische Volkskunde, „Saxo-Frisia“. In einer Vernehmung durch niederländische Behörden nach dem Kriege erklärte Kapteyn zu seiner Kollaborateurskarriere: „Deutsch gesinnt war ich selbstredend schon als Germanist“.¹⁷³ Aber der wichtigere Kontaktmann von Steinbach im Zusammenhang mit der Tagung war Prof. De Vries von der Universität Leiden. Er referierte in Aachen über „Die germanisch-fränkische Landnahme in den Niederlanden“. Während des Krieges intrigierte Hans Schneider gegen de Vries wegen dessen „Beziehungen zu liberalen und katholischen Kreisen der Wissenschaft“.¹⁷⁴ Des weiteren referierten in Aachen Zender (Bonn) über „Probleme der Grenzlandvolkskunde“, Stan Leurs (Antwerpen) über „Die Entwicklung der Baukunst zwischen Schelde und Rhein“ und Martin Spahn (Köln) zum Thema „Der Niederrhein und die Niederlande in der Reichsgeschichte“. Spahn, geboren 1875, bereits 1901 Professor für Geschichte in Straßburg, hatte zum Weimarer Rechtskatholizismus gehört und sich 1933 der NSDAP angeschlossen, für die er im Reichstag saß. Seine Haltung basierte auf konservativ-christlicher Weltanschauung und macht ihn „offenbar blind für die von der Rechten, zumal vom Nationalsozialismus ausgehenden Gefahren“.¹⁷⁵

Dass es auch in dem ideologienahen Feld der Westforschung keine einheitlich nationalsozialistische Wissenschaft gegeben hat, wird am Gegenfeuer deutlich, das Steinbach 1938 in Form einer scharfen Rezension des bekannten Romanischen Philologen Ernst Gamillscheg (Berlin) erhielt.¹⁷⁶ In der Deutschen Literaturzeitung hatte Gamillscheg, ausgehend von einer Kritik an Petri, geschrieben:

¹⁷² Zu Schneider / Schwerte siehe die Beiträge von Barbara Henkes / Björn Rzoska und Joachim Lerchenmüller in diesem Band. Zu Schwerte siehe auch: Bernd-A. Rusinek, Ein Germanist in der SS, in: Ein Germanist und seine Wissenschaft. Der Fall Schneider / Schwerte, Erlangen 1996 (Erlanger Universitätsreden Nr. 53/1996, 3. Folge), S.23-46; ders., Zwischenbilanz der Historischen Kommission zur Untersuchung des Falles Schneider / Schwerte und seiner zeitgeschichtlichen Umstände, Düsseldorf, Landeswissenschaftsministerium, a.a.O.; ders., Zur Karriere eines Spagatakteurs 1936 - 1995, in: Helmut König (Hg.), Der Fall Schwerte im Kontext, Opladen 1998, S.14-47; ders., Von Schneider zu Schwerte. Anatomie einer Wandlung. In: Wilfried Loth, Bernd-A. Rusinek (Hg.), Verwandlungspolitik. Nationalsozialistische Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Ffm., New York 1998, S.143-179.

¹⁷³ „Duitsch gezind was ik vanzelfsprekend al als Germanist“. (NIOD, Pers. Dossier Johannes Marie Neele Kapteyn, undat. Vernehmung <nach dem 14.9.1945>).

¹⁷⁴ BAB, BDC-Akte Dr. Friedrich Plutzar, geb. 6.5.1893 (B 0280), Vermerk Schneiders, Den Haag, 17.12.1940.

¹⁷⁵ Siehe: Art. „Spahn, Martin“ in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. X, 1995, Sp.863-84 (Digitale Datenbibliothek NRW).

¹⁷⁶ Zum Folgenden: IGL-Archiv, Akte IGL 105 (Korrespondenz Steinbach, 1929 – 1964), Fings an Deutsche Literaturzeitung, 14.4.1938; Steinbach an A. O. Meyer (Herausgeber des Handbuchs der deutschen

„Wie bedenklich es ist, dass auf solche Zeugnisse einer Erhaltung der lateinischen Überlieferung des 5. Jahrhunderts, trotz der verschiedenen germanischen Einwanderungen, nicht Rücksicht genommen wird, zeigen die auf Petris Materialien aufbauenden jüngsten Arbeiten von Steinbach, der ähnlich wie Frings die germanisch-romanische Grenze des 6. Jahrhunderts bis an die Loire verlegen möchte und daher in ganz Nordfrankreich ein im frühen Mittelalter rückromanisiertes Gebiet sehen möchte, Ansichten, die nicht ernstlich geäußert werden sollten, da sie die deutsche Wissenschaft in Verruf bringen“.

Frings war über diese Kritik hochgradig erregt. Schließlich würde die Dt. Literaturzeitung „unter den Augen der Preußischen Akademie der Wissenschaften und im Auftrag der Deutschen Akademie herausgegeben“. Der Inhalt der Kritik scheint ihm egal gewesen zu sein. Er sprach von einer um so bedauerlicheren „Diffamierung“, als die Frage „von größter wissenschaftlicher und nationaler Bedeutung“ und vom IGL „in jahrelanger ernster Arbeit einer neuen Entscheidung entgegengeführt worden“ sei. Nebenher erteilte er dem IGL das Prädikat, eines „der wachsamsten Grenzinstitute deutscher Geschichtswissenschaft“ zu sein. Und diesem würde nun „unter den Augen der deutschen Akademien das Zeugnis der Minderwertigkeit und Unzulänglichkeit ausgestellt“. Steinbach wies darauf hin, dass Gamillscheg zum Leiter der deutschen Delegation auf dem internationalen Namenskongress im Juli 1938 in Paris bestimmt worden sei, und hielt dies für politisch äußerst gefährlich: „Wenn er dort in gleicher Weise loslegt, wird unsere Grenzlandarbeit schweren Schaden erleiden.“

Man wandte sich nach ganz oben, um gegen den Rezensenten vorzugehen und Berichtigungen zu erreichen - etwa an Albert Brackmann und Julius Petersen. Steinbach schrieb sodann an Arnold Oskar Mayer, Herausgeber des Handbuchs der deutschen Geschichte, und wies ihn auf die politische 'correctness' seines Handbuch-Abschnitts „Frankenreich“ hin. Darin hatte es geheißen:

„Sichere Feststellungen über den Verlauf der Sprachgrenze liegen erst für das 13. Jahrhundert vor. Von da ab bis zur Gegenwart sind nur noch verhältnismäßig unbedeutende landschaftliche Verschiebungen eingetreten, die wir nach Umfang und Ursache einigermassen genau übersehen. Der Sprachenkampf ist zum Stellungskrieg geworden, in welchem jedes Dorf und jeder Hof mit Zähigkeit verteidigt und öfters zurückerobert wird. (...) Der Sprachenkampf dauerte schon ein halbes Jahrtausend (...)“

Das Selbstzitat Steinbachs mit dem lächerlichen, vollkommen unwissenschaftlichen Analogienzauber *Sprachenkampf seit dem Mittelalter = flämischer Sprachenstreit seit dem 19. Jahrhundert = Stellungskrieg im Westen 1914 – 18* sollte salvatorisch sein.

Geschichte). 25.4.1938; Theodor Mayer (Vorsitzender der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft) an Steinbach, 27.5.1938.

Neben der gesuchten und gespreizten Kriegsmäßigkeit der Sprache, dem Hineinphantasieren des Historikers in den Krieg, ist zweierlei hervorzuheben:

- 1) Auf das Gegenfeuer eines Josef Hansen 1925 hatte Hermann Aubin offenbar gar nicht reagiert. Auf das Gegenfeuer eines Gamillscheg 1938 konnte vom IGL und seinem Umfeld reagiert werden, wie in etablierten *scientific networks* üblich: Nicht nach dem Inhalt der kritischen Rezension wurde gefragt, sondern nach der ‚Ecke‘, aus der sie kam, und nach der Funktion der Rezension im Blick auf das ‚Ausland‘, nämlich auf die bevorstehende Tagung in Paris; nicht der Rezensent wurde angeschrieben, sondern der Herausgeber und andere hohe Tiere der Szene. Es ging allein um *political correctness*.
- 2) Ernst Gamillscheg war keineswegs ein kritischer Wissenschaftler, sondern ein überangepasster *magister ubique* des „Dritten Reiches“¹⁷⁷: Zwar nicht Parteimitglied, aber ein gestandener regimetreuer Mandarin, der sein Amt als Leiter des Neuphilologenverbandes bereits 1933 zur Verfügung gestellt hatte, um die Gleichschaltung der Neuphilologen und die Einführung des „Führerprinzips“ zu ermöglichen¹⁷⁸; er verfasste den Romanistik-Beitrag in der Festschrift zu Hitlers 50. Geburtstag. Gamillscheg vertrat nicht die These, Nordfrankreich sei einst flächendeckend fränkisch besiedelt gewesen, sondern ging von Mischgebieten und Sprachinseln aus, die allerdings zu einer Art germanischer Blutspende für die Romanen und den Aufbau ihres Staates geführt hätten, so dass von germanischen ‚Barbaren‘ keine Rede sein könne.

Mitte 1940, nach Beginn des Krieges im Westen, schrieb Steinbach „auf Anfordern“ ein elfseitiges Gutachten über die künftige Gestaltung der Verhältnisse im Westen.¹⁷⁹ Hier wird Geschichtswissenschaft praktisch und anwendungsorientiert; daher muss auf die Ausführungen näher eingegangen werden. Was Steinbach schrieb, beruhte auf „vieljähriger wissenschaftlicher Beschäftigung mit den Verhältnissen an der deutschen Westgrenze“. Nach seiner Auffassung sollte die deutsche Grenzregelungspolitik im *Westen* im Dienst der künftigen Politik im *Osten* stehen:

„Da die großen Aufgaben der Reichspolitik, abgesehen von den Kolonien, im Osten liegen, wo allein noch Raum für das wachsende deutsche Volk gewonnen werden kann, müssen im Westen oberstes Ziel der Grenzregelung ruhige Verhältnisse sein, die ohne

¹⁷⁷ Zum Folgenden: Frank-Rutger Hausmann, „Vom Strudel der Ereignisse verschlungen“. Deutsche Romanistik im „Dritten Reich“, Ffm. 2000 (Analecta Romanica 61), S.25, S.66, S. 521-525. (Zur Kontroverse Gamillscheg / Steinbach siehe ebd., S.524 f.)

¹⁷⁸ Wofür es im IGL keine Parallele gibt.

¹⁷⁹ Zum Folgenden: IGL-Archiv, IGL 94, elfseitige Ausarbeitung Steinbachs (undat.), ohne Titel. „Auf Anfordern in zwei Tagen niedergeschrieben“. Entstanden zwischen dem 28.5.1940 (Steinbach spricht von der „Kapitulation des belgischen Königs“) und Mitte Juli 1940 (unter dem 19.7.1940 gratuliert Aubin Steinbach zu dessen Einsatz an der Universität Gent <IGL-Archiv, Akte IGL-105>). Im Text ist von „4 Karten“ die Rede, die aber nicht beigefügt sind. Dass der Text von Steinbach stammt, geht auch daraus hervor, dass eine Reihe Passagen seinem Aufsatz „Holland, Belgien, Luxemburg. Ein kurzer geschichtlicher Überblick“ entnommen sind, der im Oktober 1940 in „Deutschlands Erneuerung“ erschienen war.

übermäßigen deutschen Kräfteaufwand dauernd gehalten werden können. Es handelt sich im wesentlichen darum, die Rückendeckung für die Ostpolitik zu sichern und zu festigen.“

Das völkische Gesetz, „nach dem das neue Deutschland angetreten sei“, so versichert Steinbach, „bleibt für uns unter allen Umständen verbindlich.“ Indes fährt er fort: „Die Übertragung der gewaltigen völkischen Umsiedlungsvorgänge des Ostens auf den alten Kulturboden des Westens halte ich für unmöglich.“ Das bedeutet für die kritische Einschätzung der „Westforschung“, dass man in ihr nur bedingt und mittelbar ein Pendant zur „Ostforschung“ erblicken kann.

Die Ruhe im Westen ist für Steinbach nicht allein als Rückendeckung für die Politik im Osten notwendig, die in ihrer ganzen Brutalität ein Jahr später mit dem Überfall auf die Sowjetunion beginnen wird, sondern auch wegen des Verhältnisses zwischen dem Reich und England; denn als Ausgangspunkt für seine Überlegungen zur Westgrenze gibt Steinbach an, „dass dieser Krieg uns von England aufgezwungen wurde, dass eine friedliche Lösung des Gegensatzes zwischen Deutschland und England auf absehbare Zeit nicht mehr denkbar ist“. *England* und nicht Frankreich müsse mit allen Mitteln geschwächt werden, um seine Vormachtstellung auf immer zu brechen. Daher soll „die deutsch-französische Erbfeindschaft (...), wenn das irgend möglich ist, aus der Welt geschafft werden“. Das sei möglich entweder durch „völlige machtpolitische Vernichtung Frankreichs oder aber durch eine sehr schonende Behandlung, die schmerzliches von uns verlangt“. Eben für eine „schonende Behandlung“ spricht Steinbach sich aus.

Man dürfe sich bei der Grenzgestaltung nicht einbilden, die Probleme zwischen Deutschland und Frankreich „durch strenge Anlehnung der zukünftigen deutschen Westgrenze an die Sprachgrenze“ zu beseitigen. Der Streit zwischen Deutschland und Frankreich, „die lange, blutgetränkte Geschichte ihres Gegensatzes“, habe sich nicht um Grenzfragen entwickelt, so der Autor, der von „Rasse“ gar nicht und von „Germanen“ kaum spricht, sondern „um die Schlüsselgewalt im europäischen Kernraum“. Steinbachs Option läuft darauf hinaus, die Grenzen Frankreichs nicht zugunsten deutscher Territorialgewinne zu verschieben, „damit nicht Frankreich für alle Zeit zum letzten Einsatz seiner Kräfte auf Seiten der angelsächsischen Mächte getrieben wird“. Und Elsass-Lothringen? Aus zwei eng miteinander zusammenhängenden Gründen rät Steinbach dringend davon ab, es Deutschland einzuverleiben:

- 1) Sollte Elsass-Lothringen ins Reich zurückgeholt werden, müsste es „durch Herannahme einer breiten romanischen Zone von Belfort über Metz nach Longwy“ militärisch gesichert werden.

- 2) Dieser Übergriff auf „alten romanischen Volksboden“ wäre die schroffe Herausforderung einer französischen Nation, die bereits die Fortnahme von Elsass-Lothringen als unerträglichen Verlust empfände. Der Griff nach jener breiten militärischen Sicherheitszone Belfort - Metz - Longwy wäre aber „auch für das völkische Deutschland (...) eine ungeheure Belastung“, denn trotz mittelalterlicher Reichszugehörigkeit sei die dortige Bevölkerung „vom nationalistischen Geiste Frankreichs durchtränkt“ - eine Hypothek, durch die auch die Wiedergewinnung der Elsässer und Lothringer für das deutsche Volkstum gewaltig erschwert würde.

Worin kann nach Steinbach die Lösung bestehen? Darin, dass den Elsass-Lothringern „die von ihnen so lange erstrebte neutrale Zwischenstellung“ verschafft würde. Die staatliche Verselbständigung Elsass-Lothringens würde „aus dem alten deutschen Volksboden dieser Landschaften starke Abwehrkräfte gegen jede westliche Bedrohung erwecken“. Frankreich könnte sich mit dem Verlust abfinden, weil „das Elsass als militärisches Glacis vor seiner Vogesengrenze liegen bliebe“, Deutschland mit dem Entgegenkommen, weil „Frankreich aufgrund seiner schwindenden Volkskraft nicht mehr von sich aus als stark vorwärts drängende Eroberungsmacht zu fürchten“ sei. Immer müsse die „Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich im Auge behalten“ werden. In Summa war Steinbachs Vorschlag für eine zukünftige Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses *kein* nationalsozialistischer Griff nach dem Westen, *kein* SS-Frieden, *kein* Frieden, wie er den alldeutschen Radikalen des Ersten Weltkrieges vorgeschwebt hatte, sondern eher ein gemäßigter Bismarck-Frieden. Steinbach war kein Ultra - woraus im übrigen das für seine Biographie im „Dritten Reich“ nicht unwichtige Faktum abzuleiten ist, dass es keineswegs die ideologisch ‚Strammen‘ und die Radikalen gewesen sind, die an die Universität Gent abgeordnet wurden, um die Flamenpolitik der deutschen Okkupanten zu unterstützen.

Die Niederlande werden von Steinbach als zweites Problem bei der Festlegung künftiger Grenzen und der Gestaltung der künftigen deutschen Politik betrachtet. Die deutsche Niederlandepolitik nach dem Mai 1940 solle dort aktive Eigenkräfte „zum Einsatz auf unserer Seite im Kampf gegen den Westen“ entfesseln und zugleich „auch für eine zukünftige Verständigung mit Frankreich“ die Türe öffnen. Steinbach holt zu einem historischen Rückblick aus und geht auf das Jahr 925 zurück, als die Niederlande bis zur Schelde und die alten karolingischen Kernlande an Maas und Mosel bis hinüber zu den Argonnen fest mit dem Deutschen Reich verbunden worden seien. Dafür seien aber andere Gründe entscheidend gewesen als sprachliche Zugehörigkeit oder engere Stammverwandtschaft. Der Reichsgedanke sei in den Niederlanden während des Mittelalters

mächtig gewesen, bemerkt Steinbach und nimmt dabei den alten Streit mit Henri Pirenne wieder auf.¹⁸⁰ Die gesamte niederländische Kultur - Dichtung, Baukunst, Wirtschaft politisches Leben - sei tiefgreifend vom Innern des Reiches her bestimmt worden. Daraus leitet Steinbach jedoch nicht ab, die Niederlande dem Deutschen Reich einzuverleiben: So unverwischbar die historischen Spuren des Reiches in den Niederlanden seien, man müsse sich vor Augen halten, dass „die Voraussetzungen der mittelalterlichen Reichspolitik in den Grenzlanden (...) heute nicht mehr gegeben“ seien.“

Für Belgien schlägt Steinbach vor, das Programm der flämischen Föderalisten zu realisieren: „Vollständige Gliederung Belgiens in einen flämisch-wallonischen Bundesstaat, in Fortsetzung der im (Ersten /_{B.-A.R.}) Weltkrieg von Deutschland getroffenen Maßnahmen.“

Insgesamt unterbreitete Steinbach vier „Vorschläge für die Gestaltung der deutschen Westgrenze“:

- 1) Elsass-Lothringen werde selbständig, „im übrigen bleiben die Grenzen am Oberrhein unberührt“.
- 2) Die Neutralität von Holland und Belgien werde unter deutschen militärischen Schutz gestellt, „ihre politische und völkische Selbständigkeit bleibt unangetastet“.
- 3) Luxemburg werde um das deutschsprachige Gebiet bei Arel / Arlon vergrößert, trete unter deutsche Militär- und Zollhoheit, behalte aber eine politische Sonderstellung.
- 4) Dem heimgekehrten Gebiet von Eupen-Malmedy werden die deutschen Gemeinden der Provinz Lüttich und von Niederländisch-Limburg angeschlossen.

Als Prinzipien hob Steinbach in seiner Denkschrift von 1940 über die Neugestaltung der deutschen Westgrenze *erstens* hervor, dass die Richtschnur der staatlichen Neuordnung „die in langer und reicher geschichtlicher Entwicklung gewordene völkische Gliederung“ sein müsse; *zweitens*, dass „unsere zukünftigen Grenzsetzungen im Westen (...) der Welt beweisen, dass Deutschland seine universale Sendung nicht in der Unterjochung fremder Völker erkennt, sondern in ihrer Führung und in der Durchsetzung und Sicherung aller völkischen Lebensrechte seines Machtbereiches gegen englischen Imperialismus und französische Assimilierungspolitik“.

180

„Die vom belgischen Historiker Pirenne verbreitete und in den Niederlanden zu weitgehender Annahme gelangte Auffassung, dass die Träger des Reichsgedankens in den Niederlanden damals nur landfremde Glieder der Reichskirche gewesen seien, ist nachweislich falsch.“

Ebenfalls 1940, im Oktober, veröffentlichte er den kleinen Aufsatz „Holland, Belgien und Luxemburg. Ein kurzer geschichtlicher Überblick“¹⁸¹, der deutlich von der Euphorie des bis dahin siegreichen „Westfeldzuges“ geprägt war. Der Text hat eine Reihe von Passagen mit dem Gutachten über die Westgrenze gemeinsam. Wieder die Volte gegen Pirenne¹⁸²; wieder die Ablehnung der völkisch-biologischen Kategorie „Rasse“ als Instrument, die westeuropäische Geschichte zu verstehen¹⁸³; wieder die Zurücknuancierung der Sprachgrenzenbedeutung¹⁸⁴. Darüber hinaus weist Steinbach auf Leo Weisgerbers Forschungen hin, wonach der deutsche Volksname um 700 im fränkisch-romanischen Sprachgrenzgebiet geprägt worden sei¹⁸⁵, und hebt die Bedeutung der Freiheitskriege hervor: Die napoleonische Zeit hätte die Entfremdung zwischen Deutschland auf der einen sowie den Niederlanden und Luxemburg auf der anderen Seite verstärkt, da letzteren „das große deutsche Erlebnis des siegreichen Freiheitskampfes unter preußischer Führung“ versagt geblieben sei.¹⁸⁶

Beide Texte Steinbachs, das Gutachten und der Aufsatz von 1940, zeigen ihn als Reaktionsär, aber nicht als Nationalsozialisten. Geschichte als Geschichte politischer Machtausübung hatte für den Leiter des IGL ein größeres Argumentationsgewicht als die heuristischen Kategorien von Raum, Stamm und Volk, mit denen das IGL-Konzept in den 1920er Jahren doch gegenüber herkömmlicher Geschichtsbetrachtung auftrumpfen wollte. Von Grundhass auf Frankreich ist kaum etwas zu spüren. Die Kolonisierung des „Ostens“ unter den Bedingungen, wie sie einem Historiker und Briefpartner Aubins Mitte 1940 bekannt sein konnten, wurde vollkommen bejaht. Von „Juden“ und „Verjudung“ ist keine Rede, es wird auch nicht darauf angespielt, und wenn Steinbach in seinem Westgrenzen-Gutachten - wie zitiert - ausführt, seit dem 17. Jahrhundert sei unverkennbar neben dem deutschen ein besonderes niederländisches Volkstum entstanden, dann kann dem nicht eine biologisch-rassistische Verklammerung von Rasse und Volk zugrunde liegen; denn besonderes Volkstum im nazistisch-rassistischen Verstand kann ja nicht nach der Reformation entstanden sein. Kulturelle Dignität sprach Steinbach

¹⁸¹ In: Deutschlands Erneuerung, hg. v. Gustav Borger, Paul Ritterbusch, Otto Streck, Robert Wetzel, Oktober 1940, S.475-483.

¹⁸² Ebd., S.478.

¹⁸³ Ebd., S.476.

¹⁸⁴ „Die karlingischen (sic!) Stammlande wurden zur Mitte des Gesamtreiches. Die Sprachgrenze spielte politisch keine Rolle mehr, sie wurde von dem gewaltigen politischen Geschehen der Karlingerzeit überschwemmt, vom Reichsgedanken überwölbt.“ (Ebd., S.477.)

¹⁸⁵ Ebd., S.477.

¹⁸⁶ Ebd., S.481.

weder den Franzosen, noch den Niederländern noch den Flamen und Wallonen ab - einzig „England“ produzierte offenbar Schaum vor seinem Munde, womöglich auch, weil hier propagandistische Anti-England-Fixierungen des Kriegsfreiwilligen von 1914 und Weltkrieg-I-Offiziers durchschlugen.

Wie dagegen ein Nazi-Historiker oder doch Halb-Historiker argumentierte, muss hier als Kontrastfolie aufgespannt werden. Zu diesem Zwecke kann Walter von Stokar (1901 – 1959) dienen.¹⁸⁷ Er hatte Geschichte, Jura und Pharmazie studiert, war eine zeitlang Apotheker gewesen und aufgrund seiner pharmazeutischen Kenntnisse in der Lage, eine Monographie über die Geschichte des Hausbrottes der germanischen Zeit zu schreiben, die auf Analysen von Lebensmittelresten in Gräbern beruhte. Die Arbeit wurde 1943 fertiggestellt und 1951 in Leipzig (!) publiziert. Stokar stieß zur SS, war Mitarbeiter im „Ahnenerbe“, unterhielt von der Universität Köln aus Kontakte in die Niederlande, war ab 1939 Direktor des Kölner Instituts für Ur- und Frühgeschichte sowie des Ur- und Frühgeschichtsmuseums. Ab September 1942 sehen wir ihn in Den Haag als Berater in Hochschulfragen unter dem Generalkommissar für Verwaltung und Justiz in den besetzten Niederlanden, Friedrich Wimmer.

Eitel wie ein Pfau, schrieb der Vielbeschäftigte im März 1942: „Ich bin ja nicht nur mehr Professor in Köln, sondern auch in Bonn, bin beim Reichskommissar in den Niederlanden und Referent für Volkstumsfragen beim Chef der Zivilverwaltung in Frankreich“. Von Den Haag aus sandte er 1943 seinen im Felde befindlichen Studenten einen ‚launigen‘ Brief, der das ganze Niveau des Mannes zum Ausdruck brachte:

„Dieser Brief entsteht im Haag. Aber, um es offen zu sagen, Freude am Geschäft hier habe ich nicht. Man kennt ja die Qualität der fälischen Rasse. Die Mehrzahl der Käseköpfe, so bezeichne ich die Holländer, merkt es immer noch nicht, worum es geht.“

Stokar war Leiter des „Germanischen Institut in den Niederlanden“ an der Universität Leiden, welches jedoch eher ein Plan für die Zukunft als eine arbeitende Einrichtung gewesen ist. Leiden sollte nach Stokar, der ein großzügiger Planer war, „germanische Universität“ werden. An Sievers, „Ahnenerbe“-Reichsgeschäftsführer, schrieb Stokar:

„Der Gedanke, in Leiden die erste Germanische Universität aufzumachen, hat derart greifbare Formen angenommen, dass ich offiziell beauftragt wurde, den Lehrkörper zusammenzustellen. Ich möchte das nicht ohne Sie tun, denn es soll ja die erste Universität dieser Art werden, und dass nach einer Hereinbeziehung Englands nicht Rostock o-

¹⁸⁷ Das Folgende, wenn nicht anders angegeben, nach den Akten UAK 44 / 72, UAK 44 / 420 und UAK 317 / 1814 im Universitätsarchiv Köln.

der sonst eine Nordostuni das Germanische Zentrum sein wird, ist klar. Die aktiven Germanen sitzen in Nordwesteuropa. Der Schwerpunkt wird sich dorthin verlagern, auch ohne unser Zutun. Leiden wird einmal eine große Rolle spielen. Wir müssen nur alles in der Hand behalten.“¹⁸⁸

An anderer Stelle befand Stokar, die „weltberühmte Universität Leiden“ sei „wegen anglophiler-jüdischer Umtriebe geschlossen“, die Mehrzahl der Professoren „als anti-deutsch und antinationalsozialistisch“ entlassen, die Institute stünden verwaist und würden verkommen, dagegen sei die Mehrzahl der Institute an der Universität Köln zerbombt, und der Forschungsbetrieb stehe still. So schlug er vor, „dass Köln mit seinen ausgebombten Instituten nach Leiden zieht und in Verbindung damit eine Frontuniversität eröffnet wird“. Köln, von wo aus „die Mystik und die Scholastik (...) nach den Niederlanden verpflanzt worden“ sei, hatte nach Stokars Auffassung eine besondere kolonialisatorische Aufgabe für die Niederlande: „Ich halte Köln für würdig, den Einbruch in westeuropäisches Kulturleben zu vollbringen, als Universität die neue Weltanschauung des Nationalsozialismus in Westeuropa auf dem wissenschaftlichen Sektor zu vertreten, die Beziehungen zwischen dem Rheinland und den Niederlanden enger zu gestalten und den Grundstock zu einer neuen Tochteruniversität, der Germanischen Universität in Leiden, zu legen, kurz, eine einmalige historische Aufgabe zu meistern.“¹⁸⁹ Und dem Kölner NSDAP-Gauleiter teilte Stokar schließlich im Oktober 1943 mit:

„Eine einmalige, historische Aufgabe bietet sich der Universität Köln, die dadurch nicht nur am Leben bleibt¹⁹⁰, sondern zu noch höherer Bedeutung gelangen wird. Siegreich gegen Liberalismus, Romanismus, Puritanismus und westeuropäische Geistesverfassung soll sie nach dem Friedensschluss mit den siegreichen Truppen in ihr wiedererstandenes Köln einziehen.“¹⁹¹

Das Kontrastbeispiel v. Stokar ermöglicht, Steinbachs Gutachten sowie seinen Aufsatz von 1940 innerhalb des nationalsozialistischen Feldes einzuschätzen. Nehmen wir diese Schriften Steinbachs von 1940 zum Maßstab, so kann die Kontinuität seiner Arbeiten nach 1945 nicht nationalsozialistisch sein, und der Nationalsozialist v. Stokar wurde an solcher Kontinuität gehindert, indem ihn die Universität Köln 1946 entließ.

¹⁸⁸ v. Stokar an Sievers, zitiert in einem Brief Sievers' an Brandt, 2.1.1942, zit. n.: P. J. Idenburg, *De Leidse Universiteit 1928 – 1946. Vernieuwing en Verzet, 's-Gravenhage 1978*, S.224.

¹⁸⁹ Ebd., Vermerk, gez. von Stokar, Apeldoorn, 19.10.1943.

¹⁹⁰ Bezug ist die Zerstörung universitärer Einrichtungen durch die Bombenangriffe der Alliierten auf Köln.

¹⁹¹ Idenburg, *De Leidse Universiteit*, a.a.O., von Stokar an den Kölner Gauleiter Grohé, undat. (Oktober 1943; der Brief bezieht sich auf Unterredungen von Anfang Oktober desselben Jahres).

Ein weiteres Kontrastbeispiel zeigt uns, dass auch denkbar weit gehender Opportunismus nicht ausreichte, um im „Dritten Reich“ eine Universitätsprofessur in einem ideologienahen Fach zu bekommen. Dieses Kontrastbeispiel ist Leo Just (1901 – 1964), eine Randfigur der Westforschung, die für einen Lehrstuhl *alles* tat. Im November 1933 hatte Just zwar geschrieben, seine Aussichten, sich in den nationalsozialistischen Forschungsbetrieb „einzuschalten“, seien schlecht, da er „weder von Rassenkunde, noch von Vorgeschichte, noch von Wehrwissenschaft“ etwas verstehe¹⁹², aber in seiner 1934 gehalten Bonner Antrittsvorlesung „Lothringen und die Saar“¹⁹³ warf er sich in einer psychologisch an das *little-man*-Syndrom erinnernden Weise in die Pose des Kriegshelden, hoffend, damit regime-akzeptabel zu sein: Nicht nur sprach er von der „Historikerschlacht um das linke Rheinufer“, in imaginiertem *Cross-over* von Krieg und historischer Forschung wurde der Historiker zum Krieger im Kampf um das „Reich“ - seine Waffe die Hermeneutik, sein Schlachtfeld das Archiv, seine Artillerie das wissenschaftliche Werk: „Hinter den leichten Stoßtrupps der politischen Schriften rücken nach und nach die wissenschaftlichen Werke an, das Ergebnis langjähriger Forschung, die der nationale Wille geweckt und belebt hat.“ Dieser Satz war auf die westlichen, namentlich französischen Gegnerhistoriker gemünzt, doch er galt unzweifelhaft auch für Justs Selbstdefinition; er bestimmte seine Aufgabe gleichsam als die eines Ernst Jünger der Quelleninterpretation: „Die Gefahren im Auge zu behalten, die von daher¹⁹⁴ dem Volkstum unserer Grenzlande drohen, ist gewiss eine der hervorragendsten Pflichten des Historikers.“

„Rasse“ war vom Jargon der Romantik durch krude, unverständene Vernaturwissenschaftlichung und Massenpopulismus in die Menagerie der Wissenschaftskarrieristen diffundiert. Die jüngere Generation musste aus Karrieregründen den Rassebegriff der Nationalsozialisten adaptieren. Das funktionierte bei Petri; das funktionierte bei Leo Just aber nicht. Petris Werk, dessen politische Anbiederung mit der Münze wissenschaftlich-handwerklicher Akkuratess bezahlt werden musste, wurde bis hinauf zum „Führer“ gelesen und gutgeheißen. Dagegen hatte der ungefähr gleichaltrige Just 1933 geklagt, er beherrsche das vom Nationalsozialismus verlangte Instrumentarium einmal nicht, weder Rassenkunde noch Vor- und Frühgeschichte. Als er sich 1940 in Regime-Treue versuchte, wofür Karriere-Gründe sowie Begeisterung über den Wehrmachtssieg

¹⁹² Zit. n. Art. „Just, Leo“ in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. X, 1995, Sp.825-830 (Digitale Datenbibliothek NRW).

¹⁹³ In: Leo Just, Um die Westgrenze des alten Reiches, a.a.O., Zitate S.40 f.

¹⁹⁴ Nämlich von den französischen Gegnerhistorikern.

im Westen gleichermaßen den Ausschlag gaben, war er noch so viel wissenschaftlicher Historiker geblieben, dass er sich bei dem Versuch, die biologistische Kategorie „Volk“ und die Befunde der Quellen zu Deckung zu bringen, schlicht verhaspelte und verhedderte.¹⁹⁵

Während des Krieges war Just zunächst Soldat in einem Dolmetscherkorps, sodann Gastprofessor an der Universität Gent¹⁹⁶ - woraus zu schließen ist, dass es nicht auto-

¹⁹⁵

Es war der Friedrich Nietzsche der zweiten „Unzeitgemäßen Betrachtung“ (Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben), woran sich Just in seinen Andockversuchen an den Nationalsozialismus offenbar orientierte. Bekanntlich hatte Nietzsche dem „antiquarischen“, dem „kritischen“ und - gestuft - auch dem „monumentalisch“ orientierten Historiker vorgeworfen, er behindere das „Leben“. Auch Just wollte nicht länger im Elfenbeinturm verbleiben, sondern dem „Leben“ - modern geredet: der Praxis - dienen, wobei „Leben“ zu *völkischem* Leben mutierte. Neben oder sogar noch über dem Wissenschaftlichkeits- rangierte das völkische Kriterium. In diesem Sinne sprach Just in seiner zitierten Antrittsvorlesung von 1934 aus, etwas könne uns „wohl reichsgeschichtlich, aber nicht völkisch interessieren“. Was war zu tun, wenn ausgerechnet französischen Gegnerhistorikern zugestanden werden musste, ihre Werke seien „von offensichtlichen Unrichtigkeiten“ frei? Die Lösung konnte nur in einer Aufspaltung des geschichtswissenschaftlichen Wahrheitsbegriffs liegen. Just unterschied zwischen einem wissenschaftlichen Wahrheitskriterium („frei von offensichtlichen Unrichtigkeiten“) auf der einen und dem „nationalen Willen“ auf der anderen Seite. Dieser „nationale Wille“ ist ein merkwürdiges Ding, indem er bald den Historiker trägt („weckt und belebt“), bald von ihm erzeugt wird. Bei genauerem Blick ist zu erkennen, dass die Klebestellen zwischen dem, was Just in der historischen Schule des 19. Jahrhunderts gelernt und dem nationalsozialistischen Zierrat, mit dem er seinen Ansatz umdekoriert hat, nur unzulänglich überschmiert sind. Er war kein solch nationalsozialistischer Ideologe, dass er gleich einem Walther Frank den ganzen ‚Objektivitätskram‘ über Bord geworfen oder gleich einem Göring seinem Schöpfer dafür gedankt hätte, nicht zu wissen, was „Objektivität“ sei. So geriet Just als kriegsmäßiger völkisch-politischer Historiker der Westgrenze, der im Vorfeld realen Kriegsgetümmels zeigen wollte, dass sich das Volk - und dies ist zuallererst das Bauerntum - in seiner rassischen Eigenart auch während der französischen Herrschaft erhalten hat, in Schwierigkeiten, als es um die zentrale Frage ging, wie sich das deutsche Element Lothringens unter französischer Fremdherrschaft entwickelt habe. Die Geschichte dieses Bauerntums wollte sich dem völkischen Historiker einfach nicht offenbaren: „Es ist, als ob eine stillschweigende Verschwörung die Geschichte dieses deutschen Landes unterdrückt hätte.“ An anderer Stelle (Wie Lothringen dem Reich verloren ging. <1937>, in: Um die Westgrenze des alten Reiches“ Ebd., a.a.O., S.57 – 74) musste der Geschichtskrieger Just ganz ähnlich kapitulieren: Träger der völkischen Substanz, Protoplasma des „nationalen Willens“, das sich gegen Friedensschlüsse und Kabinettsränke der „Federfuchser“ durchsetzt, sei das germanische Bauerntum, schrieb er. Folglich müssten die Bauern mit Zähnen und Klauen Widerstand gegen französische Überfremdung geleistet haben. Allein - sie taten es nicht. Wenn Just seine These aufrechterhalten wollte, musste er den wissenschaftslogischen Fehler der *petitio principii* begehen, also stillschweigend unterstellen, was doch zu beweisen war: „Aber dieses Bauernvolk, im Grunde unpolitisch und geschichtslos, lebt aus einem solch überquellenden Reichtum völkischer Werte heraus, dass der politische Wandel wohl äußere Formen, nicht aber die Substanz anzugreifen vermag.“ Aber wenn das Bauerntum ohnehin die Substanz völkischer Werte beibehält, warum dann das ganze Spektakel um französische oder deutsch-germanische Herrschaft? Ist vielleicht dem Bauerntum einerlei, ob es von einem Franzosen, Italiener, Holländer, Spanier oder Deutschen regiert wird, weil es für das Volk *nicht eigenrassische oder Fremdherrschaft*, sondern nur *gerechte und ungerechte Herrschaft* gibt? Diese Frage berührte Just nicht direkt, hätte sie doch die windschiefe Konstruktion seines kriegsmäßig-geschichtswissenschaftlichen ‚Wollens‘ in Trümmer geworfen. Aber er berührte die Frage indirekt in seiner Vorlesung „Österreichs Westpolitik im 18. Jahrhundert“ (Ebd., S.93-105). Er fragte, worauf die Neigung der Breisgauer Bevölkerung für die österreichische Herrschaft beruht habe, und zitierte, ohne sich um die Brisanz des Satzes für sein ‚Wollen‘ zu scheren, aus dem „Rheinischen Merkur“ von 1810: „Es sei ‚die milde Billigkeit, mit der diese Regierung von je in der Auflegung der Staatslasten verfahren, die Duldung, womit sie überall die eigentümlich innere Form und alles Bestehende geachtet, endlich das allgemein verbreitete Vertrauen auf ihre Ehrlichkeit‘.“

¹⁹⁶

„Just, Leo“ in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, a.a.O..

matisch die nazistisch durchdrungenen Ideologen waren, die an diese Universität im okkupierten Belgien entsandt wurden.

Seinen Lehrstuhl erhielt Just erst 1946.

VI.

Schon bald nach der „Stunde Null“ wurde der Wissenschaftsbetrieb wieder aufgenommen.

Am 3. November 1945 etwa hielt der neue Rektor der Universität Münster, Georg Schreiber (1882 – 1963) - Katholischer Theologe und Volkskundler, in der Weimarer Zeit Zentrumspolitiker, 1935 zwangsemeritiert -, seine Rektoratsrede, die zugleich die Rede zur Wiedereröffnung der Universität Münster war: „Hochschule und Volkstum in der neuen Zeit“.¹⁹⁷ Schreiber führte aus, inmitten aller Verwundungen und Zerstörungen bleibe doch der schöpferische Geist der Hochschule wach und lebendig: „Es wäre unmännlich und undeutsch, in die tatenlosen Abgründe des Pessimismus und des passiven Abwartens abzusinken.“¹⁹⁸ Der Gelehrte von heute habe sich weder allein auf zweckfreie Erkenntnis noch auf das geschickte Hantieren mit Hebeln und Schrauben¹⁹⁹ zu konzentrieren - er werde sich darüber hinaus „volksverbunden, schollenpflichtig und heimatstark einstellen müssen“²⁰⁰.

Die Passagen aus Schreibers berühmter Rede zeigen, dass sprachliche Atavismen in IGL-Verlautbarungen jener Zeit keineswegs auf insbesondere Westforschern mangelnde Sensibilität schließen lassen. Sie sprachen einfach wie immer. Franz Steinbach bestimmte im Januar 1946 die künftigen Aufgaben des IGL ähnlich wie der Antinationalsozialist Schreiber die der Wissenschaft überhaupt:

¹⁹⁷ Georg Schreiber, Hochschule und Volkstum in der neuen Zeit. Rektoratsrede zur Wiedereröffnung der Westfälischen Landesuniversität am 3. November 1945, ³1946.

¹⁹⁸ Ebd., S.3.

¹⁹⁹ Anspielung auf die berühmte naturwissenschaftsskeptische Stelle im „Faust“: „Geheimnisvoll am lichten Tag lässt sich Natur des Schleiers nicht berauben, und was sie deinem Geist nicht offenbaren mag, das zwingst du ihr nicht ab mit Hebeln und mit Schrauben“.

²⁰⁰ Ebd., S.5.

„Hier muss unsere Hilfe einsetzen, um noch zu erhalten, was noch zu retten ist, und zwar einmal in der Art, dass in umfassender Weise das gesamte Volksgut, sowohl das lebendige wie das bereits erloschene, gesammelt wird, damit wenigstens das Wissen darüber erhalten bleibt. Aus Sammlung und Forschung soll aber auch die praktische Heimatpflege Nutzen ziehen. Es muss dabei klar sein, dass vor allem die für Volk, Gesellschaft und Staat wichtigen Grundwerte erhalten bleiben, wie Schollenverbundenheit, Heimatliebe, Gefühl für Tradition und Herkunft“.²⁰¹

Wie spiegelt sich die NS-Vergangenheit des IGL in Steinbachs Korrespondenz? Im wesentlichen sah er das Institut und seine Aktivitäten als Opfer nationalsozialistischer Kulturpolitik an. In der Anlage zu einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz hieß es Anfang 1946: „Für religionsgeschichtliche und geistesgeschichtliche Darstellungen ist der Weg wieder frei.“ Und weiter:

„Das Volksgut des rheinischen Volkes war in den vergangenen Jahren für fremde Ziele eingespannt. Das Brauchtum, wie Jahresfeier, Maifeier und Erntefest, wurde zentral organisiert und des ursprünglichen Sinnes entkleidet. Missliebige Äußerungen des Volkstums wurden unterdrückt. Schon diese Umstände haben wesentlich zu einer Erschütterung der bodenständig-volkskundlichen Kultur beigetragen. Der Bau des Westwalls mit dem Aufenthalt von vielen Tausenden fremder Arbeiter in den Bauernfamilien des Grenzgebietes hat besonders die Mundart stark beeinträchtigt und auch in den intimsten und familiärsten Bezirken des Volkslebens starke Schäden hervorgerufen. Der Krieg mit der Zerstörung von inneren und äußeren Werten vor allem in unserer rheinischen Heimat hat ebenfalls des kulturellen Bestand in der volkstümlichen Sphäre besonders gefährdet.“²⁰²

Zwei Tage später schrieb Steinbach dem Dekan der Bonner Philosophischen Fakultät, Aufgabe des IGL sei zwar gemäß Satzung von 1921, Landeskunde in Forschung und Lehre zu pflegen, um der Wissenschaft zu dienen und die Heimatliebe zu stärken - jedoch hätten die Nationalsozialisten das IGL an dieser Arbeit gehindert:

„Die Außertätigkeit des Instituts wurde seit 1933 lahmgelegt, weil NS-Kulturgemeinde, NS-Lehrerbund u. a. Parteiorganisationen die selbstverantwortliche Arbeit der Wissenschaft in der Provinz nicht duldeten. Der Ausbau des Instituts wurde ferner im Zusammenhang mit der Errichtung besonderer Universitätsinstitute für deutsche Vor- und Frühgeschichte und für deutsche Volkskunde abgedrosselt, weil der übersteigerte Zentralismus die Entfaltung einer heimatgebundenen rheinischen Wissenschaftspflege unterbinden wollte.“²⁰³

²⁰¹ IGL-Archiv, Akte IGL 101, Steinbach an den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, 17.1.1946.

²⁰² Ebd., Steinbach, an den Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, 17.1.1946, Anlagen 1 und 2. (Auch Willi Oberkrome macht neuerdings darauf aufmerksam, dass dieses Festhalten an landschaftlicher Partikularität den NS-Technokraten ein Dorn im Auge war. Siehe: Ders., Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945. Weltanschauung und politisches Engagement der westdeutschen Kulturraumforschung in den fünfziger Jahren, in: ZfG, 1/2001, S.50-61, S.58.)

²⁰³ Ebd., Steinbach an den Dekan der Philosophischen Fakultät Bonn, 19.1.1946.

Daher galt es nun, Kontinuität herzustellen und an die Tradition der 1920er Jahre anzuknüpfen, um Arbeitsprogramme zu entwerfen. Für die mundartlich-volkskundliche Abteilung hieß das ²⁰⁴:

- Das bis zum 94. Band gediehene Rheinische Wörterbuch fortzusetzen, dessen bisheriger Bearbeiter Prof. Müller verstorben war, und das mundartliche Material weiter zu sammeln; das Wörterbuch war 1944 bis zur Lieferung Nr. 94 - Stichwort „rappeln“ - erschienen. Mit der 95. Lieferung im Dezember 1948 nahm das Projekt seinen Fortgang.
- Mit Abschluss des Wintersemesters 1948/49 wurden die wieder hergestellten Räume für das Flurnamenarchiv, den Volkskundeatlas und das Volksliedarchiv bezogen und die Arbeiten wieder aufgenommen. Das Handwörterbuch des historischen Wortschatzes der Rheinlande, das fränkische Lesebuch, die Rheinische Sprachgeschichte wurden fortgeführt und im Bereich der Namenkunde das Flurnamenarchiv und das Flurnamenbuch, ebenso Familien- und Vornamenforschung.
- Die Sammlung des Volkskundeatlas werde „für das ganze Reichsgebiet wohl nicht wieder aufgenommen werden“, hieß es. Daher sollten in Zukunft regelmäßig volkskundliche Fragen in den Bogen des Rheinischen Wörterbuches einen Platz finden. Wiederaufnahme der Arbeiten am Volksliedarchiv.
- 1949 waren Vorarbeiten zur Herausgabe des „Historischen Sprachschates der Rheinlande“ im Gang.
- Die Forschungsergebnisse wurden in Vorträgen und Ferienkursen sowie in „Anleitung(en) zur Heimatkunde. Mitarbeit an Heimatzeitschriften und -zeitungen. Beratung aller infrage kommenden Kreise“ fortgeführt.
- Die Rheinischen Vierteljahrsblätter, Publikationsorgan des Instituts, nahmen mit dem 13. Jahrgang 1948 das Erscheinen wieder auf.²⁰⁵

Auf dieser Klaviatur spielte auch der Spendenaufruf zugunsten des „Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande“ vom September 1949: „Krieg und Zusammenbruch der äußeren Machtmittel des Staates haben in allen Kreisen der Bevölkerung eine stärkere Besinnung auf die Wurzeln unserer Volkskraft, auf die ideellen Werte des heimatlichen und volklichen Gemeinschaftsgefühls herbeigeführt. Mit diesem Hinweis riefen hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Jahre 1924 zur Gründung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande auf, um dem Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn die Mitarbeit und Unterstützung durch alle Freunde der rheinischen Geschichte zu sichern. Unter der Leitung des unvergesslichen Landeshauptmanns Horion trat der Verein ins Leben und blühte hoffnungsvoll auf, bis er durch verständnislose und einseitige politische Schulungseinrichtungen in den Hintergrund gedrängt wurde. Heute wird die Aufgabe des Vereins, geschichtliche Heimatforschung und allgemeine Geschichtswissenschaft zu gegenseitiger Hilfe und Anregung zusammenzuführen, noch tiefer empfunden als nach dem Ersten Weltkrieg. Nur diese Verbindung kann die landschaftliche Geschichtsbetrachtung vor Verflachung und sinnloser Jagd nach Antiquitäten bewahren, nur sie die richtige Auswertung der unentbehrlichen lokalen Geschichtsquellen in Forschung und Lehre gewährleisten, die unzertrennliche Einheit des kleinen und großen Geschehens zum Bewusstsein bringen.“ (IGL-Archiv, Akte IGL –131, 16. Jahreshauptversammlung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Bonn, 11./12.6.1949.)

²⁰⁴

Zum Folgenden: IGL-Archiv, Akte IGL 101, Bericht Steinbachs an den Bonner Rektor, 19.2.1949.

Im übrigen teilte Steinbach dem Bonner Rektor mit, dass an Sonderveröffentlichungen „in nächster Zeit eine posthume Arbeit von Levison, ‚Die Siegburger Familie Levison und verwandte Familien‘“, in Druck gehen werde. Das war zweifellos eine Reverenz an den Zeitgeist.²⁰⁶

Zur gleichen Zeit wurden die Kontakte in das westliche Ausland wiederhergestellt, und zwar von beiden Seiten. So schrieb der belgische Historiker Prof. Draye im März 1948 einen Brief an Steinbach, aus dem wegen seiner panoramatischen Aussagekraft für die Situation in den ersten Nachkriegsjahren ausführlich zitiert sei:

„Schon lange habe ich Ihnen schreiben wollen, aber die Briefe werden möglicherweise noch geprüft, und ganz frei sind wir natürlich noch nicht!

(...)

Betrachten Sie dieses Geschenk (eine Festschrift /_{B.-A.R.}) als ein Zeugnis meiner aufrichtigen Dankbarkeit für die vielen Anregungen, die Sie mir in den Jahren 1938 und 39 gegeben haben in Bonn. (...) Die Lage ist noch ziemlich gespannt, und vor allem für ‚rechtsorientierte‘ Menschen ist der Zustand nach dem Krieg schwierig geworden. Glücklicherweise hat man in Löwen nicht so gewütet wie etwa in Gent: unser Rektor hat uns ja alle geschützt, aber wenn er nicht da gewesen wäre, würden auch hier viele Ausfälle zu bedauern gewesen sein. Mein Chef hat einiges erdulden müssen, hat sich aber durchsetzen können. Persönlich war es mir ein Glück, dass ich aus Löwen fortgezogen war 1944, denn die leichteste Anklage genügte damals. So ist es selbstverständlich noch zu früh, um die alten Bindungen wieder aufzunehmen, obwohl es uns sehr schmerzt. Ich hatte die Hoffnung, durch Vermittlung der Franzosen eine Reise ins Rheinland unternehmen zu können, aber das scheint mir bis jetzt noch nicht zu gelingen. Ich hörte, dass Sie wieder sehr stark beschäftigt sind und dass sogar die Rhein. Vierteljahrsblätter wieder erscheinen würden. Ist es schon so weit? Und sind schon andere Zeitschriften und Bücher da, die man hier auch kennen sollte?

(...)

Der Herr Petri hat wohl bessere Aussichten, und ich habe ihm neuerdings ein Zeugnis besorgt. Ich bedauere, dass man bei den belgischen Wissenschaftlern so furchtsam Umschau hält, was ‚man‘ wohl dazu sagen würde, dass man seinen Freunden und Fachgenossen hilft. Unsere Kommunisten schreien zu laut und die anständigen Leute sind zu vorsichtig und kleinlaut. Aber es kommt eine Reaktion der Vlamen, und die Bindungen mit Holland sind schon sehr stark.“²⁰⁷

²⁰⁵ Die Vierteljahrsblätter waren bis Jahrgang 12 / 1942 erschienen.

²⁰⁶ Informationen über die Levisons enthält „Leubsdorf Family History“ sub: www.carlthewebmaster.com/leubsdorf_history.htm“.

Die drei Söhne der 1878 in Köln geborenen Fanny Levison wurden 1938, im Zuge des Novemberpogroms, nach Dachau gebracht und gingen anschließend ins Exil. Die Mutter wurde 1941 deportiert und ermordet.

²⁰⁷ IGL-Archiv, Akte IGL 105, Prof. Draye, Herent (Löwen), an Steinbach, 8.3.1948.

Ins Rheinland kam Draye ein Jahr darauf. Auf der 16. Jahreshauptversammlung des Vereins für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande im Juni 1949 trat er als Referent auf. Darüber und über die ganze Stimmung auf der Tagung berichtete die „Rheinische Post“ - ebenfalls panoramatisch und gleichsam ‚Bände sprechend‘:

„In Bonn trat der Verein für zu seiner Jahreshauptversammlung zusammen. Während im Mittelpunkt der vorjährigen Neußer Tagung verfassungskundliche Themen standen, behandelten die Bonner Vorträge sprachgeschichtliche und volkskundliche Gebiete. Der soeben von einem Besuch in Südafrika zurückgekehrte Ministerialdirektor Dr. Koch, der von den Buren ‚wie ein Verwandter‘ aufgenommen wurde, entbot die Grüße des Kultusministeriums. Die Pflege des eigenen Volkstums, so betonte der Redner, müsste zur Einfügung in die größere europäische Heimat führen.

(...)

Als erfreuliches Zeichen des Gedankenaustausches über die Grenzen der Heimat hinweg wurde die Anwesenheit des Löwener Gelehrten Prof. Dr. H. Draye empfunden, der als erster Referent über die Zusammenarbeit von archäologischer und sprachlicher Frühgeschichte in Belgien sprach und eine gemeinsame Ortsnamenforschung im nordwesteuropäischen Raum anregte.“²⁰⁸

Die Nähe zur höheren Ministerialbürokratie und die Grüße des Kultusministeriums zeigen schon an, dass Westforschung wiederum politiknah arbeitete. So überrascht es nicht, dass das IGL wie in den 1920er Jahren und im „Dritten Reich“ auch in den 1950er Jahren gutachterlich tätig wurde. Steinbach war 1953/54 Mitglied des „Arbeitskreises des Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebiets“²⁰⁹, und im Rahmen dieser Aktivität nahm er 1953 zur Denkschrift des holländischen Sozialisten Goes van Naters zur Saarlandfrage Stellung.²¹⁰ Natürlich wurde der „van-Naters-Plan“ verworfen. Nach Steinbach war die Saar deutsch seit eh und je und nur zur Zeit Ludwigs XIV. und dessen maßloser Eroberungspolitik „kurze Zeit zum Streitgegenstand gemacht worden“. Die Saar sei „nicht nur nach Sprache und Volkstum“, sondern auch nach ihrer politischen Geschichte ein „integraler Teil Deutschlands“. Wenn van Naters jetzt eine Trennung der Saar von Deutschland nahe lege, würde „der europäischen Völkergemeinschaft eine sehr schmerzliche neue Wunde“ zugefügt.

Wie in den Äußerungen zur Frage der Westgrenze aus dem Jahre 1940 ist auch in der Stellungnahme Steinbachs zur Saardenkschrift die Rede vom Scharnierjahr 925; denn seitdem sei die Saar „ein unumstrittener Teil des deutschen Reiches wie des deutschen

²⁰⁸ „Lebendige Heimatkunde“, in: Rheinische Post, Ausgabe C, 25.6.1949.

²⁰⁹ IGL-Archiv, Akte IGL 89.

²¹⁰ Zum Folgenden: Ebd., Franz Steinbach, „Bemerkungen zu der Saar-Denkschrift des Herrn van der Goes van Naters“, 28. Oktober 1953, 5 Seiten.

Volkes gewesen“. Wie in den Äußerungen von 1940 gibt es wieder eine Volte gegen französische bzw. belgofranzösische Konkurrenz-Historiker, ohne dass dieses Mal aber der Name Pirenne fiel. Steinbach hielt den „während des Ersten Weltkrieges entbrannten(n) und nach dem Kriege fortgesetzte(n) Streit der Historiker um die französische Rheinpolitik“ für entschieden. Kein Historiker, auch kein französischer, denke mehr daran, Ansprüche Frankreichs auf die Rheinlinie historisch zu begründen. Zweifellos sah Steinbach darin einen Sieg der deutschen Westforscher. Welche Rolle er dem Historiker im politischen Kampf zumaß, wird schlagend deutlich, wenn er unmittelbar an die Bemerkung, die französische Saarpolitik habe nach 1945 „bezeichnenderweise und im Gegensatz zu 1918 ff.“, abgesehen „von einem kurzen, plumpen Anlauf“, auf historische Begründungen verzichtet, anschloss:

„Sie hat damit auch den Verzicht der deutschen Historiker auf eine erneute Erörterung der Saarfrage bewirkt. Dieses Schweigen darf aber nicht missdeutet werden“.

Wir haben hier die übersteigerte Selbstdeutung des langjährigen IGL-Direktors Steinbach *in nuce*: Der Historiker unterstützt die Politik seines Vaterlands, wenn diesem von gegnerischen Mächten Gefahr droht - und diese Mächte, so droht Steinbach selbst, sollten das Schweigen des Historikers nur nicht falsch verstehen ... Hierin besteht die Essenz des anwendungsorientiert-politikhnen Verständnisses von Geschichtswissenschaft im IGL seit Gründung.

Auf der alten Trasse der Staats- und Politiknähe sowie der anwendungsorientierten Geschichtswissenschaft bewegte sich das IGL - wir haben es bereits an Steinbachs Stellungnahme zu van Naters gesehen - nach dem Kriege wie selbstverständlich. Denn nach wie vor wurden die Wissenschaften und das Nationale fusioniert. In Nordrhein-Westfalen war der sozialdemokratische Ingenieurpolitiker Leo Brandt (1908 – 1971) Motor dieser Tendenz.²¹¹ Von ihm, eine zeitlang das forschungspolitische Aushängeschild der bundesdeutschen Sozialdemokratie, kam der Impuls zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen“ (AGF), aus der 1970 die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften hervorging.

Ausgangspunkt war die als unheilvolle Quartole erlebte Situation der deutschen Forschung nach Ende des Zweiten Weltkriegs:

- 1) Gegenüber dem Ausland ein dramatischer deutscher „Rückstand“²¹²;

²¹¹ Siehe: Bernd-A. Rusinek, Leo Brandt (1908-1971), in: Geschichte im Westen, 1/1991, S.74-90.

²¹² Siehe dazu: Der Rückstand. Geschichte und Bedeutung einer Problemwahrnehmung, in: B.-

- 2) Forschungsrestriktionen der Alliierten auf bestimmten naturwissenschaftlich-technischen Gebieten wie Kern-, Luftfahrt-, Radar- oder Röhrenforschung;
- 3) gleichzeitig die nimmermüde hervorgehobene Tatsache, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sich der deutschen Kenntnisse aus Industrie und anwendungsnaher Forschung freizügig bedienten, indem etwa Patente entwendet wurden oder sogenannte BIOS-Berichte abgeliefert werden mussten;
- 4) der ebenso ohne Scheu vor Wiederholungen hervorgehobene Umstand, dass Forschungen auf Gebieten, die in *Deutschland* untersagt waren, von meist unfreiwillig ‚eingeladenen‘ deutschen Forschern im siegreichen *Ausland* durchgeführt werden mussten.

Wenn gefragt wird, warum es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg keine kritische Selbstbesinnung der Wissenschaftler auf ganzer Breite der Fächer gegeben habe und man dabei einmal nicht nur einzelne Akteure und ihre bald harmlosen, bald sinistren Charaktereigenschaften beäugt, dann geben die genannten vier Punkte die Antwort. Sie zeigen die strukturellen Rahmenbedingungen für Wissenschaft in der Nachkriegszeit geradezu als Abwehrgentur für selbstkritische Introspektion. Der deutsche „Rückstand“, der um der Existenz des deutschen Volkes willen überwunden werden musste, war Andockpunkt für den nationalen Gedanken; die Restriktionen - sie galten bis zum 5. Mai 1955 - erweckten Anti-Versailles-Emotionen der 1920er Jahre zu neuem Leben; Patentfortnahme und BIOS-Berichte bewiesen hinlänglich, dass die deutsche Wissenschaft, trotz allem, was geschehen sein mochte, und trotz aller ausländischen Vorwürfe im Ausland einen hervorragenden Ruf besaß; die Tatsache der in das Ausland verbrachten deutschen Forscher bewies noch einmal dasselbe und schien zusätzlich Inseriosität und Doppelmoral der Siegermächte vor aller Augen zu führen. Die Kombination dieser Gesichtspunkte bildete die Stabsabteilung Reflexionsabwehr im Nachkriegskonzern ‚Deutscher Wiederaufbau‘.

Leo Brandt, während des Krieges in der Radarforschung tätig gewesen, hat die ‚Rückstandsüberwindungsanstalt‘ AGF einmal als wichtigsten Teil seines Lebenswerkes bezeichnet.²¹³ Die AGF besaß vier Funktionen: Ihr war die Aufgabe eines „ständigen Forums für das Zusammenwirken von Vertretern der Wissenschaft, der Politik, des Staates und der Wirtschaft“ zugeacht; ihre Mitglieder befanden darüber, ob die bei den Ministerien eingehenden Anträge auf Forschungsförderung befürwortet werden sollten; sie

A.Rusinek, Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) von ihrer Gründung bis 1980, Ffm., New York 1996, S.203–215.

²¹³ NWHStAD, RWN 18-25, Lebenslauf Leo Brandts, undat. (1966). Siehe auch: Leo Brandt, Zum Werdgang der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Festschrift der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Ehren des Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für Forschung, Köln u. Opladen, S.311-319.

beriet die Landesregierung über Maßnahmen auf dem naturwissenschaftlich-technischen Sektor; sie war eine Bühne, von der herab der Chor der Experten das Land unaufhörlich zu größeren Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung aufrief. Die AGF war Forum der führenden Wissenschaftler des Landes, zunächst der Vertreter naturwissenschaftlich-technischer Gebiete, ab 1952 auch der Geisteswissenschaften. Der Wissenschaft sollte „ein Platz am Tisch des Staates“ eingeräumt werden. Es galt, den deutschen Rückstand, entstanden aufgrund der deutschen Kriegsniederlage, aufzuholen und möglichst bald wieder einen Vorsprung zu erreichen. Ja - Wissenschaft sollte geradezu eine friedliche Kriegsanstrengung sein: Warum, so fragte der sozialdemokratische Ingenieurspolitiker Leo Brandt 1949, sei in den Wissenschaften eigentlich immer nur in Kriegszeiten äußerste Anstrengung und Zusammenarbeit erreichbar?²¹⁴ Ministerpräsident Arnold führte in der Eröffnungsansprache zur ersten AGF-Sitzung aus: „Wir haben in unserer Notzeit die Beratung und Hilfe aufrechter Männer aus Forschung und Wissenschaft wahrhaftig dringend nötig. Die Lage unseres Volkes nach diesen schauerlichen und unglücklichen zwei Weltkriegen ist zweifellos so ernst wie kaum in der langen Geschichte unseres Volkes.“

Es ist nicht erkennbar, dass Entscheidungen über die Aufnahme von Wissenschaftlern in die AGF mit irgendeiner Reflexion über deren Aktivitäten im „Dritten Reich“ verbunden gewesen wären: Männer wie der Germanist Richard Alewyn oder der Kölner Soziologe und Anti-Nationalsozialist René König fanden sich ebenso darin wie der Flugmediziner Ruff, der im Konzentrationslager Dachau an tödliche Häftlingsexperimente (Druckkammer- und Unterkühlungsversuche) mit durchgeführt hatte.²¹⁵ Im Rahmen der AGF gab Leo Brandt eine größere Veröffentlichung über die notwendigen Schritte deutscher Wissenschaft als „kleines Gegenstück“ zu den BIOS-Berichten heraus: Sei in diesen Berichten „unsere Arbeit dem Ausland bekannt gegeben“ worden, so sollte nun „umgekehrt *uns* einmal gezeigt werden, was wir tun müssen, um auf allen Gebieten den ausländischen Stand zu erreichen“. Die zweibändige Schrift „Aufgaben

²¹⁴ Leo Brandt, „Technischer Fortschritt schafft Brot. Leistungssteigerung mithilfe der Wissenschaft“, in: „Die Welt“, 30.12.1949.

²¹⁵ Zu Ruff siehe: NWHStAD, NW 766 – 83.

Nicht, dass man in der AGF auf Männer wie Ruff zurückgriff, ist dem Verf. ein Rätsel, sondern dass ein Alewyn und ein René König innerhalb der AGF-Sitzungen regelmäßig mit Personen wie Ruff oder Esau verkehrten.

deutscher Forschung“ erschien 1952, die zweite Auflage, nun auch unter Einschluss der Geisteswissenschaften, 1956.²¹⁶

Wer Mitglied der AGF war, besaß Macht und Einfluss. Franz Steinbach und Leo Weisgerber, der nach dem Krieg die Abteilung für Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinischen Frühzeit im Rahmen des IGL übernommen hatte²¹⁷, waren Mitglieder der AGF. In „Aufgaben deutscher Forschung“, Auflage von 1956, präsentierte Steinbach die geschichtliche Landes- und Volkskunde.²¹⁸

Das in den „Aufgaben deutscher Forschung“ entworfene Programm ist von Aubins programmatischem Beitrag „Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde“ von 1925, der uns oben beschäftigt hat, wenig verschieden. Geschichte und Volkskunde seien nicht zu trennen; die geschichtliche Landeskunde solle Identität und Landesbewusstsein schaffen helfen, da Weltgeschichte allein „kein warmes Gehäuse für lebendiges Geschichtsbewusstsein“ bieten könne. Geschichtliche Landeskunde solle der volksgeschichtlichen Selbsterkenntnis dienen und „von der Naturkraft der Heimatliebe her“ neue Anteilnahme an der deutschen und der allgemeinen Geschichte wecken. Überwindung von Geschichtsfremdheit sei nicht nur Voraussetzung für das Verständnis der Gegenwart, sondern auch „für die einsichtsvolle Bereitschaft zur Mitarbeit an ihren Gemeinschaftsaufgaben“; der staatsbürgerlichen Erziehung, von der heute so viel die Rede sei, könnte das Studium von Stadtrechten, Dorf- und Markenordnungen anschauliches Material und den Beweis dafür liefern, „dass die demokratische Lebensform uns keineswegs so fremd und von außen zugetragen ist, wie manche meinen“. Zugleich wurde - dem Anliegen des Bandes gemäß - ein landesgeschichtliches Forschungsprogramm für die Zukunft entworfen: Die am Niederrhein gewonnene Anschauung „schreit“, so drückte Steinbach sich aus, „nach einer Nachprüfung an anderen Landschaften“.

Man schrieb im Kern immer dasselbe. Die Bonner IGL-Historiker scheinen *einmal* in ihrem wissenschaftlichen Leben kreativ gewesen sind, nämlich bei Kiellegung ihres landeshistorischen Ansatzes - aber selbst hier macht der Blick auf die Zusammen-

²¹⁶ Leo Brandt (Hg.), Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Überblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung, Köln 1952, 2 Bde., (21956).

²¹⁷ „Der historischen und der volkskundlich-mundartlichen Abteilung des Instituts wurde nach dem Kriege noch eine dritte Abteilung für Siedlungs- und Kulturgeschichte der Rheinischen Frühzeit unter Leitung von Prof. Weisgerber angegliedert.“ (IGL-Archiv, Akte IGL 101, Bericht des Direktors Steinbach an den Bonner Rektor über das Institut, 19.2.1949.)

²¹⁸ Zum Folgenden: Franz Steinbach, Geschichtliche Landes- und Volkskunde, in: Aufgaben deutscher Forschung auf dem Gebiet der Natur-, Ingenieur und Gesellschaftswissenschaften. Versuch eines vorläufigen Überblicks mit zusätzlichen Angaben über Forschungsstätten und Förderer deutscher Forschung, Köln 1956, Bd.1, S.126-133.

hangsgeschichte deutlich, dass im Grunde nur Vorhandenes und Bereitliegendes kollagiert wurde: Entwicklungen in den Bereichen Volkskunde (Riehl) und Literaturhistorie (Sauer) wurden aufgenommen, es wurde auf ein allgemeines, schon längst formuliertes Missbehagen an fruchtlos-enumerativen Dynastiegeschichten oder im Schutt der Einzelheiten steckenbleibenden Biographien drittrangiger Akteure reagiert (Lamprecht); lange vorhandene Tendenzen zur Interdisziplinarität wurden aufgegriffen; das Volk wurde Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Die Frage ist erlaubt, was an diesen Theoretikern noch ‚Original‘ zu nennen sei.

Soweit aus den durchgesehenen Unterlagen zu erkennen, hat es weder in der Weimarer Zeit, noch in den 1950er Jahren, noch gar in der NS-Zeit Kontakte maßgebender IGL-Historiker zu kritischen Intellektuellen gegeben. Über das je eigene Feld hinausgehende kulturelle Interessen sind ebenfalls nicht erkennbar, obgleich doch die immer wieder geforderte Interdisziplinarität solche Interessen hätte nach sich ziehen können. Wir stoßen auf das Phänomen einer intellektuellen Multiresistenz. Nehmen wir als Kontrast zu diesem intellektuellen Phlegma, dem ja - frei nach Goethe - die Welt gehört, einen Physiker wie Walther Gerlach (1889-1979), der nach seiner Entlassung aus Farm Hall bis 1948 eine Professur in Bonn innehatte²¹⁹: Gerlach verkehrte in den 1920er Jahren mit Hindemith und Orff, verfolgte literarische und historische Interessen und war nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem Umfeld der „Gruppe 47“ befreundet ... Um so irritierter ist man darüber, dass sich weder in den Verlautbarungen und Korrespondenzen der ungefähr gleichaltrigen Aubin, Frings und Steinbach noch bei Petri auch nur der geringste Anhauch einer Beschäftigung mit den kulturell aufregenden und so überaus produktiven Tendenzen der 1920er Jahre findet, obwohl sie diese Zeit miterlebt hatten. Auch keine Spur von einer allgemeinen, über den Tellerrand der ewig gleichen rheinischen oder Grenzthemen²²⁰ hinausgehenden Bildung sowie von

²¹⁹ Siehe: Rudolf Heinrich, Hans-Reinhard Bachmann, Walther Gerlach. Physiker, Lehrer, Organisator. Dokumente aus seinem Nachlass, Mnchn. 1989 (Katalogbuch zur Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages des Experimentalphysikers, 26.7. – 29.11.1989); Hans-Reinhard Bachmann, Helmut Rechenberg (Hg.), Walther Gerlach (1889 – 1979). Eine Auswahl aus seinen Schriften und Briefen, Bln., Heidelberg, New York etc. 1989.

²²⁰ Petri publizierte 1955 eine Grenzforschungsstudie über das Siegerland. In der Conclusion führte er aus, nach den Urteilen der Geographen und Historiker bilde die Grenzlage dieses Landes zwischen verschiedenen ausgerichteten geschichtlichen Landschaften eine der großen Konstanten seiner Geschichte; dass es aber überhaupt als Eigenraum etwas bedeutet habe und *wie* es sich jeweils in die weitere Umwelt einordnete, sei nicht Auswirkung des von der Natur oder den historischen Umständen bedingten Lageschicksals, sondern der im Gebiet selbst entfalteten wirtschaftlichen Eigenenergien. „Sie erst haben es ermöglicht, dass dieses nach Natur und Lage gewiss nicht sonderlich begünstigte Schiefergebirgsland zu einem Sonderraum von nicht unbeachtlichem Eigengewicht im größeren deutschen Ganzen werden konnte.“ Das Land sei, „obwohl seiner Vergangenheit und volklich-kulturellen Struktur nach ein ausgeprägtes Grenzland“, zu einem „lebendigen Stück Südwestfalen“ geworden. (Franz Petri, Das Siegerland - ge-

stilistischer Eleganz. Walther Gerlach, im „Dritten Reich“ beileibe kein Widerstandskämpfer, engagierte sich Ende der 1950er Jahre gegen die Atomwaffen und gehörte zu den Kritikern der Ordinarienherrlichkeit. Spiegelungen all dieser intellektuell erregenden Auseinandersetzungen in den Schriften und Briefen der IGL-Historiker: *Tabula rasa*. Engagement in eine der genannten Richtungen: Fehlanzeige. Wie festgenagelt blieben die führenden IGL-Westforscher bei ihren rechten 1920er-Jahre-Standpunkten. Sollte man sagen, die Multiresistenz gegen neue Ideen hatte wenigstens den Vorteil, dass sie nicht mehr, als normaler Opportunismus zu gebieten schien, dem Nationalsozialismus verfielen?

Engagement zeigte dagegen ein Mann wie Petri ab 1966, als es darum ging, dass Hans Steinacher, ehemals Vorsitzender des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), von der Bundesrepublik eine „auskömmliche Altersversorgung“ bekommen sollte. Als besondere Verdienste Steinachers hob Petri hervor:

- 1923 / 24: „Aufbau einer geheimen Widerstandsorganisation gegen den Separatismus in den altbesetzten Teilen der Preußischen Rheinprovinz im Auftrage des Preußischen Innenministeriums“;
- 1925 bis 1930: „Nach Abschluss der Separatistenkämpfe Ausdehnung seiner Tätigkeit zur Sicherung des deutschen Volkstums auf weitere Teile des deutschen Westraums (u. a. Saargebiet und Eupen-Malmedy), wiederum im Auftrage des Reichsministeriums des Innern“.

Steinacher habe - so Petri 1966 - „der deutschen Sache unschätzbare Verdienste geleistet“, insbesondere an der „Deutscherhaltung der Rheinlande und anderer nach 1918 in ihrer deutschen Volkszugehörigkeit gefährdeter deutscher Grenzgebiete in Ost und West“.²²¹

Kam Gegenfeuer, fanden sich IGL-Wissenschaftler in der zweiten Nachkriegszeit ihres Wirkens öffentlicher Kritik ausgesetzt? Contra gab Walter Boehlich²²², ehemals Curtius-Assistent, Suhrkamp-Cheflektor bis 1968. Angegriffen wurde Leo Weisgerber, nach

schichtliches Grenzland, in: Ders., Otto Lucas, Peter Schöller, Das Siegerland. Geschichte, Struktur und Funktionen, Münster 1955 <Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde, Reihe I: Wirtschafts- und verkehrswissenschaftliche Arbeiten, Heft 8>, S.3-54, S.47.)

²²¹ IGL-Archiv, Akte IGL 87, „Bemühungen um die Versorgungsbezüge für Generalkonsul a. D. Dr. Hans Steinacher, früherer Vorsitzender des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“ (1966 – 68), Petri an den Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 16.12.1966.

²²² Zu Boehlichs Wissenschaftskritik, vor allem Germanistik-Kritik, im Vorfeld von ‚1968‘ siehe: Bernd-A. Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht - akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000 (Hamburger Schriften für Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 37), S.114-147, S.126 ff.

1945 zum IGL gestoßen. Weisgerber war während des Krieges im Propaganda-Einsatz in der okkupierten Bretagne gewesen, hatte ein bretonisch-sprachiges, also muttersprachliches Radioprogramm aufgebaut und sich wissenschaftlich und wissenschaftsorganisatorisch als Keltologe hervorgetan.²²³ Seine Aufgabe bestand darin, den ‚Volkskulturskampf‘ der Bretonen gegen die Pariser Zentrale ideologisch zu ren.²²⁴ Als Sprachwissenschaftler war Weisgerber in der Weimarer Zeit, im ‚Dritten Reich‘ und auch in der Bundesrepublik Meisterdenker der Theorie von der ‚Muttersprache‘ - eines ‚semantischen Gemeinschaftsgefängnisses‘ mit ‚verschiebbaren, aber zu allen Zeiten hoch getürmten Grenzen nach außen, zu anderen muttersprachlichen Gemeinschaften‘.²²⁵ Für sein Hauptlehrstück, die ‚Muttersprache‘, pflegte Weisgerber sich ohne Scheu vor Wiederholungen auf Wilhelm von Humboldt und Jacob Grimm zu berufen. Tatsächlich hatte etwa Jacob Grimm 1830 in ‚De desiderio patriae‘ geschrieben, ein Volk könne ‚nicht wirklich blühen (...), dass seine Muttersprache vernachlässigt‘. Eine schöne Bestätigung für Weisgerbers Ansatz. Aber Grimm hatte den Satz fortgesetzt: Ein Volk könne nicht blühen und eine Sprache könne nicht verfeinert werden ‚von einem Volke, das seine Freiheit verloren hat‘.²²⁶ Hatte Weisgerber den Satz übersehen, nicht verstanden, unterschlagen, verdrängt?

In den 1950er Jahren scharte Weisgerber im DFG-Schwerpunkt ‚Sprache und Gemeinschaft‘²²⁷ eine Reihe von Kollegen und Schülern um sich. Bis in die frühen 1960er Jahre beherrschte er das Feld und fungierte als eine Art Sprachwissenschafts-TÜV; erst dann haben der wissenschaftliche Umschwung zum Strukturalismus, von Frankreich und den USA aus die Bundesrepublik erfassend, sowie das neue gesellschaftliche Klima der späten Sechziger Weisgerbers Sprachforschung förmlich aus den Seminaren gefegt.²²⁸

²²³ Joachim Lerchenmüller, Wissenschaft im Weltanschauungskrieg. Weisgerbers Arbeit in der besetzten Bretagne und die Wissenschaftspolitik der SS, a.a.O., S.181 ff.

²²⁴ Clemens Knobloch, Begriffspolitik und Wissenschaftsrhetorik bei Leo Weisgerber, a.a.O., S.154, Fn. 12.

²²⁵ Ebd., S.151.

²²⁶ Jacob Grimm, De desiderio patriae / Über die Heimatliebe, in: Wilhelm Ebel (Hg.), Göttinger Universitätsreden aus zwei Jahrhunderten (1737-1934), Göttingen 1978, S.220-227, S.222.

²²⁷ Siehe: Leo Weisgerber, Sprache und Gemeinschaft. Eine neues Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: Wirkendes Wort, 1955/56, S.376-378.

²²⁸ Knobloch, Begriffspolitik und Wissenschaftsrhetorik bei Leo Weisgerber, a.a.O., S.146 f.; Helmut Gipper, Leo Weisgerber - Leben und Werk, in: Klaus D. Dutz (Hg.), Interpretation und Re-Interpretation. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Johann Leo Weisgerber, a.a.O., S.21-29, S.

Nicht etwa gesellschaftliche Katastrophen wie der Nationalsozialismus mit seinen Mega-Verbrechen, so ist daraus zu lernen, nicht etwa Zusammenbrüche wie 1945 scheinen zu grundsätzlichen Änderungen der Forschungsrichtung in den Geisteswissenschaften zu führen und können die Flug- oder Geschossbahn einer einmal etablierten Richtung abbrechen oder umbiegen, zumal, wenn intellektuelle Gesamtschlichkeit ein Bollwerk um die (zu konzederende) Partikularkompetenz legt, sondern offenbar nur die Kombinationswirkung von *ausländischem* Einfluss plus Abtreten der Großordinarien im *Inland*, und zwar auch im krass physischen Sinne.

In den Publikationen der AGF während der 1950er Jahre war der Vielschreiber Weisgerber bald ebenso unvermeidlich wie in den beiden Gesellschaftssystemen zuvor.²²⁹ Zusätzlich zu seiner Aufsatzflut hatte er 1953/54 das zweibändige Opus „Vom Weltbild der deutschen Sprache“ auf den Markt geworfen. Eben mit diesem Werk befasste sich Walter Boehlich 1955 in einer Sammelrezension über neuere Arbeiten zur deutschen Sprache.²³⁰ Er stieß sich in doppelter Hinsicht an der Sprache Weisgerbers. *Erstens* präsentierte er groteske Proben der „stilistische(n) Unbeholfenheit“ eines Mannes, der wie kein zweiter die Beherrschung der Muttersprache im Munde führte: „Es gibt nicht viele Bücher über die Sprache, deren Verfasser über ein so geringes eigenes Stilgefühl verfügten.“ Die *zweite* Ebene der Sprachkritik Boehlichs zielte auf Weisgerbers „fragwürdige Schlagwörter wie ‚völkisch‘, ‚Weltbild‘, ‚Weltanschauung‘“. Zum Inhaltlichen merkte Boehlich an, die Übersteigerung des Gedankens von der entscheidenden Kraft sprachlicher Gegebenheiten beim Aufbau der persönlichen Weltvorstellung, „die Betonung eng nationaler Gesichtspunkte“ dürfe wohl bedenklich erscheinen. Weisgerber replizierte, und er hatte - im vordergründigen Sinne - sogar Recht.²³¹ Denn von „völkisch“, so konnte er nachweisen, sei in keiner einzigen seiner Veröffentlichungen die Rede, ebenso wenig von „Weltanschauung“. Er insistierte darauf, dass er stets von „*volklich*“ spreche und schreibe, was etwas Anderes, dem Nationalsozialismus sogar Entgegengesetztes wäre; ebenso wenig habe er je von „Weltanschauung“ gesprochen oder geschrieben, sondern immer nur von „Weltansicht“ ...

²²⁹ Z. B.: Die Erforschung der Sprachinhalte und der Sprachwirkungen, in: Festschrift der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Ehren des Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold, a.a.O., S.263-279; Die Ordnung der Sprache im persönlichen und öffentlichen Leben, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe Geisteswissenschaften, Heft 29, Köln u. Opladen 1954; Sprachenrecht und europäische Einheit, in: Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe Geisteswissenschaften, Heft 81, Köln u. Opladen 1959.

²³⁰ Walter Boehlich, Über die Sprache, in: Merkur 1955, S.889-894. Die Weisgerber-Passagen S.892-893; dort auch die folgenden Zitate.

²³¹ Leo Weisgerber, Von den Grenzen des Irrtums und der Verantwortung einer Schriftleitung, in: Wirkendes Wort, 1955/56, S.158-160.

Jahre später nahm Boehlich die Debatte unter dem etwas eitlen Titel „Irrte hier Walter Boehlich?“ wieder auf.²³² Schließlich hatte Weisgerber in seiner Replik davon gesprochen, dass „volklich“ etwas Anti-Nazistisches wäre, und er ‚folglich‘²³³ Anti-Nationalsozialist gewesen sei. Boehlich schrieb im Rückblick, er habe seinerzeit Weisgerbers „Vom Weltbild der deutschen Sprache“ besprechen sollen und sich dabei von Seite zu Seite durchgequält. Damals sei er noch des Glaubens gewesen, dass Kritik eine reinigende Wirkung besitzen könne und seinen Teil dazu beitragen wollen, „den Augiasstall nationalistischer und postfaschistischer Forschung auszumisten“. Und dann sei es passiert - er habe „völkisch“ statt „volklich“ und „Weltanschauung“ statt „Weltansicht“ gelesen. Boehlich gab den Lapsus zu, glaubte aber nicht die Sache damit erledigt, und diese Sache war, dass der führende Sprachforscher der Bundesrepublik im „Dritten Reich“ im „Stil der NS-Schulungsbriefe“ geschrieben habe. Ob „volklich“ oder „völkisch“ - im Kriege habe Weisgerber an dem vom Kieler Rektor erfundenen Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften teilgenommen, wobei ein „größtenteils widerwärtiges Sammelwerk“ der Germanisten herauskam, „Von deutscher Art in Sprache und Dichtung“, zu dem natürlich auch Weisgerber seinen Beitrag geleistet habe.

Abschließend ging Boehlich auf Weisgerbers Vorträge vor der nordrhein-westfälischen „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ ein. Auf deren 52. Sitzung habe er über „Sprachenrecht und europäische Einheit“ geredet und der Vortrag sei „im Auftrage des Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers“ veröffentlicht worden. Als Grundgedanken referierte Boehlich, die politischen Störungen des Weltfriedens in den letzten Jahrzehnten seien der ungenügenden Regelung des Sprachenrechtes zuzuschreiben gewesen. „Es sollte sich“, so Boehlich, „inzwischen selbst bis in die Kreise unserer Keltisten herumgesprochen haben, dass weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg den ungesicherten Rechten sprachlicher Minderheiten verdankt worden sind.“ Boehlich hätte hinzufügen können, dass derartige Deutungen auf der Spur der völkischen Propaganda der 1920er Jahre und der kriegerischen Vorwände der NS-Diktatur verliefen, aber er unterließ es.

Mit der Boehlich-Weisgerber-Kontroverse²³⁴ hatte die beginnende 1968er-Kritik am Wissenschaftsbetrieb einen wichtigen Akteur der IGL-Forschung nach 1945 touchiert. Diese 1968er-Kritik, die den universitären Betrieb umpflügen sollte, ist aus hier nicht zu

²³² In: Frankfurter Hefte, 19. Jg., 1964, S.731-734. Dort die folgenden Zitate.

²³³ Es fällt schwer, nicht ironisch mit Weisgerbers Sprache umzugehen.

²³⁴ Weisgerber legte noch einmal nach. Siehe: Die Lehre von der Sprachgemeinschaft, in: Frankfurter Hefte, 20. Jg., 1965, S.197-205.

entwickelnden Gründen²³⁵ an der Geschichtswissenschaft großenteils vorbeigegangen. Walter Boehlich hat sich nicht durch die Werke der IGL-Historiker „gequält“. Wichtig an seiner Weisgerber-Kritik ist, dass er die Aktivitäten des sich rechthaberisch zur Wehr Setzenden bis hin zu dessen AGF-Vorträgen unter die Lupe genommen hat. Die AGF war das Forum, auf dem die Wissenschaften, auch die Geisteswissenschaften, ihre praktische Relevanz demonstrieren wollten. Dieser Aspekt leitet zum letzten und - wie ich glaube - entscheidenden Abschnitt über.

VII.

Es wurden am Beispiel der Westforschung des IGL vier „P“ untersucht: *Personal*, *Programm*, *Publikationen*, *Prestige*. Es war leicht festzustellen, dass diese vier „P“ unangefochten durch völlig verschiedene, vom Selbstanspruch her einander ausschließende politische Systeme glitten. Gegen alle Erwartung lässt sich sogar pointieren, dass allein im Nationalsozialismus politischer Widerstand gegen Bereiche der IGL-Forschung und weiterer IGL-Aktivitäten aufkam; dieser Gesichtspunkt wurde vermutlich in den zitierten apologetischen Texten nach 1945 gewaltig übertrieben, aber es waren die ideologischen Polizeien von SS und SD, die Steinbachs Laufbahn als Leiter der Kulturabteilung der Militärverwaltung Brüssel verhinderten, und zweifellos hatte er sich bei diesen Polizeien mit seinem 1940 verfassten Gutachten zur Westgrenze keine Freunde gemacht.

Das *Personal* wies erstaunliche Kontinuität auf, wie die Biographie Steinbachs am besten belegt; das *Programm* des IGL wurde Mitte der 1920er Jahre fixiert, wurde beibehalten, und die Forschungen erwiesen sich in jedem der drei durchlaufenen gesellschaftlichen Systeme - Weimarer Republik, „Drittes Reich“, Bundesrepublik und teils sogar in der DDR, wie das Beispiel Frings zeigen sollte - als erfolgreich und anschlussfähig. Wenn in den Jahren nach 1945 inhaltliche Kontinuitäten zu beobachten waren, dann handelte es sich grundsätzlich um Anknüpfungen an die Weimarer oder wilhelminische Zeit, nicht jedoch um nazistische Kontinuität. *Publikationen* der 1920er Jahre, teils sogar aus der NS-Zeit konnten daher in der Bundesrepublik wieder erscheinen, ohne dass wir einer vielleicht verlockenden verschwörungstheoretischen Annahme wie jener nachgeben sollten, dass Ernst Anrich mit seiner Wissenschaftlichen Buchgesellschaft eine Art Nazi-Network aufgespannt hätte. Das *Prestige* der beobachteten Westforscher war in jedem der Systeme auf gleicher Höhe.

²³⁵

Zu der Frage, warum eher die Germanistik und kaum die Geschichtswissenschaft zum Gegenstand der Kritik gemacht worden ist, siehe: Bernd-A. Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht, a.a.O.

Mithin können wir nichts als *Erfolg* konstatieren, nachdem die Westforschung einmal ihre Flug- oder Geschossbahn eingenommen hatte. Westforschung bot sich als ‚anwendungsorientierte‘ Geschichtswissenschaft an, und dieses Angebot wurde akzeptiert - von der Anbindung der Abteilung „Grenzlandnot“ und dessen Alimentation durch die preußische Regierung 1928/29 bis zur Mitgliedschaft der leitenden IGL-Herren in der mächtigen nordrhein-westfälischen „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ ab 1952. Der kontinuierliche Erfolg nach 1945 wurde durch das Glück des Kalten Krieges begünstigt. Graf Kielmansegg spricht in seiner Geschichte des geteilten Deutschland von 1945 bis 1990 von einer außerordentlichen Gunst der Umstände, denen zu verdanken sei, dass Deutschland-West solch eine günstige Entwicklung durchlaufen konnte. Die Gunst bestand darin, dass eine Kriegskonstellation, „die Deutschland wenig Zukunftschancen ließ“, innerhalb kurzer Zeit durch den Kalten Krieg von Grund auf umgestaltet wurde. Der neue Konflikt habe erforderlich gemacht, „Deutschland gleichsam widernatürlich rasch zu rehabilitieren“.²³⁶ Davon profitierten die Wissenschaftler. Es wurde oben - gleichsam in Ergänzung zu Kielmannsegg - gezeigt, wie die frühe westdeutsche Forschungspolitik die Funktion einer Reflexionsabwehr einnahm, soweit es das Nachdenken über nationalsozialistische Vergangenheit betraf. So finden wir innerhalb der „Westforschung“ nicht nur keine Notwendigkeit von Abbruch und Neubeginn und damit für die Akteure unbehaglicher, mit viel Arbeit und Bücherlesen verbundener Anstrengung, die ihnen vielleicht auch vom Alter her und wegen zahlreicher repräsentativer Verpflichtungen kaum mehr zuzumuten gewesen wären; wir finden auch kein hinnehmendes Fortgewährenlassen durch Staat und Öffentlichkeit, da es einmal nichts Alternatives und Besseres auf dem ‚Markt‘ gab; wir finden vielmehr vorwiegend laut schallende, applaudierende, mit Ehrungen und Orden nicht geizende Bestätigung und Bestärkung von Personal, Programm, Prestige und Publikationen, also jener vier „P“ aus der Eingangsfragestellung dieses Beitrages.

Auf drei Sachverhalte wurde in den vorangegangenen Passagen immer wieder aufmerksam gemacht: *Erstens* auf den anwendungsorientiert-politikhnen Charakter der Westforschung seit Gründung des IGL, *zweitens* darauf, dass die Fundamente dieser Spielart von Geschichtswissenschaft im 19. und im frühen 20. Jahrhundert, noch zur Zeit des Kaiserreiches, gelegt wurden, *drittens*, dass die Programmatik dieser Westforschung von 1925 bis zum Ende der Ära Steinbach unverändert blieb. Auf der alten Trasse der Staats- und Politiknähe sowie der anwendungsorientierten Geschichtswissenschaft be-

²³⁶ Peter Graf Kielmansegg. Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Bln. 2000 (Die Deutschen und ihre Nation), S.12.

wegte sich das IGL - wir haben es an Steinbachs Stellungnahme zu van Naters gesehen - nach dem Zweiten Weltkrieg wie selbstverständlich.

Es war in diesem Zusammenhang vom ‚Flug- oder Geschossbahn-Charakter‘ der im IGL betriebenen Westforschung die Rede. Diese Metapher wurde nicht aus geschmacklichen Gründen oder wegen der häufigen Kriegs- und Kampf-Fixation dieser Forschungsrichtung gewählt, sondern weil sie auf neuere wissenschaftsgeschichtliche Annahmen hinweisen soll. Der Wirtschaftswissenschaftler Nathan Rosenberg beobachtet in seinem Buch „Exploring the Black Box. Technology, Economics, and History“²³⁷ nationale, lang anhaltende, relativ veränderungsresistente Stile in der technologischen Forschung. *Rosenberg* schlägt vor, technologische Innovations- und Ausgestaltungsprozesse als „trajectories“, Flug- oder Geschossbahnen, zu deuten²³⁸ - hier wird vorgeschlagen, den von Rosenberg untersuchten *trajectory*-Charakter nationalspezifischer technologischer Innovationsstile auf die Geschichtswissenschaft - hier die Westforschung - hypothetisch zu übertragen. Damit würde weniger der Inhalt als der wissenschaftliche Stil einer Forschung erfasst.

Die *trajectory* der Westforschung war programmatisch gekennzeichnet durch nationale Anwendungsorientierung von Geschichtswissenschaft sowie durch ein interdisziplinäres Profil dieser Geschichtswissenschaft im Rahmen einer Neuorientierung der Geisteswissenschaften. Dass Westforschung nicht aus eigener Kraft zu Änderungen ihrer Grundannahmen oder zu kritischer Introspektion in der Lage war, haben wir gehört. Bleibt die Frage, wann und unter welchen Umständen die *trajectory* ihren Anfang nahm. Es heißt, zu kurz zu greifen, wenn man sich mit der Feststellung begnügt, am Anfang von Westforschung habe die Erbfeindschaft gegen Frankreich und Belgien gestanden und nach ‚Versailles‘ sei es dann zu einer „methodischen Wende“ gekommen, da nun statt Diplomatie und Politik „Volk“ und „Kulturraum“ in den Mittelpunkt gerückt seien.²³⁹ Weiter führt Oberkromes Einschätzung, die Volksgeschichte gehe auf eine geradlinige Entwicklung seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zurück.²⁴⁰ Aubin, Frings, Steinbach haben sich in der Tat von den 1920ern bis in die 1950er Jahre hinein auf diese aus

²³⁷ Cambridge 1994.

²³⁸ “Much technological progress at any given time, therefore, has to be understood as the attempt to extend and further exploit certain trajectories of improvement that are made possible by the existing stock of technological knowledge.” (Ebd., S.16.)

²³⁹ Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte, a.a.O., S.93 f.

²⁴⁰ Willi Oberkrome, Probleme deutscher Landesgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert, a.a.O., S.4, S.9.

dem 19. Jahrhundert herrührenden Tendenzen berufen und ihren Ansatz darauf zurückgeführt - so auf Karl Lamprecht und August Sauer, die ihrerseits wiederum von Volksforschern wie Wilhelm Heinrich Riehl angeregt worden waren.

Eine erste *trajectory line*²⁴¹, auf die sich kriegs- und kampf-analoge Anstrengungen von universitärer Wissenschaft zurückführen lassen, namentlich die Anstrengungen zur Überwindung nationalen Rückstands, finden wir in der Mythologie des universitären Neuanfangs 1810 mit der Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, der heutigen Humboldt-Universität. Als dem preußischen König 1807, nach den Niederlagen gegen das napoleonische Frankreich, die Gründung einer Universität angetragen wurde, soll er den später so oft bemühten Ausspruch getan haben: „Das ist recht, das ist brav! Der Staat muss durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat.“²⁴² Vor diesem Hintergrund konnte der *Liberale* Theodor Mommsen 1875 in seiner Gedenkrede auf die Berliner Gründung ausführen, der preußische König Friedrich Wilhelm III. habe die Weisheit besessen, auf einen verlorenen Krieg mit der Gründung einer Universität zu reagieren.²⁴³

Aber wenn wir Phänomene wie die anwendungsorientierte Geschichtswissenschaft der Westforschung erklären wollen, müssen wir noch eine zweite, speziellere *trajectory line* in den Blick nehmen: Es ist dies die schwankende, zunehmend bedrohte Stellung der Geisteswissenschaften und damit der Geschichtswissenschaft innerhalb der Universitäten seit den 1870er Jahren. Geisteswissenschaften haben die Universitäten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dominiert, nach außen vertreten und ihr Renommee ausgemacht. Der Triumphalismus der Naturwissenschaft, die Durchsetzung der induktiven Methode, die Abkehr von Philosophie lieferten die Geisteswissenschaften in der zweiten Jahrhunderthälfte der Gefahr der Marginalisierung aus. Das folgende Bild kann nur *al fresco* gegeben werden.

1877 erklärte Hermann von Helmholtz, die wissenschaftliche Methode, das „Echte vom Unechten zu unterscheiden“, trete in den Naturwissenschaften viel stärker hervor als in den Geisteswissenschaften.²⁴⁴ Im Herbst 1886 riefen Werner Siemens, Cohn und Du

²⁴¹ Die für die folgenden Überlegungen herangezogenen Quellen sind einem vom Verf. zusammengestellten Thesaurus deutschsprachiger Rektoratsreden aus den Jahren 1810 bis 1914 entnommen.

²⁴² Zit. n.: Friedrich Paulsen, *Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart*, Bd. 2, Berlin, Leipzig 1921, S.249 f.

²⁴³ Theodor Mommsen, Rede zur Gedächtnisfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, gehalten am 3. August 1875, Bln. 1875, S.3.

²⁴⁴ Hermann von Helmholtz, Über die akademische Freiheit der deutschen Universitäten. Rede gehalten beim Antritt des Rectorats an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin 1877, in: *Vorträge und Reden*

Bois-Reymond etwa zeitgleich das „naturwissenschaftliche“ oder „technisch-induktive Zeitalter“ aus; Helmholtz und Virchow übernahmen diese Signatur.²⁴⁵ Am 11. März 1890 fand in Berlin ein einzigartiger Chemie-Jubeltag statt, zu dem Vertreter dieses Faches aus aller Welt eingeladen waren.²⁴⁶ Zugleich war immer wieder von der drohenden Schließungsgefahr für kleinere Universitäten wie Erlangen oder Jena, Kiel, Marburg, auch Basel, die Rede²⁴⁷ sowie davon, dass sich die neuen naturwissenschaftlichen Institute zu dem Kuckuck auswüchsen, der das gesamte finanzielle Nest der Universität leer fräße²⁴⁸, und schließlich verschlechterten sich die Berufsaussichten für geisteswissenschaftliche Universitätsabsolventen.

Der Historiker Döllinger warnte 1889, bei der Übermacht, welche die Naturwissenschaften in unseren Tagen erlangt haben, bei der weiten und raschen Verbreitung einzelner Notizen aus diesem Gebiete und der um sich greifenden Halbbildung bestehe unleugbar die Gefahr, dass die sensualistische und naturalistische Denkweise alles überwuchere und den Geist der Nation verflache.²⁴⁹ Der Rechtshistoriker Adolf Exner (1841 – 1894) kennzeichnete 1891 seine Epoche mit den Worten, sie falle „in ein Jahrhundert blühender naturwissenschaftlicher, sehr abgeschwächter ästhetischer, aber kümmerlicher und zurückgebliebener politischer Bildung“. Gegenüber einer „glanzvoll wuchernden naturwissenschaftlichen Bildung“ erschienen die fatalen Mängel in den anderen Bereichen abgeschwächt oder verdeckt. Der „Geist der heutigen europäischen Gesellschaft (mindestens der kontinentalen)“ sei durch die blendenden Vorzüge der naturwissenschaftlichen Bildung so einseitig erfüllt und in Anspruch genommen, „dass als Folgeerscheinung ein empfindliches Zurückbleiben in der Entwicklung des politischen Sinnes, in weiten Schichten bis zur völligen politischen Unbildung eingetreten ist“. Für andere Bildungsbereiche als den naturwissenschaftlichen erkannte Exner kaum öffentliches Interesse; Naturwissenschaften wie Physik und Biologie zögen alle öffentliche

von Hermann von Helmholtz, 2. Bd., Braunschweig⁴ 1896, S.191-212, S.194.

²⁴⁵ Siehe: Rudolf Virchow, Die Gründung der Berliner Universität und der Uebergang in das naturwissenschaftliche Zeitalter. Rectoratsrede von Rd. Virchow, Bln. 1893.

²⁴⁶ Walther Hempel, Über den Einfluss der chemischen Technik auf Leben und Sitte, in: Bericht über die Königl. Sächs. Technische Hochschule auf das Jahr 1890/91, Dresden 1891, S.16-25, S.22.

²⁴⁷ Siehe: Wilhelm Arnold, Die Bedeutung der kleinen Universitäten. Antrittsrede bei Übernahme des Rectorats, Marburg 1872; Karl August Bechmann, Rede beim Antritte des Prorektorats der königlich bayerischen Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen am 4. November 1872 gehalten, Erlangen 1872; Wilhelm Müller, Jena in den letzten hundert Jahren. Rede, gehalten zur Feier der akademischen Preisverteilung am 20. Juni 1896, Jena 1896.

²⁴⁸ Siehe: Joseph Gerlach, Rede beim Antritte des Prorektorats der Königlich Bayerischen Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen am 4. November 1865 gehalten, Erlangen 1865.

²⁴⁹ Johann Jos. Ign. von Döllinger, Festrede zur 400jährigen Stiftungsfeier der Universität München, in: Ders., Akademische Vorträge, 2. Bd., Mnchn. 1889, S.56-89, S.89.

Aufmerksamkeit auf sich. Zur Illustration führte er die „sogenannten populären Vorlesungen in allen größeren Städten“ an, deren Publikum zumeist aus dem „gebildeten Mittelstand“ bestehe. Es habe vollkommen einseitige Interessen und folglich eine einseitige Bildung: „Gegenstände der exakten Naturforschung und immer wieder solche sind es, deren Darlegung man zwar nicht immer mit vollem Verständnis, aber stets mit Ehrfurcht und Bewunderung zur Kenntnis nimmt“. Für die Tatsachen und Zusammenhänge der politischen Welt dagegen sei kein Publikum vorhanden. „Die bürgerliche Hausfrau und die Spektralanalyse - fürwahr eine charakteristische Erscheinung unserer Zeit und ein Problem für den zukünftigen Kulturhistoriker!“ In den Geisteswissenschaften seiner Zeit sah Exner kaum Widerpart. Er warf ihnen vor, kritiklos naturwissenschaftliche Denkfiguren zu übernehmen. Es habe „in fast allen Zweigen der Geisteswissenschaft eine widernatürliche - weil der Natur ihres Stoffes zuwiderlaufende - Invasion naturwissenschaftlicher Denkformen Platz gegriffen“. Bald seien dadurch an der Oberfläche der geisteswissenschaftlichen Disziplinen bloß „wunderliche Verschrobenheiten in der formalen Stoffbehandlung“ entstanden, bald aber auch betroffene Disziplinen „gänzlich auf Abwege geführt“ worden. Als Beispiel solcher Abwege nannte Exner unter anderem „Henry Buckle´s induktives Geschichtswerk“ und dessen gewaltige Wirkung sowie das Lehrgebäude des positivistisch-rassistischen Kriminologen Cesare Lombroso.²⁵⁰ Auch der Literaturhistoriker und Sprachforscher Karl Weinhold (1823 – 1901) befürchtete das Eindringen der Naturwissenschaften, „in deren Zeichen wir nach den Richtern und Propheten unserer Tage leben“, in das historische und philologische Wesen. Sollte das als „nützliche Verjüngung“ gepriesen werden? Er verwahrte sich. Gerade die Verehrung der „lebenstrotzenden Naturwissenschaften“ gebiete, ihnen voll und rein zu lassen, was ihnen gehöre. Man begehre keine „Übertragung naturwissenschaftlichen Blütenstaubes auf philologische Stempel“; denn was *daraus* entstünde, würde den „Herren von der anderen Klasse“ am allerwenigsten gefallen. Man wisse ebenfalls, dass es neben der *sinnlichen* eine *sittliche* Weltordnung gebe, und dass die Ergründung des Lebens und der Gesetze dieser sittlichen Weltordnung die Aufgabe der Philosophen, der Philologen, der Historiker sowie jener Wissenschaftler sei, „die keine Naturforscher sind“.²⁵¹

Eine allgemeine Tendenz zur ‚Verfachsung‘ in technischen Lehranstalten, aber auch in den klassischen Universitäten wurde beklagt - *studium particulare vs. studium*

²⁵⁰ Adolf Exner, Über politische Bildung. Inaugurationsrede, gehalten am 22. October 1891, Wien 1891. S.23 f., S.27.

²⁵¹ Karl Weinhold, Rede bei Antritt des Rectorats gehalten in der Aula der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 15. October 1893, Bln. 1893, S.4.

generale. Alles rief nach Anwendung, und Vorformen des törichten Wortes vom Elfenbeinturm machten die Runde. Das Ende der bisherigen Bildungsidee wurde gefordert.²⁵² Die Technischen Hochschulen, von universitären Traditionalisten als „Schmierölfakultäten“ bespottet, erhielten 1899 in Preußen das Promotionsrecht und konnten sich im Rahmen der kaiserlichen Flotten- und auch Kolonialpolitik²⁵³ der allerhöchsten Gnadensonne erfreuen. Schon traten Naturwissenschaftler und Techniker sowie Rektoren Technischer Hochschulen auf den Plan, um die traditionelle Geschichtswissenschaft auf dem eigenen Felde zu bezwingen, indem sie etwa argumentierten, nicht der Staat, die großen Männer, die Kultur oder Jacob Burckhardts Potenzen seien die Bewegende der Geschichte, sondern das Kupfer²⁵⁴; schon hatte der Rektor der Bergakademie Freiberg die Stirn, die Aufgabe künftiger Geschichtswissenschaft damit zu bestimmen, die Historiker sollten Bergwerksstandorte aus alter Zeit aufspüren, denn deren Adern und Flöze könne man mit der modernen Technik intensiver ausbeuten, als es in der Antike und im Mittelalter möglich gewesen sei²⁵⁵.

Was blieb den Universitäten - und vor allem: was blieb den Geisteswissenschaften und der Geschichtswissenschaft? Johann Christian Konrad von Hofmann (1810 - 1877) vertrat die Auffassung, als spezifische Aufgabe der universitären Geisteswissenschaft bleibe das *Nationale*: „Alle Anstalten für technischen Unterricht, wie sehr man sie auch den Universitäten anzunähern bestrebt sein möge, blieben durch ihren auf Gewinnung und Verwendung materieller Kräfte und Güter gerichteten Zweck mit einer Einseitigkeit behaftet, vermöge deren ihre Wirksamkeit einerseits keine nationale Begrenzung kennt, andererseits aber auch nicht imstande ist, dem einheitlichen Ganzen des nationalen Lebens zu dienen.“ Der nationale Beruf sei die „wesentliche Eigentümlichkeit“ der deutschen Universitäten. Wer von der Universität in das öffentliche Leben trete, hätte „den Beruf, durch Reinerhaltung des im deutschen Reiche verwirklichten nationalen Gedankens dazu mitzuwirken, dass die staatliche Lebensbewegung unsers Volks diejenige Bahn einhalte, welche sie nicht verlassen darf, wenn der Fortbestand des durch Gottes

²⁵² Siehe: Emil Du Bois-Reymond, Goethe und kein Ende. In der Aula der Berliner Universität am 15. Oktober 1882 gehaltene Rektoratsrede, in: Estelle Du Bois-Reymond (Hg.), Reden von Emil Du Bois-Reymond in zwei Bänden, Bd. 2, Lpz. 1912, S.157-183.

²⁵³ Aufschlussreich ist der Zusammenhang von Kolonialbestrebungen und Berücksichtigung des Klimas in der historischen Forschung. So schrieb Johannes Gad 1886: „Das in Deutschland mächtig gewachsene Interesse an kolonisatorischen Bestrebungen sollte den Blick weiter Kreise auf die Fragen gelenkt haben, welche die Abhängigkeit menschlichen Wohlergehens vom Klima betreffen.“ (Körperwärme, Arbeit und Klima, in: Sammlung gemeinverständlicher Vorträge, hg. v. Rudolf Virchow und Fr. v. Hotzendorff, NF, I. Serie, H 1-24, HH 1886, Heft 20, S.3.)

²⁵⁴ Siehe: Walther Hempel, Über den Einfluss der chemischen Technik auf Leben und Sitte, a.a.O.

²⁵⁵ Siehe: Emil Treptow, Das Studium der Geschichte des Bergbaus, Freiberg 1909.

Gnade gerade gewonnenen Guts staatlicher Volkseinheit ungefährdet bleiben soll.“²⁵⁶

Nach diesem Verständnis könnten wir das Nationale als Diversifikationsanstrengung der in die Defensive geratenen, gleichsam angezählt in der Ringecke knienden Geisteswissenschaften ansehen.

Verschiedene Auswege wurden diskutiert: Den Geisteswissenschaften den Spezialbereich der „idiographischen Methode“ zu reservieren²⁵⁷ oder nachdrücklich auf historischen Tiefendimensionen zu beharren: Nichts sei dauerhafter als der Kult, rief der Berliner Religionswissenschaftler Hermann Diels 1905 aus, der Fahneneid unserer Truppen bilde die nächste Parallele zu dem Stab-Eide der Doktoren und Rektoren, der Mensch sei ein geistiges, im Kult wurzelndes Wesen, auch wenn Darwins Entwicklungsgedanke die Grenzen der verschiedenen Naturreiche überbrückt und den Menschen mit den niederen Lebewesen wieder in eine Reihe gestellt habe²⁵⁸.

Bei Karl Lamprecht nun, den die Bonner Westforscher als ihren Ahnherrn ansahen, ging die Erkenntnis der gegenüber den *homines novi* der Naturwissenschaften in die Defensive geratenen Geschichtswissenschaft mit der Kritik an der vorgefundenen geschichtswissenschaftlichen Praxis einer ‚kalzerisierten‘ historistischen Generation eine Kombination ein. Über die Geschichtswissenschaft Ende des 19. Jahrhunderts schrieb er:

„In der Geschichtswissenschaft (...) hörten die großen Darstellungen der politischen Geschichte auf. Sybel war der letzte gewesen, der mit seiner Erzählung fertig wurde, Treitschkes Werk über die deutsche Geschichte ist schon ein Torso geblieben. Nach ihm kam die Zeit, wo mit Ausnahme ganz weniger Nachzügler (...) fertige Werke überhaupt nicht mehr zustande gebracht wurden und sogar stofflich eng begrenzte Biographien von Helden früherer Zeiten aus dem 16. Jahrhundert (...) fragmentarisch im Sande stecken blieben. Denn dies waren jetzt bei der Fülle der Quellen und deren Interpretation schon zu große Aufgaben. Die rein politische Geschichtsschreibung versenkte sich von der Erforschung der Tätigkeit großer Staatsmänner in die der Botschafter und Untergeneräle, um in der Einzelbeschreibung der Taten von deren Untersonen zu enden. Schließlich verdorrte sie so gut wie ganz und hinterließ nur in der dürren Behauptung, dass nicht Massen, sondern Helden Geschichte machen, eine halbverkohlte Flaggenstange ihrer ehemaligen Bedeutung.

(...)

So war denn in der Gesamtentwicklung der Geisteswissenschaften ein Übergangsstadium notwendigerweise nicht minder wie bei den Naturwissenschaften, nur im einzelnen noch viel stärker ausgeprägt. Ein Zustand der Vertrocknung und Verzettelung

²⁵⁶

Johann Christian Konrad von Hofmann, Rede beim Antritte des Prorektorats der Königlich Bayerischen Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen am 4. November 1871 gehalten, Erlangen 1871, S.5 f.

²⁵⁷

Siehe: Wilhelm Windelband, Geschichte und Naturwissenschaft. Rede zum Antritt des Rektorats der Kaiser Wilhelms-Universität Straßburg, Straßburg³1904.

²⁵⁸

Hermann Diels, Die Scepter der Universität. Rede zum Antritt des Rectorats der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, Bln., 1905, S.7, S.10.

der Forschungsarbeiten in wissenschaftlich vielfach ganz gleichgültige Einzelheiten war eingetreten.“²⁵⁹

Die Konsequenz bestand für Lamprecht darin, die Massen und das Volk in den Blick zu nehmen sowie die Zusammenarbeit mit anderen Geisteswissenschaften zu suchen. Vertreter der historicistischen Generation warnten davor²⁶⁰, Jacob Burckhardt sprach von Bildungs-, Wissens- oder Wissenschaftspanscherei²⁶¹.

Lamprechts Neuerungsbestrebungen hatten ihren weiteren Grund darin, dass er auf die Bedrohung der Geisteswissenschaften durch die Tendenz der technischen und Naturwissenschaften zur Großforschung reagieren wollte. Ende 1909, anlässlich der bevorstehenden Hundertjahrfeier der Berliner Universität, hatte Adolf Harnack dem Kaiser eine Denkschrift überreicht, die zur Gründung von Forschungsinstituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft führte. Lamprecht ergriff daraufhin „die Initiative zur Errichtung von geisteswissenschaftlichen Forschungsinstituten an der Universität Leipzig als Gegeninitiative zu Berlin, wo die Preußische Regierung im Begriff war, naturwissenschaftliche Forschungsinstitute zu errichten.“²⁶²

Die *trajectory line* von Westforschung wäre auf Basis der vorangestellten Skizze der Situation von Geisteswissenschaften zwischen 1870 und 1914 durch die folgenden Aspekte zu erklären:

- Das National-Vaterländische und Nationalpädagogische wurde zum besonderen Anliegen der Geschichtswissenschaft, weil das der Bereich war, den die naturwissenschaftliche Konkurrenz und die Verfachsulung übrigließen.
- Der drohenden Marginalisierung von Geschichtswissenschaft wurde begegnet, indem man auf vaterländischer Praxisrelevanz insistierte.
- Dem Versickern der historicistischen ‚Große-Männer-Methode‘ wurde der Blick auf die Massen entgegengestellt.

²⁵⁹ Karl Lamprecht, Rektoratserrinerungen, hg. v. Arthur Köhler, Gotha 1917, S.62 f.

²⁶⁰ So führte der Enkelschüler Rankes, Bernhard von Simson (1840 – 1915) im Jahre 1895 aus, in der Geschichtswissenschaft würden sich andere Fragen ankünden und andere Betrachtungsbereiche: „Wie in der Politik drängen sich endlich auch in der Geschichte die Massen in den Vordergrund der Aufmerksamkeit.“ Aber die kritischen Grundsätze Rankes und seiner Schüler dürfen niemals verlassen werden; denn das „Aufgeben oder auch nur die schlaffere Ausübung dieser Grundsätze würde den Verfall und Untergang der Geschichtswissenschaft bedeuten, den nur ein barbarischer Sinn als etwas Gleichgültiges betrachten könnte.“ (Bernhard von Simson, L. von Ranke und seine Schule, in: Reden, gehalten in der Aula am 6. Mai 1895 bei der öffentlichen Feier der Übergabe des Prorektorats der Universität Freiburg, Freiburg 1895, S.59 f.)

²⁶¹ Jacob Burckhardt und Heinrich Wölfflin, Briefwechsel und andere Dokumente ihrer Begegnung 1882 – 1897, hg. v. Joseph Gantner, Lpz. 1988.

²⁶² Gerald Wiemers, Karl Lamprecht und die staatlichen Forschungsinstitute, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte (64) 1993, S.141-150, S.141.

- Analog zur Entwicklung in den Naturwissenschaften, in einer nachahmenden Konkurrenzanstrengung, wurden interdisziplinäre Arbeitsweisen angestrebt.

Dass die Praxisrelevanz von der „Westforschung“ im Vaterländisch-Völkisch-Nationalpädagogischen gefunden wurde, plakativ gesprochen: auf der *Rechten*, war folgerichtig und logisch. Vaterländisch-völkische Praxisrelevanz, national-pädagogische Politiknähe war die - von heute aus betrachtet - unerfreuliche Seite des immer wieder und im 20. Jahrhundert von so unterschiedlichen Strömungen wie Nationalsozialisten oder „1968ern“ geforderten Auszuges der Geisteswissenschaftler aus dem „Elfenbeinturm“. Das wäre die 'trajectory line', auf der „Westforschung“ betrachtet werden muss, wenn wir nach Kontinuitäten fragen. Von dieser Linie sind die „Westforscher“ seit den 1920er Jahren nicht mehr abgewichen. Nach anfänglicher, kaum originell zu nennender Innovationsbereitschaft wurden sie freilich „Brodgelehrte“ im Schillerschen Sinne. Die älteren - Aubin, Frings, Steinbach - hatten es nicht nötig wie Petri als Angehöriger einer jüngeren Generation, den Begriff „Rasse“ in die Tragepfeiler ihrer Qualifikationsarbeiten zu montieren. Nach 1945 schwenkte Petri in die ältere 'trajectory line' zurück, die aus den drei Komponenten *Universitätswissenschaft und nationale Aufgabe* (1), *Geisteswissenschaften und Gefahr ihrer Marginalisierung* (2), *Anwendung und Nützlichkeit im Politischen* (3) bestand.

Wenn die Geschossbahn einer anwendungsorientierten und politiknahen Geschichtswissenschaft verständlich gemacht werden soll, und zwar bis hin zu möglichen Beteiligungen von Historikern an der mörderischen nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik, dann kann das nur unter Berücksichtigung der marginalisierungsgefährdeten Geisteswissenschaften im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und der problematischen Wechselbeziehungen zwischen Geistes- und Naturwissenschaften geschehen.

Und wann, so unsere abschließende Frage, bricht eine 'trajectory line' ab? Wenn wir grobmechanische Bedingungen wissenschaftlicher Lebenstätigkeit außer acht lassen, wären, auf die „Westforschung“ bezogen, vier Gründe zu nennen, die aber für die in diesem Beitrag näher betrachteten „Westforscher“ alle nicht in Betracht kommen:

- (1) *Abbrüche aus Innovationsbegierde und wissenschaftlicher Schwungkraft oder aus Einsicht von Historikern in ihre historischen Fehler.* Hierdurch motivierte Abbrüche zählen ohnehin zu den wissenschaftsgeschichtlichen *rarissima*, und wichtige Randbedingungen dafür fehlten bei den „Westforschern“ ganz offensichtlich; denn ab Ende der 1920er Jahre ist eine auffällige intellektuelle Zurückhaltung, wenn nicht Schlichtheit bei gleichzeitiger Selbstgerechtigkeit auszumachen. „Philosophische Köpfe“, nochmals Schiller zu bemühen, waren sie nicht; sich „von Zeit und Mitwelt kritisch zu distanzieren, statt dumm und fröh-

lich mit zu sein“, wie der exilierte Thomas Mann 1935 von der geistigen Elite forderte, war ihnen nicht gegeben.

- (2) *Existenzpanik als Motiv*. Sie fiel bei den etablierten Herren fort.²⁶³
- (3) *Zusammenbruch der akademisch-universitären Stützwerke*. Ein solcher ist weder für die Jahre ab 1933 noch ab 1945 festzustellen. Allein Leo Weisgerbers Werk und Attitüde wurden Ende der 1950er Jahre in einem Vorgefecht der „1968er“-Kämpfe unter Feuer genommen und seine sprachwissenschaftliche Weltsicht ging in den 1960er Jahren in Fransen. Dabei ist bemerkenswert, dass dieser 'trajectory'-Abbruch in Reputationshinsicht durch einen wesentlich jüngeren, *außer-universitären* Kritiker, in wissenschaftlicher Hinsicht durch Trends aus dem *Ausland* herbeigeführt werden musste.
- (4) *Eklatanter Zusammensturz des hergebrachten gesellschaftlichen Kontextes von (Geistes-)Wissenschaften, wodurch das bisherige Vorgehen auf einer wissenschaftlichen 'trajectory line' skandalisiert wird*. Siehe (3). Im übrigen stellte sich die Frage der praktischen Relevanz von Geisteswissenschaften nach 1945 nicht anders als nach 1933, in der Weimarer Republik oder im späten Kaiserreich - und es konnte dieser Marginalisierungsgefahr mit bewährten Mittel der politischen Anwendbarkeit begegnet werden. Innerhalb der 1950 gegründeten nordrhein-westfälischen AGF wurde erst zwei Jahre später auch den Geisteswissenschaften ein Platz am „Tisch des Staates“ eingeräumt. Wollten die Geisteswissenschaftler nicht wie die Hunde im Neuen Testament unter dem Tisch warten, dass ab und zu ein Krümel hinabfiele, so mussten sie abermals ihre Relevanz unter Beweis stellen, und genau das geschah etwa mit dem oben untersuchten Saargutachten von Steinbach aus dem Jahre 1953, geschah also auf dem alten Pfad und mit den alten Argumenten.

²⁶³

Vielleicht nicht bei Petri, der nach 1945 immerhin eine zeitlang ohne Stelle war? Dass ihn während dieser Zeit kritisch-selbstkritische Erwägungen im Hinblick auf seine Tätigkeit als Historiker heimgesucht hätten, dass es dabei etwa den Vorschein der Idee einer Revision gegeben haben könnte, ist eher unwahrscheinlich. Diese wichtige Frage wird von Karl Ditt (Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik, a.a.O.) nicht explizit gestellt.